

Sitzungsbericht

26. Sitzung der Tagung 1994/95 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Mittwoch, den 26. April 1995

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 830).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 831).
3. Verabschiedung des LAbg. Klaus Soukup und Angelobung eines Mitgliedes des Landtages (Seite 831).
4. Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmannes des Bundesrates (Seite 831).
5. Antrag der Abg. Gratzner u.a. gem. § 35 LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Reform der NÖ Landesverfassung".
Redner: Abg. Gratzner (Seite 832), Abg. Böhm (Seite 834), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 836), Abg. Uhl (Seite 837), Abg. Dr. Prober (Seite 839), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 840), Abg. Rupp (Seite 843), Abg. Dr. Bauer (Seite 844), Abg. Nowohradsky (Seite 847).
6. Antrag des Sozial-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend "Internationales Jahr der Toleranz" (UN) und "Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz".
Berichterstatter: Abg. Nowohradsky (Seite 848).
Redner: LH Dr. Pröll (Seite 849), Abg. Rosenkranz (Seite 851), Abg. Lembacher (Seite 852), Abg. Auer (Seite 854), Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 857), Abg. Gratzner (Seite 858), Abg. Dr. Bauer (Seite 861), Abg. Preiszler (Seite 862), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 864).
Abstimmung (Seite 865).
7. Antrag des Kultur-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz - Sportbericht 1994.
Berichterstatter: Abg. Breininger (Seite 865).
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 866), Abg. Preiszler (Seite 867), Abg. Präs. Koczur (Seite 869), Abg. Hiller (Seite 871).
Abstimmung (Seite 875).
8. Antrag des Verfassungs-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Beschwerden der Landesbürger - Bericht über das Kalenderjahr 1994.
Berichterstatter: Abg. Litschauer (Seite 875).
Abstimmung (Seite 875).
- 9.1. Antrag des Verfassungs-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (3. DPL-Novelle 1995) und Antrag der Abg. Böhm, Dr. Bauer u.a. gem. § 29 LGO betreffend Änderung des NÖ Bezügegesetzes.
Berichterstatter: Abg. Dr. Michalitsch (Seite 875).
- 9.2. Antrag des Verfassungs-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (2. LVBG-Novelle 1995).

Berichterstatter: Abg. Dr. Michalitsch (Seite 876).

- 9.3. Antrag des Kommunal-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamten-dienstordnung 1976.

Berichterstatter: Abg. Sivec (Seite 876).

- 9.4. Antrag des Kommunal-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamten-gehaltsordnung 1976.

Berichterstatter: Abg. Sivec (Seite 877).

- 9.5. Antrag des Kommunal-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbe-dienstetengesetzes 1976.

Berichterstatter: Abg. Sivec (Seite 877).

- 9.6. Antrag des Gesundheits-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977.

Berichterstatter: Abg. Lugmayr (Seite 877).

Redner zu 9.1. - 9.6.: Abg. Gratzner (Seite 878), Abg. Feurer (Seite 879), Abg. Litschauer (Seite 880).

Abstimmung (Seite 883).

10. Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses zum Antrag der Abg. Hiller, Schütz u.a. gem. § 29 LGO zur Vereinbarung über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft gem. Art. 15a B-VG betreffend Anpassung an die EU-Richtlinien.

Berichterstatter: Abg. Knotzer (Seite 884).

Redner: Abg. Marchat (Seite 884), Abg. Hofmayer (Seite 886).

Abstimmung (Seite 887).

11. Antrag des Europa-Ausschusses zum Antrag der Abg. Dr. Michalitsch, Auer u.a. gem. § 29 LGO betreffend Überarbeitung des NÖ Friedhofsbenützung- und -gebührengesetzes.

Berichterstatter: Abg. Auer (Seite 887).

Abstimmung (Seite 888).

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 13.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig auf-gelegen, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung haben sich der Herr

Abgeordnete Kautz und Herr Abgeordneter Ing. Wagner Josef entschuldigt.

Hohes Haus! Ich bitte um Verständnis, daß ich heute zu Fragen der Geschäftsordnung aus grundsätzlichen Erwägungen noch einmal das Wort ergreife. In der letzten Sitzung des NÖ Landtages hat es eine Diskussion gegeben um mögliche oder nicht mögliche Wortmeldungen bzw. Worterteilungen. Ich darf aber, Hohes Haus, konkret einen Zeitungsartikel vom 6. April 1995, zum Anlaß nehmen, um aus der Sicht des vorsitzenden Präsidenten Stellung zu nehmen. Hier heißt es nämlich: "Schimanek selbst kam erst nach der Sitzung in einer improvisierten Pressekonferenz zu Wort. Landtagspräsident Franz Romeder hatte die Sitzung in dem Moment beendet, als Schimanek seine Wortmeldung ankündigte. Er, Schimanek, habe die Wortmeldung deshalb nicht, wie üblich vor der Sitzung abgegeben, weil es dieses Mal keine Rednerliste gegeben habe". Ich möchte hier aus grundsätzlichen Überlegungen feststellen: Nach unserer Geschäftsordnung gibt es keine Wortmeldung vor der Sitzung, auch keine Wortmeldung nach der Sitzung, es gibt nur Wortmeldungen während der Sitzung. Ich möchte das ausdrücklich feststellen. Und ich möchte hinzufügen, daß während der Sitzung keinerlei Wortmeldung, Herrn Landesrat Schimanek betreffend, daß er den Wunsch hätte, das Wort zu nehmen, hier bei mir getätigt wurde. Ich möchte dies, Hohes Haus, nachdem die Öffentlichkeit damit befaßt wurde, auch hier öffentlich feststellen. Ich habe daher die Geschäftsordnung eingehalten und ich würde mich gegen jeden anders lautenden Vorwurf auf das Schärfste verwahren! Ich habe auch am selben Tag, nachdem gerüchteweise von diesem Pressegespräch Mitteilung gemacht wurde, eine entsprechende Feststellung gegenüber der Öffentlichkeit mit einer Aussendung in der Landeskorrespondenz getroffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Ich bitte um Verständnis, daß ich dazu Stellung nehmen mußte, um die Geschäftsordnung noch einmal in Erinnerung zu bringen und auch bezüglich meiner persönlichen Vorsitzführung, um dieselbe auch in dieser Frage außer Streit zu stellen.

Hohes Haus, ich bringe Ihnen folgenden Einlauf zur Kenntnis (*liest*):

Ltg. 304/B-28/5 - Bericht der Landesregierung betreffend Machbarkeitsstudie

zur thermischen Abfallverwertung in Niederösterreich.

Ich weise hiemit dieses Geschäftsstück dem Umwelt-Ausschuß zu.

Ltg. 303/A-3/22 - Antrag der Abgeordneten Preiszler u.a. betreffend die Sicherheit in Niederösterreich und

Ltg. 305/B-17 - 12. und 13. Bericht der Volksanwaltschaft an den NÖ Landtag sowie Äußerung der NÖ Landesregierung.

Beide Geschäftsstücke weise ich hiemit dem Verfassungs-Ausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 302/S-5/8 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landesberufsschule St. Pölten, Schulneu- und Umbau, Finanzierung aus Mitteln des außerordentlichen Budgets, Leasing.

Diese Vorlage weise ich hiemit dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zur Beratung zu.

Ltg. 300/A-5/26 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an Herrn Landesrat Mag. Freibauer betreffend Auswirkungen des Bundesbudgets 1995 auf den NÖ Landeshaushalt 1995.

Ich habe diese Anfrage am 20. April dem Herrn Landesrat mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Beantwortung überwiesen.

Ltg. 301/A-5/27 - Anfrage der Abgeordneten Rosenkranz an Herrn Landesrat Wagner betreffend Nachtbereitschaftsdienst der NÖ Ärzte.

Diese Anfrage habe ich ebenfalls am 20. April dem Herrn Landesrat Wagner übermittelt mit dem Ersuchen um Beantwortung.

Hohes Haus! Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2, der Angelobung eines Mitgliedes des Landtages.

Herr Abgeordneter Klaus Soukup hat sein Mandat mit 25. April dieses Jahres zurückgelegt.

Durch diese Mandatsrücklegung ist ein Mandat im Wahlkreis 19 frei geworden. Die Landeswahlbehörde hat Herrn Richard Gebert zum Landtag von Niederösterreich einberufen.

Bevor wir zur Angelobung des Herrn Abgeordneten Richard Gebert kommen, darf ich die Gelegenheit wahrnehmen, auch namens des Hohen Hauses, namens des gesamten NÖ Landtages, dem Herrn Abgeordneten Klaus Soukup für seine Tätigkeit hier in diesem Haus und seine Tätigkeit für das Land Niederösterreich offiziell den Dank zum Ausdruck zu bringen. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Nunmehr ersuche ich den Schriftführer um Verlesung der Angelobungsformel.

Schriftführerin Abg. AUER (*liest*): "Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Abgeordneter Gebert!

Abg. GEBERT (*SPÖ*): Ich gelobe!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke vielmals. Ich wünsche Ihnen bei der Arbeit in Niederösterreich viel Erfolg.

Wir kommen damit, Hohes Haus, zum Tagesordnungspunkt 3, Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmannes des Bundesrates. Das Mitglied des Bundesrates Karl Schwab hat sein Mandat per 18. April dieses Jahres zurückgelegt. Weiters hat sein Ersatzmann, Herr Landtagsabgeordneter Christian Hrubesch erklärt, auf das freierwerbende Mandat als Mitglied des Bundesrates nicht nachfolgen, jedoch als Ersatzmann auf der Liste verbleiben zu wollen. Der Landtagsklub der FPÖ hat mit Schreiben vom 25. April Herrn Gottfried Wald-

häusl, Landwirt in Pfaffenschlag, Ortschaft Kleingöpfritz, anstelle von Herrn Karl Schwab als Mitglied des Bundesrates vorgeschlagen. Als sein Ersatzmann wurde Herr Abgeordneter Christian Hrubesch, Krems, Donaulände 2, nominiert. Ich ersuche die Abgeordneten, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, zwecks Wahl des Bundesrates bzw. Ersatzmannes abzugeben.

(Nach erfolgter Stimmabgabe:) Ist die Stimmenabgabe abgeschlossen? Danke. Ich ersuche die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten.

(Nach der Stimmzählung:) Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Wahlergebnis bekanntgeben. Es wurden 53 Stimmen abgegeben. Von diesen 53 Stimmen entfallen auf Herrn Waldhäusl 43 und auf Hrubesch 52. Damit ist Herr Gottfried Waldhäusl als Mitglied des Bundesrates und Christian Hrubesch als Ersatzmann gewählt. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Hohes Haus! Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Die Abgeordneten Gratzer, Dkfm. Rambossek, Hrubesch, Marchat, Rosenkranz, Preiszler und Haberler haben einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Reform der NÖ Landesverfassung" eingebracht. Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe, Hohes Haus, diesen Antrag hiemit zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung darüber):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zur Durchführung dieser beantragten Aktuellen Stunde. Ich darf auch diesmal, um hier dann Unterbrechungen der Redner hintanzuhalten, nochmals darauf aufmerksam machen, daß der Antragsteller, Regierungsmitglieder ebenfalls, die Möglichkeit haben, bis zu 15 Minuten, und daß die Mandatäre des Hohen Hauses die Möglichkeit haben, bis zu 10 Minuten ihre Rede zu erstrecken. Ich bitte Sie, die Geschäftsordnung entsprechend einzuhalten.

Damit, Hohes Haus, ersuche ich den Herrn Abgeordneten Gratzer, der den Antrag eingebracht hat, um die Darlegung der Meinung der Antragsteller.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Freiheitlichen haben diese Aktuelle Stunde zum Thema Verfassung/Verfassungsreform begehrt, weil wir der Auffassung sind, daß sehr lange schon über die Verfassungsreform gesprochen wird. Sie wird immer wieder vor sich hergeschoben und daher ist dieses Thema aktuell. Aktualisiert wurde dieses Thema selbstverständlich durch die drei Wahlen im März, bei denen wir viele Dinge in der Praxis, das Wahlrecht betreffend, miterlebt haben, woraus wir ganz einfach jetzt auch die Zeit des Handelns erkennen. Und da gibt es schon mehrere Bestrebungen, es gibt ja bereits dazu einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Wahlrechtsänderung in einem Bereich.

Es hat unser Landeshauptmann bei seiner Antrittsrede 1992 auf eine rasche Verfassungsreform hingewiesen, er hat sie eigentlich gefordert. Daher tut es mir etwas leid, daß er dieser Debatte nicht beiwohnt. Für uns ist dieses Thema aktuell und ich möchte die vielen Vorschläge, die die Freiheitlichen in diese Richtung erarbeitet haben, auch heute deponieren und hier zur Diskussion stellen. Weil ich schon der Auffassung bin, daß wir diese Probleme jetzt rasch angehen sollten.

Uns geht es einmal um einen weiteren Ausbau der direkten Demokratie. Und wenn ich sage, der direkten Demokratie, so ist natürlich der amtliche Stimmzettel im vorigen Jahr für uns ein Teilerfolg gewesen. Aber es war eben nur ein Teil. Denn bei der Gemeinderatswahl mußten wir erleben, daß die neue Form, nämlich, daß es zwar den amtlichen Stimmzettel gibt, aber nebenbei noch der Namensstimmzettel gültig ist, in vielen Bereichen zu noch ärgeren Verwirrungen geführt hat als vorher. Da hat es Gemeinden gegeben, in denen hat ein Kandidat einen amtlichen Stimmzettel nachgedruckt, seinen Namen eingesetzt und verteilt. In manch anderen Gemeinden wurde der Stimmzettel des Bürgermeisters mit einem Aufdruck versehen, dieser Stimmzettel ist unbedingt in die Wahlzelle mitzunehmen. Dieses neue Wahlrecht hat somit eigentlich der Manipulation erst Tür und Tor geöffnet. Daher steht an der Spitze unserer Forderungen die Abschaffung dieses Namensstimmzettels! Er hat uns keinen guten Dienst

erwiesen! Wir Freiheitlichen bekennen uns nach wie vor zur Direktwahl der Bürgermeister und sehen hier ein direkt-demokratisches Element, das wir in der nächsten Zeit weiter diskutieren und, wenn geht, natürlich auch einführen sollten.

Nach wie vor fehlt bei uns die Volksbefragung. Und wir sehen nicht nur in anderen Bundesländern, sondern auch auf Bundesebene, daß die Volksbefragung sehr wohl ein geeignetes Instrument ist, um die Landesbürger in Entscheidungsprozesse einzubinden. Und ich denke jetzt an ein Beispiel, wo man diese Volksbefragung gleich einmal in Niederösterreich praktizieren könnte: Wenn es um den Nationalpark geht. Das wäre für mich so eine klassische Volksbefragung der Niederösterreicher. Ich finde es nämlich unheimlich salopp, wenn sich andere Bundesländer Gedanken machen über unseren Nationalpark. Wir müssen damit leben in Niederösterreich. Und daher wäre das wirklich eine Frage, die man an das Volk richten könnte.

Ich denke aber auch an eine Änderung des Initiativrechtes der Landesbürger. Und zwar haben wir von der Fraktion uns vorgestellt, daß man hier eine Senkung der erforderlichen Unterschriftenanzahl durchführt. Und zwar sollten 20.000 niederösterreichische Wahlberechtigte genügen, um eine derartige Initiative einbringen zu können. Zu diesem Bereich zählen wir auch noch die zwingende Behandlung von Petitionen. Derzeit ist es so, daß viele Petitionen ja entweder im Unterausschuß oder im Ausschuß behandelt und auch endgültig behandelt werden. Nach unserer Meinung sollten Petitionen, die ordnungsgemäß eingereicht werden, auch in den Landtag kommen. Das heißt jetzt nicht, daß die Ausschlußerledigung eine negative sein muß, das wird nicht behauptet. Wobei wir eben meinen, wenn schon eine Petition eingebracht wird, so sollte die auch hier in diesem Hohen Haus im Plenum behandelt werden.

Als zweiten großen Punkt im Bereich der Verfassungsreform stellen uns wir - natürlich ist das eine Spezialität von uns, für uns - nämlich den Ausbau der Kontroll- und Minderheitenrechte vor. Hier wird dann mein Nachredner noch etwas stärker darauf eingehen. Aber im wesentlichen geht es um einen Ausbau des Kontrollrechtes des Finanzkontrollausschusses. Wobei ich hier nur erwähnen möchte, daß es zum Beispiel im Parlament für die Einschaltung des Rechnungshofes sehr wohl ein Instrument gibt, daß eine Minderheit, im Parlament sind das bereits 20 Abgeordnete, eine Prüfung durch den

Rechnungshof verlangen kann. Transferiert man das auf den NÖ Landtag, so wären das sechs, wenn man die Prozente umrechnet. Wir fordern daher in dem Zusammenhang eine Änderung, daß auch Minderheiten im Landtag ab sechs Abgeordnete einen Prüfungsauftrag erteilen können.

Wir glauben auch, daß im Bereich der Rechte oder Möglichkeiten für die Abgeordneten selbst auch einiges noch zu erwirken wäre. Und es wäre unseriös, wenn die freiheitliche Fraktion jetzt, weil sie stärker geworden ist, eine Anforderung weglegte. Und es war ganz einfach eine Forderung von uns, daß die Klubstärke mit zwei Abgeordneten fixiert wird und damit natürlich auch das Antragsrecht ab zwei Abgeordneten bereits gewährleistet sein soll. Wir glauben auch, daß in den Ausschüssen alle im Landtag vertretenen Parteien vertreten sein sollen, damit sie bereits in die Vorbereitung von Vorlagen und Anträgen eingebunden sind. Damit sie auch die Möglichkeit haben, bei der Gesetzwerdung, im ersten Stadium sozusagen, auch mitzumachen. Ich glaube auch, daß eine Ausweitung des Anfragerechtes der Abgeordneten anzustreben ist und sehe da die Notwendigkeit zur Einführung einer Fragestunde oder Einführung einer dringlichen Anfrage. Und auch die Möglichkeit, an Regierungsmitglieder Anfragen zu richten, die in den Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem letzten Punkt geht es uns mehr um die Bedeutung des Hauses, um die Bedeutung der Abgeordneten, weil hier ich schon orte, daß in vielen Bereichen - denn man sieht es ja auch von der Akzeptanz durch die Medien, und von der Art der Berichterstattung über den Landtag - hier zum Beispiel eine Fragestunde wesentlich mehr Leben in den Landtag bringen könnte. Man sieht es vielleicht auch daran, daß wir heute die Debatte um die Verfassungsreform haben und, ich habe die Rednerliste gesehen, daß sich der Herr Landeshauptmann sehr wohl beim nächsten Tagesordnungspunkt auf die Rednerliste setzen hat lassen, aber bei der für ihn wichtigen Debatte - nämlich um die Verfassung - ist er nicht anwesend. Genauso wie eben über den Landtag immer weniger berichtet wird. Ich nehme her und ich möchte das auch ganz bewußt bei dieser Debatte sagen, daß eine ORF-Berichterstattung nur mehr dann ist, wenn zum Beispiel hier herinnen ein Jugendlandtag stattfindet oder wenn man erwartet, daß irgend etwas passiert. Aber in Niederösterreich ist es so, daß der ORF zu einer normalen Landtagsdebatte überhaupt nicht mehr kommt.

Ich erinnere, daß im vorigen Jahr, als es gegangen ist bei den Aktuellen Stunden, ich glaube, da war einmal die Personenschiffahrt auf der Donau, oder unsere Debatte zum Semmering-Tunnel, da war sehr wohl wenigstens zu diesen Aktuellen Stunden der ORF noch da. Da geht es nicht darum, welche Fraktion eine Aktuelle Stunde beantragt, sondern da geht es einfach darum, daß unser Landes-ORF für den Landtag wirklich, wenn es um die Debatten geht, sehr wenig Interesse zeigt. Möglicherweise liegt es auch daran, daß wir selber diesen Landtag mit etwas mehr Leben erfüllen sollten, und dazu, glaube ich, sind unsere Vorschläge entsprechend geeignet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Landtages!

Ich möchte mich jetzt nicht auf die einzelnen Punkte, die mein Vorredner, Klubobmann Gratzner, gerade zur Diskussion gestellt hat, einlassen. Vor allem nicht zum Thema der Gemeindevahlordnung, weil die ja direkt zumindest mit der Landesverfassung nichts zu tun hat. Aber es wird einer meiner Kollegen von der ÖVP-Fraktion heute auch dazu noch Stellung nehmen. Ich wollte das am Beginn sagen: Wir kneifen nicht vor dieser Debatte, um das einmal klarzustellen.

Ich glaube, daß diese heutige Aktuelle Stunde sicherlich auch einen Sinn und einen gewissen Wert hat. Einfach deshalb, weil wir damit als Landtag, als gesetzgebende Körperschaft in Niederösterreich der Öffentlichkeit unsere Standpunkte darlegen und vielleicht das eine oder andere auch ausräumen können, was so unterschiedlich auch in den Medien transportiert wurde in letzter Zeit: Hier gibt es Gespräche über die Landesverfassung, aber es heißt, der Landeshauptmann steht auf der Bremse. Hier gibt es kein Weiterkommen vom Fleck, weil die Mehrheitsfraktion im Landtag nicht bereit ist, hier etwas zu tun, wird kolportiert.

Ich möchte das einmal aus unserer Sicht ganz deutlich klarstellen: Wir sind bereit, über eine Änderung der Landesverfassung zu reden. Und wir haben das auch mehrmals bereits sehr deutlich bewiesen. Und es hat auch Gespräche bereits gegeben - das ist kein Geheimnis - mit der sozialdemokratischen Fraktion, auch in dieser Legislaturperiode bereits, weil wir als Mehrheitspartei in diesem Haus glauben, daß wir zuerst einmal mit der zweitgrößten Fraktion reden sollten. Weil ja eine Landesverfassung nicht

irgendein Gesetz ist, sondern weil eine Landesverfassung als Verfassungsgesetz vorerst einmal der Zweidrittelmehrheit bedarf. Dies zum ersten. Und zum zweiten, weil eine Landesverfassung, so glaube ich, und ich sage meine sehr persönliche Meinung jetzt, gut ausbesprochen, gut diskutiert und erst dann in das Hohe Haus mit einem möglichst einhelligen Vorschlag eingebracht werden soll. Und ich plädiere dafür - und ich möchte das heute gleich am Beginn sagen - daß die ÖVP sich bemüht, bei diesen kommenden Gesprächen einen Vorschlag gemeinsam mit allen im Landtag vertretenen Parteien einzubringen. Weil ich glaube, daß eine Verfassung ein Gesetz ist, das einer sehr, sehr breiten Zustimmung bedarf, nicht nur eines notwendigen qualifizierten Quorums. Das gleich einmal zum Beginn.

Die NÖ Landesverfassung ist zum letzten Mal in einer größeren Novelle im Jahr 1979 novelliert worden und ich gebe allen recht, die heute sagen und behaupten, es ist einfach notwendig geworden, das eine oder andere zu ändern. Einfach deshalb, weil sich auch unsere Gesellschaft geändert hat und deshalb vor allem, weil die Bedürfnisse in unserer Gesellschaft und die Bedürfnisse der Menschen in Niederösterreich halt auch seit dem Jahr 1979 andere Schwerpunkte bekommen haben. Das ist sicher richtig. Aber ich stelle auch fest, daß eine Landesverfassung nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Rechte der kleineren Fraktionen geändert werden kann. Sondern für uns, für die Österreichische Volkspartei, nehme ich in Anspruch, daß wir eine Änderung der Landesverfassung in erster Linie und primär darin sehen, daß es hier notwendig ist, die Bürgerrechte zu konventionieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Mitbestimmungs- und die Mitwirkungsrechte der NÖ Landesbürger in allen Fragen, die alle Bürger betreffen. Und das scheint mir das Wichtigste und das Wesentlichste zu sein. Wenn es uns auch gelingt und gelingen soll - und ich glaube, da besitzen alle Fraktionen hier im Hohen Haus auch diese Bereitschaft und das Wollen, ich nehme es einmal so positiv an - wenn es uns gelingen soll, diese NÖ Landesverfassung auch als ein Gesetz zu gestalten, das Vertrauen bei den Bürgern erweckt. Das imstande ist, nicht nur ein totes oder weit weg von den Bürgern befindliches Gesetz zu sein, sondern eines, das auch sehr viel Leben beinhaltet. Und darum stellen wir uns vor - und ich möchte jetzt gar nicht im Detail darauf eingehen, weil auch Abgeordneter Dr. Prober heute dazu noch sprechen wird - stellen wir uns vor, eine Reihe

von Zielsetzungen in dieses Gesetz auch mit einzubauen, die die Grundsätze der NÖ Landespolitik für die nächste Zeit, nicht nur für diese Legislaturperiode, sondern wirklich für die nächste Zeit und auch für die nächste Generation, wenn Sie so wollen, enthalten.

Ich darf daher nur einige dieser Punkte, ohne daß da ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann, erwähnen. Etwa den Grundsatz, daß wir die Familie, und wenn Sie wollen, auch die Ehe in unsere Landesverfassung aufnehmen. Das ist der Grundsatz, daß wir die soziale Sicherheit als ein Wesensmerkmal unserer Verfassung mit aufnehmen. Den Grundsatz der freien Wirtschaft in unserem Land. Den Grundsatz der Erhaltung einer ökologisch-orientierten und flächendeckenden Landwirtschaft. Sie ist so wichtig für uns und für unsere Umwelt. Den Grundsatz, daß der Zugang zum Recht für jeden Landesbürger möglichst einfach gestaltet werden soll. Oder den Grundsatz, daß wir in einem Land, das soviel Vielfalt besitzt, in diesem wunderschönen Niederösterreich auch die regionale Identität bewahren wollen in Zukunft, daß wir nicht alles über einen Leisten schlagen wollen. Und auch den Grundsatz der Verwaltungsökonomie, daß wir die Verwaltung noch schlanker gestalten und es damit dem Bürger erleichtern, den Zugang zur Verwaltung zu erreichen. Das sind nur einige dieser Überlegungen, von denen wir glauben, daß sie wichtig sind.

Damit möchte ich auf jenen Punkt eingehen, den vor mir Kollege Gratzner auch angesprochen hat, die Frage des Petitionsrechtes und der Petitionsmöglichkeit. Ich glaube, daß wir uns darüber unterhalten sollten, aber nicht in der Form, daß jeder Landesbürger jetzt vielleicht Stunden und Tage den NÖ Landtag mit Petitionsschreiben beschäftigen kann. Das sehe ich nicht als unsere Aufgabe hier im Landtag. Sondern in der Form, daß wir über dieses Petitionsrecht in einer etwas anderen Form und in grundsätzlicher Überlegung nachdenken und vielleicht damit auch erreichen, daß die Legislative, daß diese gesetzgebende Körperschaft dadurch auch die Möglichkeit bekommt, einen höheren Stellenwert zu erlangen. Ich glaube auch, daß in dieser leider immer komplizierter werdenden arbeitsteiligen Verwaltung die gesetzgebende Körperschaft viel an Stellenwert und so manches auch an Bedeutung verloren hat. Und daß es unsere gemeinsame Aufgabe sein muß, daß wir versuchen, hier wieder einen höheren Stellenwert zu erringen. Dazu gehört selbstverständlich die Kontrollaufgabe dieses Landtages, in welcher Form dann immer; das wird eine Frage der Diskussion sein. Und

dazu gehört, wie ich glaube, auch dieses Petitionsrecht. Und grundsätzlich soll auch einmal festgestellt werden, daß eigentlich jeder von uns, jeder der 56 in den NÖ Landtag gewählten Abgeordneten auch ein Anwalt des Bürgers zu sein hat. Das ist unsere erste und unsere vorrangige Pflicht, meine Damen und Herren. Und das soll auch zum Ausdruck kommen!

Erlauben Sie aber, daß ich ganz kurz auch noch zu einem Problem Stellung nehme, das uns in letzter Zeit beschäftigt hat und das auch in der öffentlichen Meinung als ein Problem im Zusammenhang mit der Landesverfassung angesprochen wurde, das ist die Causa Schimanek. Ich sehe sie nicht jetzt als eine Causa Schimanek, sondern im Zusammenhang mit der Möglichkeit, Regierungsmitgliedern von diesem Landtag aus und verbunden mit den Kontrollrechten des Landtages entgegenzutreten. Und ich glaube, auch darüber sollten wir uns in Zukunft unterhalten. Wenngleich ich mit dieser Überlegung nicht den Grundsatz in Frage stellen möchte, daß eine Regierungsform, wie wir sie in unserer Landesverfassung verankert haben, von mir deshalb in Frage gestellt wird. Wir haben und wir bekennen uns zu dieser Regierungsform der Proporzregierung, wie sie manchmal unschön bezeichnet wird. Wir bekennen uns dazu! Wir bekennen uns dazu, daß die NÖ Landesregierung im Verhältnis der Stärke der im Landtag vertretenen Parteien zusammengesetzt ist, aber wir sollten diskutieren und sollten überlegen, wie diese Regierung von diesem Landtag gewählt wird und wie diese Regierung auch letztlich von diesem Landtag künftighin kontrolliert werden kann.

Lassen Sie mich daher noch einmal ganz kurz auf die Zielsetzungen der Novellierung zurückkommen. Ich glaube, daß das Motto der Zukunft lauten muß und lauten soll - und das ist eine, wenn nicht überhaupt die vorrangigste Aufgabe dieser gesetzgebenden Körperschaft - daß wir versuchen, in Zukunft Gesetze zu beschließen, die in erster Linie für den Bürger da sind. Es sind ja auch unsere Bürger, die mit unseren Gesetzen leben und die sich mit der Arbeit des Landtages als gesetzgebende Körperschaft identifizieren sollen. Wir müssen also ein besseres Vertrauensverhältnis zwischen uns und den Bürgern herstellen. Und das können wir nur in der Form, daß wir vertrauensbildende Maßnahmen auch in Zukunft in dieser Landesverfassung stärker verankern. Ich hoffe, daß die Gespräche über die Änderung der Landesverfassung sehr bald auch zu einem möglichst übereinstimmenden Ergebnis führen werden. Die Österreichische Volkspartei wird

unter den Grundsätzen, wie ich sie jetzt in der kurzen Zeit versucht habe darzulegen, sicherlich sich darum sehr, sehr bemühen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Feurer.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich verweise nochmals auf die Redezeitbeschränkung in unserer Geschäftsordnung. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Wenn ich den Worten meines Vorredners ordentlich und korrekt gelauscht habe, dann muß ich das so verstehen, daß es eigentlich überhaupt keine Probleme gibt. Jeder will die Verfassung im Sinne dessen ändern, was für die Bevölkerung gut ist. Ich frage mich dann nur, wie ist es möglich, daß man fast 20 Jahre kaum etwas macht, sondern nur Kleinigkeiten abändert. Hier muß ja irgendwo ein Widerspruch sein. Es scheint mir so, daß die Türen aufgemacht werden, aber nicht zum 'Reingehen, sondern zum 'Rausfliegen, wenn man mit solchen Ideen kommt.

Grundsätzlich sind wir schon bei unserer Antrittsrede hier gestanden und haben eine Änderung der Landesverfassung verlangt. Und zwar eine Änderung hauptsächlich aus folgendem Grund: Wenn man die politische Landschaft betrachtet, so hat sich die ja wesentlich verändert in den letzten Jahren. Ob nun den gewählten Mandataren das recht ist oder nicht, entschieden hat das Volk. Das Volk hat sich so entschieden, es geht weg von Schwerpunktsbildungen in Parteien, es geht zu einer Mehrparteienlandschaft, es geht auch zu einer großen Vielzahl von Minderheiten, die in Gremien einziehen und dort gewisse Rechte eben zugesprochen erhalten müssen. Diese Rechte sind in der doch sehr versteinerten Verfassung von Niederösterreich nicht zu finden. Das, glaube ich, kann ich mit aller Klarheit hier, ohne Jurist zu sein, erklären. Ich darf auch darauf hinweisen, daß, wenn es dann zu einer Änderung kommt, so wie mit dem Amtlichen Stimmzettel wieder zwischen den zwei großen Parteien im Landtag eine Notlösung gefunden wird. Und ausbaden können es dann die Gemeinden. Wenn nämlich 19 Gemeinden Einspruch erheben, weil die Wahl nicht funktioniert hat, so haben Sie sich das hinter die Ohren zu schreiben, meine Herren. Nur Sie, weil Sie haben den zweiten Stimmzettel eingeführt, der zur Verwirrung - und hier weiß ich mich einig mit dem Herrn Klubobmann Gratzner - in den Gemeinden geführt hat. Und es war nicht

notwendig! Es war wirklich nicht notwendig, weil auch der amtliche Stimmzettel eine Namensaufschrift zuläßt.

Grundsätzlich darf ich sagen, daß wir glauben, die politische Landschaft zwingt uns dazu, Minderheiten mehr Rechte zu geben. Es wurde hier schon von meinem Vor-Vorredner Gratzner der Klub erwähnt. Nun geht es sicher nicht um den Klubstatus. Denn der Klubstatus ist nicht entscheidend. Aber entscheidend ist, daß der Klubstatus wieder ein Haus im Haus ist und dadurch die Minderheit einengt. Wir haben zum Beispiel keinen Klubstatus und, ich scheue mich nicht es hier zu sagen, wir wurden immer korrekt behandelt und wir haben daraus auch keinen wesentlichen Informationsnachteil. Aber es ist nicht angenehm, wenn man auf das Wohlwollen der anderen angewiesen ist. Und das ist der Punkt, warum wir hier eine Änderung verlangen. Ausschließlich. Ich glaube, das muß jeder Demokrat verstehen, daß es nicht zielführend ist, daß eine Fraktion im Landtag sitzt und eben sagen muß, gut, danke, wir dürfen und müssen eben versuchen, gute Atmosphäre zu haben, um nicht dort und da ausgeschlossen zu werden. Wir haben das nicht versucht, es wurde alles korrekt gemacht. Aber ich glaube, das ist eines der besten Beispiele, wie sinnlos zum Beispiel die Hinaufsetzung der Mandatare, des Standes der Mandatare für einen Klubstatus war.

Und uns geht es auch wirklich nicht ums Geld, es geht uns um die Demokratie. Wir haben uns daher vorgestellt, daß man die Minderheitsrechte im Landtag ausbaut. Uns geht es dabei logischerweise ähnlich wie der Freiheitlichen Partei, weil sie auch einmal eine noch kleinere Fraktion hier herinnen waren so wie wir und darunter gelitten haben. Kontrollrechte: Ich halte es für unumgänglich erforderlich, daß jede Fraktion, die im Landtag sitzt, auch einen Sitz im Kontrollausschuß hat. Man kann darüber diskutieren, ob in den Ausschüssen, denn wenn man jetzt realistisch ist, wie soll eine Partei mit zwei Mandataren die Ausschüsse besetzen, das geht ja gar nicht. Hier muß man wirklich ganz vorsichtig und vernünftig zu Werk gehen. Aber der Sitz im Kontrollausschuß scheint mir unumgänglich erforderlich. Wir halten es auch nicht für opportun, daß zum Beispiel der Kontrollausschuß-Obmann von der Partei gestellt wird, die den Landeshauptmann stellt. Das müßte ausgeschlossen werden. Die Logik zeigt sich eigentlich schon in der Praxis. Man hat versucht, der kleinsten Partei, man hat sogar versucht uns einzusetzen für den Kontrollausschuß-Obmann. Und ich habe das damals sehr begrüßt. Es ist

leider nicht dazu gekommen, aus Gründen, die keine dieser Parteien hier zu vertreten hat. Aber im wesentlichen wäre es richtig, daß jene Partei, die nicht in der Regierung sitzt, Priorität für den Kontrollausschuß-Obmann genießt. Das sind alles logische Punkte, die zum Teil realisiert werden. Genau wie Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie aus dem Landtag ausscheiden und Regierungsmitglied werden, Ihr Mandat zurücklegen. Aber es ist nicht festgeschrieben. Und hier gibt es eine Vielzahl von Unvereinbarkeitsbestimmungen, die eingehalten werden - ich will hier gar niemanden angreifen - aber die nicht festgeschrieben sind. Und das Festschreiben ist eigentlich unsere Pflicht, um Ordnung zu machen, die Automatik in einen Ablauf zu bringen. Ich kann nur als Beispiel anführen, daß Mitglied der Landesregierung und Abgeordneter zu sein, wie ich erwähnt habe, einander ausschließt. Aber auch Mitglied der Landesregierung und Vorstandsmitglied einer gesetzlichen Interessensvertretung. Solche Sachen müssen geschrieben werden, daß sie ausgeschlossen sind. Auch wenn man sich jetzt aus Fairneß schon daran hält.

Ich will meine Redezeit nicht überziehen, der Vorwurf war schon hier. Ich möchte daher nicht alle Punkte vorlesen. Aber grundsätzlich darf ich noch einmal auf die Bundesräte zurückkommen, für die wir uns auch vorstellen, daß die Bundesräte ein Rederecht hier bekommen und auch Rede und Antwort stehen müssen. Sie werden entsandt in den Bundesrat und dann ist eigentlich die Verbindung zum Land nach meinem Dafürhalten nicht mehr ordentlich gegeben, weil sie dort dem Klubzwang unterliegen und eigentlich Abstimmungen durchführen, ohne uns Rede und Antwort zu stehen.

Noch einmal: Die Parteien, lese ich immer, reorganisieren sich, regenerieren sich, neue Obmänner werden gewählt, alles wird erneuert. Das ist dem Volk nicht so wichtig. Dem Volk ist eigentlich wichtig, daß Sie das vollziehen, was sich in der Bevölkerung an Gedanken in der Demokratie weiterentwickelt. Und hier sollten wir im Landtag doch nach 20 Jahren einmal aufwachen und der Realität ins Auge sehen. Und ich freue mich, daß es überhaupt kein Problem gibt, die Verfassung zu ändern. Ich freue mich darüber, daß alle Parteien einer Meinung sind. Ich bin aber neugierig, ob diese Meinung auch nach dieser Landtagssitzung noch in der Form besteht, daß wir aktiv werden. *(Beifall bei LIF.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Uhl.

Abg. UHL (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit vielen Jahren gibt es bereits Gespräche bezüglich einer Änderung, bezüglich einer Anpassung, einer Neufestlegung der NÖ Landesverfassung. War doch die Landesverfassung, die damals beschlossene Landesverfassung, primär auf ein sogenanntes Zweiparteiensystem aufgebaut. Und wie der Herr Kollege Ing. Dautzenberg hier festgestellt hat zur Minderheitenfestlegung: Diese Minderheiten in dieser Art und in diesem Ausmaß hat es bei der Beschlußfassung dieser jetzt noch immer gültigen Landesverfassung noch nicht gegeben.

Und daher gibt es seit einiger Zeit hier Gespräche und die verschiedensten Vorschläge. Und es hat auch bereits bei einigen dieser Vorschläge breite Zustimmung gegeben. Einige sind noch immer, sagen wir einmal, "unausgegoren", einige werden von den Einen gewollt, von den Anderen nicht ganz geliebt. Hier gibt es eine Reihe von Dingen, wo wir uns halt, wie es in einer Demokratie ist, finden müssen, wo wir die entsprechenden Mehrheiten eben zusammenbringen müssen. Nicht von ungefähr wird für die Beschlußfassung der Landesverfassung ja eine qualifizierte Mehrheit verlangt. Weil das nämlich etwas ganz Besonderes ist. Und die soll unter gar keinen Umständen anlaßbezogen geändert werden. Denn all diese anlaßbezogenen Änderungen in der Vergangenheit haben immer einen bitteren Beigeschmack gehabt. Und wir sehen unter gar keinen Umständen dabei ein, daß das sogenannte Verhältniswahlrecht abgeändert werden soll, nur weil vielleicht damit das "Problem Schimaneck" in der Freiheitlichen Partei gelöst werden kann. Das ist ein Problem der Freiheitlichen und muß auch dort gelöst werden!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie funktioniert denn eigentlich dieser immer so strapazierte Wählerwille? Wie wird eine Wahl ausgeschrieben? Die Kandidaten stellen sich, die Wahl wird durchgeführt. Auf Grund der abgegebenen Stimmen erfolgt also die Zuteilung der Mandate. Und es hat sich bei den letzten Wahlen immer mehr gezeigt, daß halt die Zeit dieser absoluten Mehrheiten zurückgeht. Das heißt, es müssen immer wieder entsprechende Mehrheiten gesucht werden. Das heißt aber auch, daß das sogenannte, wie man sagt im Volksmund, "Drüberfahren" über eine Meinung eigentlich nicht mehr so möglich ist. Und das ist eigentlich ein ganz ein wesentlicher positiver Bestandteil der Demokratie. Sicher ist es so, daß es halt in der Demokratie

heißt, die Mehreren müssen nicht immer unbedingt die Gescheiterten sein, nur haben sie halt immer recht, wenn es zur Abstimmung kommt. Aber auch das ist ein Teil und ein wesentlicher Teil der Demokratie und der demokratischen Einstellung. Ich selbst kann das recht gut beurteilen, nachdem ich meine erste gewählte politische Funktion am 2. September 1957 angetreten habe und bis jetzt noch nie in einer Mehrheit gearbeitet habe. Ich weiß gar nicht, wie das ist, wenn man wo abstimmt und man kann gewinnen. Aber ich habe die Hoffnung noch nicht verloren, ich werde sicherlich auch das noch erleben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch ein paar Worte hier verlieren über die kürzlich abgehaltene Pressekonferenz des Freiheitlichen-Chefs Haider, wo im Hintergrund die Dekoration gestanden ist, "Wir Demokraten", wo das freiheitliche Staatswappen drauf war, nämlich ein Adler ohne Hammer und Sichel. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hier schon eines in aller Deutlichkeit festhalten: Dieses Staatswappen, das vom Jahre 1918 übernommen wurde, 1945 nur ergänzt wurde

mit den gesprengten Ketten als Symbol, daß wir die Freiheit erlangt haben, ist seit jeher so, daß immer oben die Mauerkrone war als Zeichen für das Bürgertum, der Hammer als Zeichen für die Arbeiter und die Sichel jenes für den landwirtschaftlichen, für den Bauernstand darstellt. Und wir sind stolz auf dieses Symbol der Freiheit, der Arbeit und unserer Herkunft! (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Und wir sahen überhaupt keinen Grund, hier hineinzugeheimnissen, das wären kommunistische Symbole. Ich glaube, hier hat sicherlich, ich würde so sagen, vielleicht muß F-Haider seine Hausaufgaben in Geschichte nachholen. Gerade in diesen Tagen der Feiern und Gedenkstunden ist es ganz besonders schmerzlich, wenn man diese Dinge hört, wenn man von diesen Dingen erzählt bekommt. Nehmen wir uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, an den Frauen und Männern der ersten Stunde ein Beispiel. Die haben nicht gesagt, was ist gut für mich, was ist gut für unsere Bewegung, für unsere ideologische Einstellung? Sie haben gesagt, was ist gut für Österreich? Und das haben sie gemacht! Und ich glaube, wir können stolz darauf sein, daß diese Frauen und Männer das aufgebaut haben, was heute von manchen so verunglimpft wird. Und ich glaube, das ist wirklich ganz, ganz schlimm.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade jetzt, da wir diese vielen Feiern und Veranstaltungen durchführen, daß gerade jetzt wir uns noch mehr und immer mehr zu diesem Staat bekennen müssen. Daß wir immer mehr noch stolz sein müssen auf diesen Staat, den wir alle zusammen aufgebaut haben und den kontinuierlich weiterzuentwickeln wir versuchen müssen. Dort, wo Korrekturen durchgeführt werden müssen, dort sollen diese Korrekturen durchgeführt werden. Vieles wird noch neu einzubringen sein, das ist eben ganz natürlich, das sind wir ganz einfach dem Zug der Zeit schuldig.

Ich darf abschließend an die Antragsteller dieser Aktuellen Stunde den Appell richten: Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Freiheitlichen! Lösen Sie das Problem Jörg Schimanek. (*Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich glaube auch wie Klubobmann Böhm, daß es sinnvoll ist, daß wir heute in dieser Aktuellen Stunde über die Weiterentwicklung der NÖ Landesverfassung sprechen. Das vor allem in einer Zeit der Feiern zum 50. Jahrestag dieser Zweiten Republik in diesen Tagen. Wo wir innehalten und jener großen Österreicher, jener Baumeister unserer Republik gedenken, die für diesen 50-jährigen Frieden eigentlich wesentliche Grundsteine gelegt haben. Und wo wir auch innehalten und der Wiederaufbaugeneration dieser Republik danken, wie natürlich auch der nachgefolgten Generation, für ihre Leistungen. Daher scheint es mir angebracht, darüber zu diskutieren, wie um die Jahrtausendwende herum die neuen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft aussehen sollen, in der Republik Österreich, aber vor allem im Kernland dieser Republik, in Niederösterreich.

Aus meiner Sicht lautet der Auftrag an uns ganz schlicht und einfach, Schritt für Schritt die geschriebene Verfassung mit der Verfassungswirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Und da meine ich schon, Herr Kollege Ing. Dautzenberg, daß das sehr wohl ein sehr kontinuierlicher und ein eher langfristiger Prozeß sein muß. Eine neue Verfassung, eine Verfassungsnovellierung kann man natürlich nicht jedes Jahr machen. Um aus meiner Sicht aber auch klar und vorweg eines zu sagen: Ich glaube, wir brauchen weder in Österreich eine dritte, vierte oder fünfte Republik, noch in Niederösterreich fundamentale Umwälzungen. Was wir brauchen, ist vielmehr eine modifizierte Verfassung in Niederösterreich. Die - und das möchte ich aus einem Papier zitieren, das die beiden großen Parteien hier in diesem Hohen Haus anläßlich der jetzt laufenden Legislaturperiode als Arbeitsvereinbarung festgehalten haben - die in ihrer Funktionalität Zeitgemäßheit und Bürgernähe vermittelt, wobei oberstes Ziel ist, die demokratische Kultur abzusichern und auch zu unterstützen. (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Und in Anlehnung daran und auch, weil Sie das jetzt herausgefordert haben, möchte ich an die letzte Diskussion hier beim Sonderlandtag erinnern und vermerken, daß für uns die Demokratie das oberste und wichtigste Prinzip ist, das wir von niemanden in Frage stellen lassen, geschweige denn, daß wir diese Demokratie uns von jemandem wegnehmen lassen! (*Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.*)

Es geht uns also um die Weiterentwicklung der Verfassung, um die Verfassungsreform in wesentlichen Punkten, das habe ich bereits angedeutet. Einige Vorredner haben schon Punkte

herausgenommen. Ich postuliere: Erstens, eine Verfassungsreform kann nur im Dialog und in Unterstützung mit den Bürgern Platz greifen. Zweitens, eine verstärkte Bürgerbeteiligung bei der politischen Willensbildung ist genauso anzustreben wie mehr Transparenz und Demokratisierung auf vielen Ebenen. Drittens sind durch Deregulierung neue Freiräume für die Bürger zu schaffen und viertens - und jetzt komme ich zu meinem eigentlichen Thema - sind konkrete Staatsziele als Leitlinien für die Landespolitik in der Verfassung zu verankern, die eine neue, aus meiner Sicht demokratische, neue Qualität politischen Handelns eröffnen. Mit diesen Staatszielen möchte ich mich ganz kurz beschäftigen. Doch bevor ich das tue, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich ganz kurz auch noch darauf hinweise, daß quasi als Vorleistung zu diesem heute diskutierten Thema hier auf Initiative der ÖVP Niederösterreich doch vor einigen Jahren ein sehr persönlichkeitsbezogenes Wahlsystem und auch ein entsprechendes Wahlrecht hier in Niederösterreich eingeführt wurde, das natürlich auf ein engeres Vertrauensverhältnis zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Bürgern und Politikern hinausgelaufen ist. Und ich meine, daß im Vorfeld dieses neuen Wahlrechtes auch von unserer Seite hier ein sehr brauchbares Vorwahlsystem entwickelt worden ist, das dieser Zielsetzung entsprochen hat. Ich glaube, in einer Weiterentwicklung dieser demokratischen Einrichtung könnte es durchaus angebracht sein, daß sich einige andere Parteien dieses Hohen Hauses in dieser Sachlage auch an unseren diesbezüglich innerparteilich gepflogenen Vorstellungen orientieren.

Meine Damen und Herren, zurück zu den Staatszielen. Es geht uns darum, hier eine Vertrauensbildung neuer Qualität schlechthin zu erreichen, wobei der Bürger sich einfach viel stärker als bisher noch darauf verlassen können soll, wie im Grundsätzlichen regiert wird in Zukunft. Das heißt für mich, daß der Bürger in seinem Denken und Tun ein stärkeres Verbindungselement zu seinen Vertretern fühlen kann und fühlen soll. Das schafft Vertrauen, eines der wichtigsten Grundlagen jeglicher demokratischer Auseinandersetzung einerseits. Das bringt jene Stabilität, die wir dringend brauchen, und das bringt damit natürlich auch neue Freiräume für die Weiterentwicklung. Ich meine, daß ein Verfassungsziel und gleichzeitig Staatsziel eigentlich mit einem neuen Bürgervertrag ident sein soll. Ein Bürgervertrag, wie ihn zum Beispiel Landeshauptmann Dr. Pröll und Landesrat Franz Blochberger gemeinsam mit den NÖ Bauern in Form eines

Zukunftsvertrages realisiert haben, damals im Vorfeld der Entscheidung zur Integration Österreichs in die Europäische Union. Und ich darf nur zum besseren Verständnis versichern, daß dieser Vertrag natürlich auch in der Substanz eingelöst werden muß und ich darf Ihnen versichern, auch eingelöst werden wird.

Staatsziel muß es auch sein, und ein Vorredner hat bereits deutlich darauf hingewiesen, ich glaube es war der Herr Kollege Uhl, daß der Generationenvertrag mit den älteren Mitbürgern durch eine dichte Knüpfung des sozialen Netzes abgesichert werden muß, genauso wie es aus meiner Sicht Staatsziel Niederösterreichs sein soll, den Stellenwert der Familie als Keimzelle unseres Gemeinwesens zu zementieren. Es geht aber auch darum, die Wirtschaft sich möglichst frei in Eigenverantwortung und ohne allzu große staatliche Reglementierung weiterentwickeln zu lassen, und natürlich auch regionale Eigenständigkeiten in Niederösterreich zu bewahren.

Es sollte aber auch das Ziel sein, und das ist sicherlich ein sehr aktueller Anlaß auf Grund unserer Finanzsituation, daß dem Sparsamkeitsgrundsatz entsprechend in der Verfassung einiges niedergeschrieben und festgeschrieben werden soll. Nämlich, was wir uns eigentlich leisten können und leisten sollen in diesem Bundesland. Daß wir unser Tun und Wirken auch daran maßgeblich orientieren sollen. Ich glaube, die Zeiten sollten vorbei sein, da Wasser gepredigt und Wein getrunken wird. Es soll einfach, wie vielleicht in vergangenen Zeiten manchmal geschehen, kein zu starker Vorgriff auf die Zukunft getätigt werden, was schlußendlich auch zu Lasten nachkommender Generationen, ausschließlich zu deren Lasten, gehen würde.

Was wir brauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, durch diese Verfassungsreform, die wir jetzt gemeinsam versuchen, in die Wege zu leiten und anzupfeilen, ist ein starkes Land, gleichzeitig aber ein schlankes Land, aber auch vor allem im Hinblick auf die Europäische Union ein "fites" Land. Daß wir einfach dem Bürger einen noch stärkeren, besseren Stellenwert zukommen lassen. Durch Deregulierung, Verankerung der Volksabstimmung und durch Festlegung der Volksbefragung, also durch die Verstärkung der direkten Demokratie. Diese Elemente sollen methodisch unter anderem auch diese Ziele erreichbar machen. Und weil hier vor allem die Freiheitlichen gemeint haben, daß es um die Stärkung der Kontroll- und Minderheitenrechte geht, muß ich schon sagen,

daß natürlich auch in diesen Fragen aus meiner Sicht die Demokratie eine unteilbare ist. Was die Petition betrifft, glaube ich allerdings, daß wir uns schon auch daran orientieren sollen, wie die Grundsätze hier gelagert sind. Ich glaube, auch hier sollten wir ein Staatsziel vielleicht, wenn Sie so wollen, daraus formulieren. Nämlich, daß die Lösung von Problemen im wesentlichen dort stattfinden soll, wo diese entstehen, ob in der Familie, im Ort, in der Gemeinde. Das sehen wir als Subsidiarität an, das sehen wir als Verantwortung an. Man soll einfach nach meiner Sicht die Kirche im Dorf lassen und erst dann mit Petitionen zum Land gehen, wenn klar und eindeutig ist, daß die Ebene auf Ortsbasis oder auf Gemeindebasis nicht mehr in der Lage ist, dort entstandene Probleme zu lösen.

Wenn so die Staatsziele, meine sehr verehrten Damen und Herren, in unserer kommenden Verfassung, der erneuerten Verfassung, aussehen, dann meine ich, daß Niederösterreich auch substantiell in Zukunft in der Verfassungsentwicklung der Zweiten Republik weiter federführend sein wird, wie es das auch immer in der Vergangenheit gewesen ist. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und einigen Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Da der Klubobmann Böhm und mein Vorredner, Kollege Dr. Prober, von einer Vertrauensbildung in einer sehr blumenreichen Sprache gesprochen haben, möchte ich schon unseren Standpunkt kundtun, daß es erst in zweiter Linie um eine Vertrauensbildung geht. Denn das Grundrecht auf Demokratie ist ja in der Bundesverfassung verankert. Ich glaube, es geht hier vielmehr um ein Problem, daß dieses Grundrecht auf Demokratie heute von sehr vielen nur als Phrase angesehen wird. Denn es haben sich verschiedene Machtzentren und Einrichtungen als Realverfassung in Österreich zementiert. Und wir sehen es immer wieder in den verschiedenen Parlamenten, nicht nur hier im Hohen Haus, sondern auch in anderen Landesparlamenten, im Hohen Haus auf der Ringstraße, daß insbesondere das Abstimmungsverhalten unserer politischen Mitbewerber von diesen Machtzentren, von Parteisekretariaten, von Kammern, der Sozialpartnerschaft, der Landesfinanzreferentenkonferenz und anderem mehr, bestimmt wird. Und diese

Tatsache, die wir immer wieder beobachten können, erscheint mir wirklich in einem krassen Widerspruch zu den Ausführungen, die der Herr Klubobmann Böhm als das Gedankengut von grundsätzlichen Sachen, die der Verfassung zugrunde gelegt werden sollen, für sich beansprucht hat.

Worum geht es eigentlich? Es geht ganz einfach darum, diese demokratiepolitische Misere durch eine Reform des Verfassungsrechtes zu überwinden. Es wurde heute schon strapaziert, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll bei seiner Amtsübernahme 1992 eine rasche und umfassende Verfassungsreform versprochen hat. Kollege Uhl hat davon gesprochen, daß bereits seit vielen Jahren darüber zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Österreichischen Volkspartei gesprochen wird, daß die Verfassung geändert werden soll. Nur sind bislang keine Taten gefolgt. Wir Freiheitlichen haben daher den Eindruck gewonnen, daß es unseren politischen Mitbewerbern der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei ganz einfach nicht sosehr um eine Reform der Verfassung, nicht sosehr um eine Demokratisierung geht, sondern daß es vielmehr darum geht, verschiedene Machtstrukturen im österreichischen Parteien- und Verbändestaat aufrecht zu erhalten. Ich habe hier auch wieder ein bißchen den Eindruck gewonnen, daß es den Vertretern unserer politischen Mitbewerber auch darum geht, nach wie vor den Grundsatz des Vorranges der Parteien vor dem Bürger zu vertreten. Wir haben daher heute diese Aktuelle Stunde beantragt, weil wir glauben, daß eine Verfassungsoffensive, bzw. eine entsprechende Demokratisierungsoffensive eingeleitet werden muß, wieder in Gang gesetzt werden muß und für Niederösterreich ganz einfach unentbehrlich ist. Und ich bin einer Meinung mit Klubobmann Böhm, daß die Angelpunkte einer solchen Verfassungsreform in erster Linie die Bürgerrechte sein müssen, in zweiter Linie aber auch das Wahlrecht und in dritter Linie aber auch die Parteienrechte von qualifizierten Minderheiten. Und wir haben vor über einem Jahr auch in den Gesprächen mit unseren politischen Mitbewerbern unseren Standpunkt für eine Verfassungsreform ganz deutlich gemacht. Und Kollege Ing. Dautzenberg hat das schon erwähnt, der freiheitliche Erfolg bei diesen Gesprächen war, daß es erstmals einen amtlichen Stimmzettel gegeben hat. Bitterer Beigeschmack dabei war, daß die Österreichische Volkspartei nur unter der Bedingung den amtlichen Stimmzettel mitgetragen hat, daß es parallel Namensstimmzettel geben muß, die weiterhin Gültigkeit haben. (*Abg. Präs. Ing. Eichinger: Was*

heißt hier "bitterer Beigeschmack"? Das war etwas demokratiepolitisch Hervorragendes!)

Bitte, Herr Präsident, ich habe Sie nicht verstanden, aber ich hoffe, es wird mir das dann in die Zeit eingerechnet.

Das ist ein bitterer Beigeschmack, denn es lassen sich auch von Verfassungsrechtlern die verschiedensten Bedenken gegen dieses duale Stimmzettelsystem anbringen. Und es ist ganz klar und, Herr Präsident Ing. Eichinger, ich weiß nicht, ob Du alle Facetten kennst, mit denen gearbeitet wurde am 19. März. Das ging von einem Nachdruck des amtlichen Stimmzettels und all diese Tatsachen, ich will sie gar nicht beurteilen, ob es rechtlich einwandfrei war oder rechtlich nicht einwandfrei, haben doch nur dazu geführt oder dazu gedient, den amtsführenden Bürgermeister und ihren Listen die Wiederwahl ganz einfach zu erleichtern. Und wenn ich mich daran erinnere, daß dieses Hohe Haus 1992 das neue NÖ Landtagswahlrecht beschlossen hat, und wie hier der amtliche Stimmzettel gefeiert wurde als die Reform für das Persönlichkeitswahlrecht und jetzt ein amtlicher Stimmzettel bei Gemeinderatswahlen, der die gleiche Form aufweist, nicht mehr jener Erfolg sein soll, dann frage ich mich schon, ob das wirklich damals die optimale Errungenschaft war oder ob das jetzt die optimale Errungenschaft ist. Dann hat sich die Gesinnung oder das Gedankengut wirklich innerhalb von zwei Jahren sehr geändert.

Ich habe es schon erwähnt, es gibt auch mehrere verfassungsrechtliche Punkte gegen dieses duale Stimmzettelsystem. Zum einen stellt es eine Verletzung der einheitlichen Aussagekraft des Stimmzettels dar, da bei namensgleichen Kandidaten das Ankreuzen der Parteibezeichnung laut einem Erlaß nicht als Identifikation genügt und die Stimme als ungültig zu werten war. Es stellt aber auch eine Verletzung gegen das System der Partei- und Namensidentität dar. Dieses System sieht ein Stimmensplitting vor, also eine sinnvolle Abgabe von zwei Stimmen für eine Partei, aber auch für einen Kandidaten einer anderen Partei. Der Nur-Namenszettel für eine Person verstößt generell gegen das Wahlrecht, da der Name auf einer Parteiliste aufgenommen sein muß und keine Direktwahl insbesondere des Bürgermeisters möglich ist. Und auch die verschiedenen Namenszetteln für eine Person stellen vielfach auch eine Verletzung des Prinzips der Eindeutigkeit der Bezeichnung des Wahlwerbers dar. Das sind nur einige Punkte zu den verfassungsrechtlichen Bedenken. Auf das Gedankengut der Unterstützungsunterschriften

möchte ich gar nicht näher eingehen. Diese stellen für mich nach wie vor eine Verletzung des geheimen Wahlrechtes dar, da nun einmal jede Unterstützungsunterschrift auch die Vermutung für die Stimmabgabe zuläßt.

Hohes Haus! Uns ist sicherlich bewußt, daß Änderungsbeschlüsse der Landesverfassung eine Zweidrittelmehrheit benötigen. Und es wird nun darauf ankommen, wie Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei, es sehen, wann und wie die Gespräche hinsichtlich der Landesverfassung weitergehen oder ob eine Änderung der Landesverfassung erst durch die Bürger bei zukünftigen Wahlgängen erzwungen werden muß. Denn wenn Sie sich die Landesverfassung anderer Bundesländer anschauen, so werden auch Sie vielleicht zur Feststellung kommen, daß in verschiedenen Bereichen ein ganz kräftiger Demokratisierungsschub notwendig ist. Meine Vorredner haben es schon gesagt, es geht um den Ausbau der direkten Demokratie, der Bogen reicht hier von der Direktwahl des Bürgermeisters bis zur verpflichtenden Behandlung der Petitionen. Es geht auch um den Ausbau der Kontroll- und Minderheitenrechte. Es geht um eine demokratiepolitische Stärkung des Kontrollausschusses. Kollege Ing. Dautzenberg hat es erwähnt, es geht um die verfassungsmäßige Verankerung, daß der Obmann des Kontrollausschusses nicht von der Landeshauptmannpartei gestellt werden darf. Es geht um die Verankerung, daß eine qualifizierte Minderheit die Möglichkeit hat, hier im Hohen Haus Prüfungsaufträge beschließen zu lassen. Es geht aber auch darum, daß eine qualifizierte Minderheit im Kontrollausschuß vertreten ist. Es geht aber auch um die Autonomie der Gemeinden, es geht um die Problematik der Willensbildung in den Gemeindeverbänden und um die Kontrolle der Gemeindeverbände. Und wenn der Herr Klubobmann Böhm heute von Grundsätzen gesprochen hat, die der Verfassung zugrunde gelegt werden sollen, dann hat die von uns beantragte Aktuelle Stunde eigentlich ein gewisses Ziel erreicht. Dann laufen, wenn die Gespräche auch durchgeführt werden, die Gedanken in die richtige Richtung. Ich hoffe nur, daß ich diese Reform der Verfassung noch in dieser Gesetzgebungsperiode erlebe.

Hohes Haus! Ich komme zum Schluß. Wir Freiheitlichen sehen es in unserer Verantwortung den Bürgern gegenüber als eine Herausforderung an, daß die angekündigte und wie ich gehört habe, immer wieder besprochene Verfassungsreform doch zustande kommt. Und ich glaube, mit dieser Aktuellen Stunde haben wir

es erreicht, die Verfassungsreform wieder in Gang zu setzen, wobei es uns grundsätzlich um das Ziel, mehr Demokratie und mehr Transparenz geht, der zum Durchbruch verholfen werden soll.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich möchte die Rede nicht stören, aber hier ist die Redezeit wesentlich, ich betone, wesentlich überschritten.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Und wenn Kollege Uhl gemeint hat, es gibt hier ein Problem zu lösen, dann würde ich auch sagen, Herr Kollege Uhl, lösen Sie auch das Problem Ihrer Kulturstadträtin Pasterk! (*Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Darf ich gleich etwas dazu sagen: Der Klubobmann der FPÖ hat heute angesprochen den NÖ Rundfunk. Ich möchte inhaltlich dazu keine Stellungnahme abgeben, ich möchte nur dem Hohen Haus bekanntgeben, das Landesstudio Niederösterreich hat heute zirka eine Stunde vor Beginn dieser Sitzung angekündigt, während der Sitzung hier mit seinen Geräten zur Aufnahme zu kommen. Ich denke, der Herr Klubobmann der FPÖ hat das im Gefühl gehabt.

Hohes Haus! Ich darf die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Bäuerinnen aus dem Bezirk Waidhofen a. d. Ybbs, die auf der Galerie Platz genommen haben, um die Diskussion hier im Landtag mitzuverfolgen, herzlich begrüßen. Und nun darf ich den Herrn Abgeordneten Rupp bitten, das Wort zu nehmen.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wenn man mit großem Interesse die Aktuelle Stunde verfolgt hat, dann kann man feststellen, daß alle Vorredner zum Ausdruck gebracht haben, daß eine große Wichtigkeit besteht, daß wir die Landesverfassung novellieren, einer Änderung zuführen und den neuen gesetzlichen Bestimmungen anpassen sollten.

Ich darf konkret auf die Gemeinderatswahlordnung eingehen, weil ich glaube aus der Sicht der Gemeinden, daß das sicherlich ein wichtiger Punkt ist, daß wir einige Novellierungen bei dieser Änderung der Landesverfassung erreichen sollten. Wenn jetzt mein Vorredner, Herr Dkfm. Rambossek, gerade gemeint hat, daß es ein unglücklicher Zufall war, daß zum amtlichen Stimmzettel auch der nicht-amtliche Stimmzettel

dazugekommen ist, also der persönliche Stimmzettel, dann möchte ich ausführen, lieber Herr Abgeordneter, Ihr habt wahrscheinlich keinen richtigen Spitzenkandidaten gehabt, der so gepunktet hätte, daß er Bürgermeister geworden wäre. (*Abg. Marchat: Es wird doch nicht der Bürgermeister gewählt, sondern die Zusammensetzung des Gemeinderates!*)

Aber, lieber Kollege, Du hast Dich auch eingereiht in die Reihe der Möchtegern-Bürgermeister. Du bist es leider nicht geworden, sondern hast ein Mandat verloren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Zum § 31 der Gemeinderatswahlordnung, zur Parteienbezeichnung möchte ich folgendes ausführen: Ich glaube, daß es unbedingt notwendig ist, daß ich hier eine kleine Passage daraus vorlese. Hier steht: "Der Wahlvorschlag ist bei der Streichung der Parteienbezeichnung so zu behandeln, als ob er ohne ausdrückliche Parteienbezeichnung eingebracht worden wäre. Gleiches gilt, wenn ein Wahlvorschlag eine Parteienbezeichnung enthält, die von einer im Landtag von Niederösterreich vertretenen Partei schwer zu unterscheiden ist." Ich darf hier - und gestatten Sie mir

das - einige Beispiele sagen. Es ist für die Parteien im Landtag eine Selbstverständlichkeit, daß sie neben ihrer Parteienbezeichnung eine Kurzbezeichnung haben, die auch einen Zusammenhang mit der Parteienbezeichnung hat. Es hat einige wahlwerbende Gruppen gegeben bei der letzten Gemeinderatswahl, und ich darf hier einige aufzählen. Daß zum Beispiel in einigen Gemeinden auch die ehemalige kommunistische Partei kandidiert hat. Die haben sich genannt "Die Roten". Die Kurzbezeichnung lautete: "Die Roten", die Parteienbezeichnung war "KommunistInnen, Linkssozialisten und Parteilose". Das stand in überhaupt keinem Zusammenhang mit der Kurzbezeichnung. In einer anderen Gemeinde haben sie ebenfalls kandidiert und dort hat es wieder eine andere Bezeichnung gegeben, "FEST" - "Für Ein Soziales Traisen" zum Beispiel im Bezirk Lilienfeld. Die Forderung von mir und von unserem Klub wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß bei einer Reform darauf eingegangen wird, daß die Kurzbezeichnung sich aus der Parteienbezeichnung ableiten muß. Ich darf ein Beispiel nennen: Sozialdemokratische Partei oder Österreichische Volkspartei - Kurzbezeichnung SPÖ bzw. ÖVP. So müßte es bei anderen wahlwerbenden Parteien ebenso sein. Und daher würde ich bitten, daß wir das aufnehmen, daß die Kurzbezeichnung mit der Parteienbezeichnung in einem Zusammenhang stehen muß.

Beim amtlichen Stimmzettel, meine sehr verehrten Damen und Herren, und bei den nicht-amtlichen Stimmzetteln, glaube ich, haben wir gemerkt bei der letzten Gemeinderatswahl, daß es doch zu einigen Mißverständnissen gekommen ist. Es war im Gesetz so vorgesehen, daß der Wählerwille zum Ausdruck gebracht werden muß. Es hat aber in einigen Gemeinden und Städten immer wieder den Umstand gegeben, daß leider sehr viele Stimmzettel ungültig waren, was sicherlich vom Wähler nicht beabsichtigt war. Ich darf auch hier Beispiele nennen: Wenn ein Spitzenkandidat einer wahlwerbenden Gruppe in einer Gemeinde aufschien und ein Kandidat mit gleichem Namen bei anderen wahlwerbenden Gruppen aufgeschienen ist, wenn dann zwar die Parteienbezeichnung angezeichnet worden ist und nur der Familienname in die freistehende Rubrik eingetragen worden ist, bzw. auf einem Namenszettel gestanden ist, dann war, wenn mehrere solcher Familiennamen auf andere wahlwerbenden Gruppen sich verteilten, leider nach dem Gesetz der Stimmzettel ungültig.

Die Vorstellung von uns wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir den amtli-

chen Stimmzettel und den nicht-amtlichen Stimmzettel, also den Namenszettel, beibehalten. Aber daß eines dazukommt: Wenn die Partei angezeichnet ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wenn auch nur der Familienname draufsteht als Namensbezeichnung, dann müßte der Stimmzettel gültig gewertet werden. Ich glaube, daß wir das alle anstreben müssen. Es waren aus diesem Grund leider sehr viele Stimmzettel ungültig.

Ich hätte eine weitere Forderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und eine Vorstellung. Das betrifft aber die Bundesverfassung. Wir haben gesehen bei dieser letzten Gemeinderatswahl, daß die Zahl der Wahlberechtigten bei den Gemeinderatswahlen um Hunderte, ja oft um Tausende höher war als bei einer Nationalratswahl oder bei einer Bundespräsidentenwahl. Das kommt daher, daß es mehrere ordentliche Wohnsitze gibt. Und jetzt konnten wir feststellen in vielen Gemeinden, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß halt immer wieder versucht worden ist, mehrere Wohnsitze anzumelden, damit das Stimmrecht gegeben war. Und wenn man dann nachgefragt hat und wenn die Einsprüche in der Gemeindegewahlbehörde und in der Bezirkswahlbehörde dann behandelt worden sind, dann darf ich hier behaupten, daß es zu Unzulänglichkeiten gekommen ist. Es sind derartig viele Wähler aufgenommen worden in die Gemeindegewahlerevidenz. Es ist oft in Gemeinden, in denen 1.500 Wahlberechtigte waren, zu bis zu 100 und 150 Einsprüchen gekommen. Ich glaube, das ist nicht im Sinne des Gesetzgebers. Es kann auch nicht im Sinne des Wählers sein, meine Damen und Herren. Die Einsprüche wurden dann behandelt, wurden oft in den Gemeindegewahlbehörden mit Mehrheit abgelehnt und wurden leider auch in den Bezirkswahlbehörden dann mit Mehrheit abgelehnt. Ich darf sagen, meine Damen und Herren, den sogenannten "Vielfach-Wähler", den müssen wir abschaffen. Es soll so sein, wie es bei der Nationalratswahl ist oder bei der Bundespräsidentenwahl, wo halt einer dann seinen ordentlichen Wohnsitz bekanntgeben muß, wo er seine wirtschaftlichen, seine kulturellen Interessen zum überwiegenden Teil hat. Von mir aus auch dort, einfach ausgedrückt, wo er sein Fahrzeug angemeldet hat, in diesem Bezirk und in dieser Gemeinde soll er wahlberechtigt sein. Nicht, daß einer in vier, fünf Gemeinden wahlberechtigt ist. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann nicht das sein, was wir uns vorstellen. Und daher würde ich bitten, daß wir auch in diesem Punkt eine Änderung herbeiführen sollten bei einer Gemeinderatswahl.

Ich darf noch einen Punkt anführen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil ich glaube, daß ebenfalls eine Reform notwendig wäre in diesem Bereich. Meine Damen und Herren! Es ist so, daß bei den nicht-amtlichen Stimmzetteln laut gesetzlicher Regelung es ein weißliches Papier sein muß. Wenn wir dann die vielen nicht-amtlichen Stimmzettel, die persönlichen, uns noch einmal in Erinnerung rufen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann müssen wir eine Vereinheitlichung anstreben. Die Größe war angegeben, die Papiersorte war angegeben. Aber daß es dann Stimmzettel gibt, meine Damen und Herren, wo ganze Romane draufstehen, wo Fotos der Spitzenkandidaten drauf sind, ich glaube, das haben wir sicher nicht gewollt. Und daher würde ich bitten, meine Damen und Herren, daß wir in diesem Bereich unbedingt eine Änderung herbeiführen, daß Mißbräuche hintangestellt werden sollen. Ich glaube, daß es bei einem nicht-amtlichen Stimmzettel genügt, wenn der Name des Kandidaten draufsteht, wenn vielleicht noch seine Funktion draufsteht. Aber daß wir davon Abstand nehmen, daß auch Fotos drauf sein können. Es könnte uns ja dann in Zukunft passieren, daß allerlei Fotos drauf sind, die sicherlich mit einer Wahlentscheidung nichts zu tun haben.

Also in diesem Sinne meine sehr verehrten Damen und Herren möchte ich schon auf eine einheitliche gesetzliche Regelung hinführen und möchte im Sinne meiner eingebrachten Änderungswünsche ersuchen, wenn es zu einer Reform der NÖ Landesverfassung kommt, daß auch diese Punkte einen Niederschlag finden sollen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, die Diskussion über Verfassung ist immer aktuell, ist aber auch mit jener Vorsicht zu führen, die natürlich einer Verfassungsänderung zukommt. Weil man ja nach einem Verfassungsgesetz längere Perioden miteinander leben soll und muß. Und ich glaube, daß es gut ist - und das wurde auch schon gesagt - daß man nicht zu reaktiven Gesetzen neigt, gerade in der Verfassung. Das könnte nämlich mit Konsequenzen verbunden sein, die man dann wirklich nicht will. Daß es aus dem Anlaßfall heraus zwar interessant wäre, aber in der Folge der Demokratieentwicklung doch eher schädigend

entgegenstände. Ich sage das deshalb, weil gerade die Sozialdemokratische Partei doch eine Partei ist, die von allem Anfang an, von ihren Ursprüngen an immer wieder stärkster Sprecher dieser parlamentarischen Demokratie und der damit verbundenen Formen des Parlamentarismus war. Wenn man sich in Erinnerung ruft, vom Hainfelder Programm über das Wiener Programm von 1901, über das Linzer Programm, immer war dieses Festhalten an dieser Parteiendemokratie und der damit verbundenen parlamentarischen Demokratie klar im Vordergrund. Im Zuge des Wandels einer Gesellschaft ist es selbstverständlich notwendig, Anpassungen vorzunehmen, ohne von den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes oder des Parlamentarismus abzugehen.

Das heißt, für mich sind diese Anregungen Anregungen, die dem heutigen Zeitgeist, dem Wertewandel entsprechen. Aber es ist nicht so, daß man hier Formen stärken soll oder bevorzugen soll, die letztlich in eine Art plebiszitäre, autoritäre Demokratie münden. Das ist etwas, wogegen wir uns wirklich verwahren sollen. Heute geht diese Tendenz dorthin. Es beginnt einmal mit Aussagen wie "Einschränkung der Parteien". Das klingt sozusagen furchtbar "liberal", weil das die Liberalen immer wieder verwenden. In Wirklichkeit ist das halt eine Illusion, davon auszugehen, daß eine funktionierende Demokratie ohne Parteien auskommt! Über Maß und Ausmaß mögen wir hier sehr wohl gemeinsam uns unterhalten. Ich weiß schon, daß dieser Wertewandel, der auch eingetreten ist, und die verschiedenen Themen dieser Zeit, wie zum Beispiel die Frage der stärkeren Persönlichkeitswahl etwas ist, was dann vielleicht sogar bei manchen bereits die Direktwahl wieder auslöst in ihren Erwartungen. Oder daß etwa die Forderung nach mehr direkter Demokratie, die an sich durchaus berechtigt ist, Formen annehmen kann, die dann wieder mit einer Kontinuität und, sagen wir, Machbarkeit des politischen Systems in einer gewissen Schwierigkeit stehen.

Ich weiß auch, daß es sicher so ist, daß die Parteienskepsis bis Parteienablehnung dazu führen kann, daß der Wunsch nach Selbstorganisation entsteht. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Hauptaugenmerk unserer sozialdemokratischen Bewegung geht dahin, daß diese empirischen Befunde ganz genau getroffen werden und der Anspruch auf einen rationalen und emanzipatorischen politischen Diskurs dennoch aufrecht erhalten wird. Ich glaube, diese Feststellung ist ungemein wichtig, weil ich glaube, daß wir immer wieder uns von aktuellen Themen zu sehr

gefangennehmen lassen und auch sozusagen "befangen" diskutieren. In diese Diskussion gehören für mich natürlich hinein die Kodifizierung der Grund- und Freiheitsrechte. Sie gehören in diese sogenannte Staatsverfassung, oder Staatsziele, die wir hier schon diskutiert haben. Die Verankerung der sozialen Grundrechte in der Verfassung scheint mir ungemein wichtig als Schwerpunktsetzung in der parlamentarischen Demokratie und damit auch für den Wähler. Oder die weitere Demokratisierung der exekutiven Staatsfunktionen, wie auch neue Formen der Staatsverwaltung. Selbstverständlich sind das Themen, die wir zu behandeln haben. Aber es muß damit verbunden sein die Sicherung der Demokratie! Eine Ebene, die das politische Bewußtsein auch entsprechend stärkt, die diese politische Bildung entsprechend in unsere Gesellschaft aufnimmt. Weil das eine wichtige Voraussetzung ist, daß die Sicherung der Demokratie nur über die Ebene des politischen Bewußtseins möglich ist. Und dazu gehört eben neben der Rechtsordnung selbstverständlich auch das Prinzip der Parteien. Es wurde von Kelsen anlässlich der Verfassung des Jahres 1929 auch ausgesprochen, nur Selbsttäuschung oder Heuchelei kann verneinen, daß Demokratie ohne politische Parteien möglich sei. Die Demokratie ist notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat. Ich möchte das deshalb einmal sagen, weil man leichtfertig mit den Dingen umgeht und damit populistisch agiert, aber im Prinzip damit an den Grundlagen unserer Verfassung, an den Grundlagen dieser Republik eigentlich zu rütteln beginnt. Und da höre ich dann so von der "dritten" Republik, die dann in eine plebiszitäre, autoritäre Demokratie hineinmünden soll. Und wo man eigentlich in Wirklichkeit etwas anderes meint: Nämlich genau die Abschaffung dieser Grundregeln und damit natürlich die Zerstörung eines Parteienstaates, der so überspitzt als negativ dargestellt wird.

Und in Wirklichkeit weiß jeder, daß, egal, wie man dann diese politischen Gruppierungen nennt, es sich um politische Gruppierungen handeln muß, wenn sie in einer Rechtsordnung tätig werden wollen.

Ich bin also durchaus in vielen Bereichen, in Gesprächen mit der ÖVP sehr eng, eigentlich laufend damit beschäftigt, weil wir diese Dinge sehr ernst nehmen und sie nicht aus dem Augenblick heraus verändern wollen. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß die Frage der Klubstärke diskutiert wird, ob das drei sind - wir haben uns seitherzeit auf vier geeinigt. Aber das ist eine Sache, die man, glaube ich, heute nicht zu diskutieren hat. Man könnte durchaus, von dem alten römischen Recht "tres faciunt collegium" entsprechend ausgehend, also "drei seien ein Kollegium", könnte man genauso das ab drei Abgeordneten installieren. Es ist aber bereits eine unerlaubte Verbeugung, meiner Auffassung nach, wenn man da auf zwei oder gar auf einen Abgeordneten heruntergeht. Das ist dann schon eine unerlaubte Verbeugung. Es wurde nicht zufällig die Zahl zwei gewählt, im Hinblick darauf, weil vielleicht das Liberale Forum derzeit nur zwei Stimmen hätte. In Wirklichkeit, in der derzeitigen Verfassung haben sie sogar noch drei, nur dürfte die Verfassung bei manchen Kollegen nicht so bekannt sein.

Über die Einführung der Fragestunde und anderer Elemente der Verlebendigung könnte ich mir durchaus eine positive Grundhaltung vorstellen. Und was die Staatsziele betrifft: Familie, Soziales, Wirtschaft - unabhängig von den jeweiligen Lebensformen der Familie, ich glaube so, in dieser Definition kann man das sicher nicht 1:1 übernehmen, wie das gesagt wurde - Regionalisierung und auch die Kontrolle im Sinne der Mitwirkung der Abgeordneten des Landtages halte ich persönlich für ungemein wichtig. Diesbezüglich werden wir uns sicher finden. Was nun die vom Kollegen Ing. Dautzenberg auch angesprochene Unvereinbarkeitsregel und ähnliches betrifft, so gehe ich mit ihm konform, daß man hier durchaus neue Definitionen treffen kann. Und auch, was die Minderheitsrechte insgesamt betrifft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur in aller Kürze! Ich glaube, wir sollten bei bestimmten grundsätzlichen Einigungen, auch wenn es manchesmal etwas bedeutet, was man "über den Schatten springen" nennt, versuchen, uns zu finden. Da gibt es zum Beispiel die Schaffung neutraler oder weiblicher Amts- und Funktionsbezeichnungen, die noch vorhandenen Bestimmun-

gen über die Wahlpflicht und all diese Dinge. Darüber werden wir uns finden. Bei Staatsverträgen werden wir uns finden, bei der Formulierung von Staatszielen. Ich möchte aber sagen, wo wir uns aus grundsätzlichen Überlegungen nicht finden werden: Das ist einmal bei der Änderung der Wahl des Landeshauptmannes. Weil ich glaube, daß es hier darum geht, auch wenn es populistisch und ganz gut wirken könnte und auch nicht, weil wir sozusagen Angst haben vor dieser direkten Wahl, sondern aus dem Grundsatz heraus, den ich mit Parlamentarismus und Verhältniswahlrecht genannt habe, daß es hier zu keiner Änderung kommen kann. Das ist also eine zutiefst der Verfassung untergeordnete Position und damit einordbar für unsere Bewegung. Ich glaube auch, über die Neuregelung der Abberufung von Regierungsmitgliedern sollte man, nachdem es eine gebundene Wahl eines Regierungsmitgliedes gibt, reden, ob es eine gebundene Abwahl geben muß, die daraus logischerweise resultiert.

Was nun die Regelung des Finanzkontrollausschusses betrifft so meine ich, daß darüber, daß der Kontrollausschuß-Obmann nicht der Landeshauptmannpartei angehört, man sich sicher finden wird. Was aber bedeutet, daß man davon ausgeht, daß nur einer im Kontrollausschuß Sitz hat, der auch Klubstärke besitzt und eventuell, wenn er nicht vertreten ist, mit einer beratenden Stimme dennoch dabei sein kann.

Ich sehe, daß die Zeit bereits überschritten ist. Ich möchte nur eines noch ganz kurz hinzufügen. Wir haben uns über noch etwas Grundsätzliches zu unterhalten, was die Legislative insgesamt betrifft. Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! In der Tat ist es so, daß die Exekutive gegenüber der Legislative immer mehr Übergewicht bekommt. Das entspringt einerseits aus der Tatsache eines verfügbaren Apparates, der hier eingesetzt werden kann, der hier arbeitet nach bestem Wissen und Gewissen, der aber immer mehr ein Übergewicht gegenüber der Legislative letztlich erzeugt. Gerade zum Beispiel aus Anlaß des Beitrittes zur Europäischen Union und der damit verbundenen Kompetenzen des Landtages in supranationalen Gremien müssen wir zum Beispiel nachdenken, welche verfassungsmäßigen Regelungen geschaffen werden sollen, um die Mitwirkung der Landtage und des NÖ Landtages sicherzustellen. Das ist eine grundsätzliche Überlegung, ob und in welcher Form hier die Mitwirkung der Legislative überhaupt gesichert ist. Genauso in der Frage zum Beispiel der Regionalpolitik, im Verkehrsbereich und anderen Bereichen.

Es geht nicht an, daß, wenn man von der Budgethoheit absieht, die ja unverzichtbar und das stärkste Instrument der Legislative ist, im wesentlichen die Entscheidungen von der Exekutive vorbereitet werden und auch betrieben werden, ohne entsprechende Rückkoppelung mit der Legislative. Und da meine ich, daß das im Interesse der Demokratie und des Zusammenspiels zwischen der Exekutive und der Legislative der Landtage eben notwendig ist, hier neue Formen der Zusammenarbeit, und zwar nicht des Informierens im Nachhinein, sondern der Zusammenarbeit im Sinne eines kooperativen Entscheidungsprozesses zu erreichen. Und in diesem Sinne sollten wir die Verfassungsreform weiter diskutieren und vieles von dem, was gesagt wurde, was die Minderheitsrechte und auch Rechte der Landtage betrifft, im neuen Lichte betrachten. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, immer unter dem Aspekt, daß der Parlamentarismus und das Verhältniswahlrecht als jene Form nicht unterlaufen wird, der wir uns als Parlamentarier verpflichtet fühlen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Bei aller Großzügigkeit bei der Auslegung unserer Geschäftsordnung. Ich möchte nicht unhöflich sein und nicht unbedingt unterbrechen, ich möchte daher darauf hinweisen, um 30, ja 40 Prozent soll man nicht die vorgegebene Redezeit überschreiten.
Herr Abgeordneter Nowohradsky bitte.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wir reden heute zur Aktuellen Stunde zum Thema Landesverfassung. Wir haben bisher ungefähr ein Drittel der Zeit über die Änderung der Gemeinderatswahlordnung und über den amtlichen Stimmzettel gesprochen. Ich nehme mir das Recht heraus, jetzt dieses Drittel zu vervollständigen und werde auch darüber sprechen. Es sind einige Dinge gekommen, die man nicht unwidersprochen lassen kann.

Wir haben gemeinsam am 30. Juni 1995 die neue Gemeinderatswahlordnung beschlossen, die alte Gemeindewahlordnung 1974 wurde damit geändert. Ein wesentlicher Teil davon war, daß der amtliche Stimmzettel neben dem persönlichen Stimmzettel eingeführt wurde. Ich kann die Bedenken überhaupt nicht teilen, die heute immer wieder kommen, daß wir in Niederösterreich undemokratisch sind, mit hinterlistigen Mitteln arbeiten draußen in den Gemeinden und so manchem Bürger irgendeinen Stimmzettel, der rot,

grün oder blau geschrieben wäre, unterschieben und so weiter.

Gerade die Gemeinderatswahl im Jahr 1995 hat gezeigt, daß wir sehr wohl demokratisch arbeiten draußen. Und wenn es jetzt insgesamt 19 Wahlanfechtungen in Niederösterreich gibt, so sind das durchschnittlich genauso viele wie in den Jahren zuvor. Und wenn man dann noch das Ergebnis dieser Wahlanfechtungen nach der Sitzung der Landeswahlbehörde sieht, dann bleiben eigentlich nur mehr ein paar über, wo es vielleicht zu Unzulänglichkeiten gekommen ist. Damit aber überhaupt Namensstimmzettel zu verteufeln und nurmehr den amtlichen Stimmzettel hervorzuheben, das halte ich für verfehlt.

Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek hat heute gemeint, Vorrang der Partei vor dem Bürger. Und ich muß sagen, da kommt eigentlich das nicht zur Geltung, was wir wollen, gerade in den Gemeindestunden draußen, wo wir persönlich die Menschen kennen, daß wir sehr wohl dort die Möglichkeit haben sollen, auch in Zukunft zum Bürger hinzugehen und um das Vertrauen zu bitten. Und es gibt sehr, sehr viele positive Fälle, wo sich das bewährt hat. Es ist auch einmal der Einwand gekommen, daß man sich bei derart vielen Stimmzetteln, dem amtlichen Stimmzettel und dann auch noch Namenstimmzettel, daß man sich überhaupt nicht mehr auskennt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt andere Demokratien, im Ostblock, wo andere Stimmzettel hineingelegt wurden, die haben sich auch ausgekannt und die haben sicherlich nicht dieses Demokratieverständnis, das wir haben. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Damit ist gemeint, daß sehr viele Stimmzettel dort ausgegeben wurden und auch die kommen zurecht. Und wenn der Kollege Marchat hier als Möchtegern-Bürgermeister lächelt, dann muß ich ihm sagen, sein Name wurde halt zu wenig genannt bei der letzten Gemeinderatswahl, sonst hätte er ja den Bürgermeistersessel erklimmen können. Das hast Du ja auch angestrebt. Ich möchte vielleicht dazu ein Beispiel anführen. Ich konnte leider Gottes keine bezirksweiten, aber auch keine landesweiten Daten über den Gebrauch des Namensstimmzettels in Erfahrung bringen, da gibt es keine Statistik darüber. Ich nehme nur meine Gemeinde her, eine kleine Gemeinde. Dort sind 90 % der Stimmen der Österreichischen Volkspartei per Namensstimmzettel erungen worden. Ich finde hier überhaupt nichts Schändliches dabei, wenn ein junger Mensch zu einem zweiten jungen Menschen hingehet und

sagt, bitte wähle mich. Das finde ich sehr anständig und für die Zukunft für uns zumindest sehr vorteilhaft. (Abg. Keusch: Das kann er allerdings auch mit dem amtlichen Stimmzettel genauso!)

Herr Kollege, gehen wir jetzt zu Ihrer Partei. Bei Ihrer Partei ist fast jeder Zweite namentlich genannt worden und gewählt worden. Was haben Sie dagegen, daß der zum Beispiel den Namen hinschreibt? Überhaupt nichts. Und bei den Freiheitlichen, ich kann nur von meiner Gemeinde sprechen, haben 75 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Freiheitlichen Namensstimmzettel abgegeben. Das ist doch ein Erfolg für die Freiheitliche Partei. Wieso sind Sie da jetzt im Landtag hier herinnen dagegen, daß man draußen in den Gemeinden den Wählerinnen und Wähler diese Chance nimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren? (Beifall bei der ÖVP.)

Und jetzt möchte ich noch auf etwas hinweisen, ich bin nämlich auch ein bißchen ein gebranntes Kind in der Richtung. Und zwar hat im Jahr 1990 die FPÖ in meiner Gemeinde die Wahl angefochten. Wir sind dann bis zum Verfassungsgerichtshof gegangen, wir sind sogar im Plenum gesessen, dort wurde das Urteil verkündet. Das war vernichtend für die FPÖ damals. Denn was wurde festgestellt? Ich lese einmal den letzten Absatz vor über den damals sogar noch leeren amtlichen Stimmzettel. Es wurde gesagt: "Schließlich hält die Anfechtungswerberin dafür, daß die §§ 37" - da ist es um den amtlich leeren Stimmzettel gegangen - "und 46" - das ist die Beschreibung des Stimmzettels, wie groß er sein und wie er ausschauen soll - "verfassungswidrig seien. Denn diese Vorschriften sehen nur die amtliche Auflegung nicht ausgefüllter Stimmzettel in der Wahlzelle vor. Der Verfassungsgerichtshof hegt allerdings auch aus der Sicht dieser Rechtsache keine Bedenken ob der Verfassungsmäßigkeit der zitierten Gesetzesbestimmungen und hält im Erkenntnis 7731/75" - also schon aus dem Jahre 1975 - "zur verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit ebendieser Normen ausführlich ausgebreitete Überlegungen vollinhaltlich aufrecht. Aus diesen Erwägungen war die Wahlanfechtung als unbegründet abzuweisen." Also auch mit der Verfassungswidrigkeit kann man nicht kommen. Aber mit einem kann man schon kommen und da bekenne ich mich auch dazu: Daß wir sicher auch in Zukunft der Gemeinderatswahlordnung aus der Praxis heraus Novellierungen angedeihen lassen müssen. Das ist ganz klar. Und wenn hier einige Bedenken gekommen sind, wenn zum Beispiel zwei Wahlwerber gleichen Namens sind, und es ist eindeutig erkennbar, daß irgendwo noch eine Beifügung, und sei es die Partei, dabei ist, daß

man in diese Richtung etwas unternimmt, dazu bekennen wir uns.

Eines möchte ich abschließend klarstellen: Wir werden weiter für die Unterstützungserklärungen sein, das möchte ich an dieser Stelle klarstellen. Und wir werden auch für den persönlichen Stimmzettel in Zukunft votieren. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich erkläre damit die Aktuelle Stunde für beendet. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich er suche den Herrn Abgeordneten Nowohradsky, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 283/B-28/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Hoher Landtag! Die Vereinten Nationen erklärten das Jahr 1995 zum "Internationalen Jahr der Toleranz". Der Europarat hat eine Kampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz für 1995 gestartet. Durch die UN-Proklamation und die Europaratskampagne sollen auf internationaler, nationaler, regionaler und örtlicher Ebene Impulse ausgelöst und Aktivitäten und Maßnahmen gesetzt werden, die dem Toleranzgedanken insgesamt und dem friedlichen Zusammenleben von Nationen, Rassen, Religionen, Familien und einzelnen Individuen dienen.

Auf Länderebene sollen ebenfalls vielfältige Aktivitäten gesetzt werden, zu denen auch Niederösterreich einen Beitrag leisten will. Die Grundsatzzerklärung der NÖ Landesregierung, in der Folge begleitet von Maßnahmen und Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen, der Gebietskörperschaften, getragen von Organisationen und Institutionen, soll ein konkreter, niederösterreichischer Beitrag zum "Internationalen Jahr der Toleranz" und zur "Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz" sein. Gleichzeitig aber auch eine Antwort auf radikale Tendenzen und Anschläge radikaler Gruppen, die die Destabilisierung der demokratischen Gesellschaft zum Ziel haben.

Ich bringe dazu einen Bericht des Sozial-Ausschusses zu diesem Thema zur Kenntnis. Und zwar der Bericht des Sozial-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend "Internationales Jahr der Toleranz" und "Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz". Der Sozial-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 20. April 1995 über den Bericht der Landesregierung betreffend "Internationales Jahr der Toleranz" (UN) und

"Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz" beraten. Im Zuge seiner Beratungen hat der Sozial-Ausschuß keine Möglichkeit gehabt, den Bericht der Landesregierung zu ändern. Der Ausschuß hat aber einstimmig die Auffassung vertreten und beschlossen, daß über die in der Präambel von der Landesregierung genannte Zielsetzung hinaus gegen jede Form von Terrorismus, egal von welcher Seite er kommt, entschieden aufzutreten werden muß.

Ich stelle daher den Antrag des Sozial-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend "Internationales Jahr der Toleranz" und "Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz" (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht betreffend 'Internationales Jahr der Toleranz' (UN) und 'Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz', wird zur Kenntnis genommen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich erteile ihm hiemit das Wort.

LH Dr. PRÖLL (*ÖVP*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten zu den gesetzgebenden Körperschaften! Verehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Das Jahr 1995 ist wie kein zweites Jahr ein Jahr des Nachdenkens und ein Jahr des Umdenkens. Ein Jahr des Nachdenkens und Umdenkens deswegen, weil wir auf der einen Seite daran denken, daß vor 50 Jahren unsere Republik gegründet wurde. Fürwahr ein Grund, nachzudenken. Aber nicht nur deswegen, sondern das Jahr 1995 wurde auch von der UNO zum Jahr der Toleranz ausgerufen. Darüber hinaus läuft eine Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz.

Ich glaube, daß diese drei Anlässe, von denen ich nunmehr gesprochen habe, Anlässe genug sind, um auch diese Ausrufung dieses Jahres der Toleranz dazu zu nützen, in unserem Bundesland Niederösterreich ein wenig nachzudenken und einiges zu überdenken. Die

NÖ Landesregierung, das wurde im Bericht schon erklärt, hat aus diesem Grund, nämlich dem Jahr der Toleranz, eine Grundsatzklärung beschlossen. Aber ich glaube, wir sollten es nicht nur in diesem Jahr bei der Erklärung belassen, sondern wir müssen in Niederösterreich auch konkrete Aktionen setzen. Wir haben das auch im Rahmen der NÖ Landesregierung so vorgesehen.

Ich glaube auch, daß es notwendig ist, nicht nur zu erklären, sondern auch Aktionen zu setzen. Es ist deswegen notwendig, weil ich eine ganz große Gefahr sehe, die auf uns in unserer Gesellschaft zukommt. Nämlich die Gefahr, daß wir immer mehr und mehr verlustig werden der Möglichkeit, einen Dialog zu führen. Und daß es offensichtlich immer schwieriger wird, die Gesprächsfähigkeit zwischen den Menschen, zwischen den verschiedensten Gruppen aufrecht zu erhalten. Wir sollten dabei nicht vergessen, in welcher Welt, in welcher Umwelt wir leben. Wir sind in einer Welt voller Gewalt und Intoleranz keine Insel der Seligen mehr. Die Briefbomben, die Anschläge in Oberwart, in Stinatz und in Ebergassing zeigen deutlich auf, wo auch wir in unserer Heimat Österreich und in Niederösterreich stehen. Und ich glaube, aus all diesen Erlebnissen aus der jüngsten Vergangenheit sollten wir uns schon ein wenig Gedanken darüber machen, welche Verpflichtungen wir gemeinsam, aber welche Verpflichtungen auch der Einzelne ableiten kann und ableiten soll. Es gibt eine mehrfache Begründung für Verpflichtungen, die wir gemeinsam auf uns geladen haben.

Zu unserer ersten Verpflichtung gehört es, daß wir dem Terror entschieden entgegentreten, egal von welcher Seite er auch immer kommt. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Daß wir dem Terror entgegentreten mit allen Mitteln und Möglichkeiten eines Rechtsstaates und daß wir diesem Terror auch entgegentreten mit allen Mitteln der Aufklärung gegen Vorurteile.

Wir haben aber auch eine zweite Verpflichtung auf uns geladen. Wir begehen in diesen Tagen und Wochen, ich habe einleitend schon darauf hingewiesen, 50 Jahre Frieden in unserer Heimat. Daraus haben wir auch eine Verpflichtung abzuleiten. Zunächst einmal die Verpflichtung, daß wir uns selber klar darüber werden, daß wir diese lange Periode der Friedenszeit hart erarbeitet haben. Hart erarbeitet haben auch in gegenseitiger Akzeptanz und Toleranz. Und aus dem sollten wir eigentlich jene Kraft ableiten, die wir brauchen, um diese Friedensperiode auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter

garantieren zu können. Das bedeutet, wir haben die Verpflichtung, daß wir die Solidarität vor jede Polarisierung stellen. Daß wir ein eindeutiges und klares Bekenntnis zu dieser Demokratie ablegen. Denn ein klares Bekenntnis zu dieser Demokratie bedeutet auch gleichzeitig ein klares Bekenntnis zu Leistung und Eigenverantwortung. Und das bedeutet auch ein klares Bekenntnis zu unserer Republik Österreich und dem Bundesland Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das bedeutet auch ein eindeutiges und klares Nein gegen einen Bruch mit unserem gewachsenen demokratischen System. Das bedeutet aber auch ein klares und eindeutiges Ja zum Reformwillen in dieser, unserer Republik. Wir haben auch noch eine dritte Ebene der Verpflichtung, der wir uns bewußt werden sollen. Nämlich die Verpflichtung, den inneren Frieden, den wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten miteinander gemeinsam mit unseren Vorfahren erarbeitet haben, daß wir diesen internationalen und internen Frieden auch verteidigen gegenüber Gewalttaten aller radikaler Gruppen von links und von rechts.

Ich glaube, wir haben die Verpflichtung, daß wir schon den Anfängen entgegnetreten. Das heißt, wir müssen das Klima der Solidarität entgegen jede Polarisierung aufbauen. Daß wir die Diskussion vor die Auseinandersetzung stellen, daß wir uns gegenseitig achten und nicht mißachten. Wir müssen uns - und das gilt auch uns, die wir hier in diesem Hohen Hause sitzen und Verantwortung tragen, und es soll als beispielgebend hinaus in unser Land gehen - wir müssen einander respektieren. Denn nur dann, wenn wir einander respektieren können, dann können wir uns auch gegenseitig akzeptieren. Und das ist die Aufgabe, die wir haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das bedeutet aber auch - und das mag sehr hart klingen, ist aber notwendig - es kann keine Samthandschuhe der Justiz gegenüber Terroristen, gegenüber Predigern von Gewalt und gegenüber Demagogen und Verhetzern unserer Jugend geben. Das heißt aber auch, die Gesellschaft darf nicht schweigen, Hohes Haus, gegenüber einzelnen extremistischen Positionen. Denn wenn die Gesellschaft schweigt gegenüber derartigen extremistischen Positionen, dann machen wir und dann macht die Gesellschaft diese Extremisten salonfähig. Und das kann nicht die Zukunft in dieser Republik sein! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Es ist zweifelsohne so, und jede und jeder von uns hat das in vielfältigster Form schon erlebt, Intoleranz hat sicher viele Gesichter. Aber die entscheidende Frage, die letztlich überbleibt, wenn

wir uns all das überlegen ist, wie gehen wir wirklich miteinander in dieser Gesellschaft um? Intoleranz und Gewalt im weitesten Sinne finden sich nämlich nicht nur in öffentlichen Institutionen. Intoleranz und Gewalt gibt es auch in der Familie, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz. In der Grundsatzerklärung der Landesregierung heißt es wörtlich, ich zitiere: "Die kleinste denkbare Minderheit ist das Individuum". Warum zitiere ich das? Ganz bewußt, weil ich glaube, daß wir davon unsere Aufgaben unserer Verpflichtungen ableiten können und ableiten müssen.

Ansatz für unsere Arbeit ist zunächst einmal die Familienpolitik. Eine gute Familienpolitik ist sehr, sehr viel wert in unserer Gesellschaft, auch am Weg zu einer toleranten Gesellschaft. Denn eine gesunde Familie bietet Sicherheit und Geborgenheit und verhindert, daß junge Menschen diese Geborgenheit in zweifelhaften Gruppen suchen müssen. Ein weiterer Ansatz, der aus dieser Grundüberlegung abzuleiten ist, ist eine gute Wirtschaftspolitik und eine gute Arbeitsplatzpolitik. Denn sie ist wiederum die Grundlage für eine soziale Sicherheit. Und wenn soziale Sicherheit vorhanden ist, dann ist das die beste Gewähr dafür, daß wir in einem Staat den Frieden sichern können.

Den Ansatz Nummer 3 für uns, Hohes Haus, den sollten wir suchen im Geist unserer Gründerväter dieser Zweiten Republik. Nämlich jener Gründerväter, die das Gemeinsame über das Trennende gestellt haben. Und jener Gründerväter, die allem Radikalen und allen Extremen eine klare Absage erteilten. Das ist, glaube ich, der Auftrag, den wir als diejenigen, die heute, in dieser Gegenwart Verantwortung tragen, von unseren Vorfahren übernommen haben. Der Auftrag zur Toleranz und die Absage an die Intoleranz ergeht an jeden Einzelnen in diesem Lande. Und ich darf auch von dieser Stelle aus die Bitte an unsere niederösterreichischen Landsleute richten, mit toleranter Gesinnung durch dieses Land zu gehen. Und diese Toleranz auch zu praktizieren, auch wenn es dort und dann einmal im täglichen Leben hart und schwer wird. Ich darf die Bitte auch von dieser Stelle aus als Landeshauptmann von Niederösterreich hinaus richten ins ganze Land, nicht zu vergessen, daß die Intoleranz oftmals schon beim gesprochenen Wort beginnt und in der Gewalttat endet. Und an uns alle, die wir hier herinnen Verantwortung tragen, übertragen von der NÖ Bevölkerung, an uns selber - und ich nehme mich auch nicht aus - wir sollten uns tagtäglich bei unserer Arbeit dessen bewußt werden, daß wir uns sehr wohl auf Grund unserer ideologischen Gesinnung

unterscheiden sollen, ja ich sage sogar, unterscheiden müssen. Dieser Unterschied darf aber niemals so groß werden, daß uns dieser Unterschied trennt.

Ich hoffe sehr, daß dieses Jahr der Toleranz auch für uns im Bundesland Niederösterreich eine gute Grundlage dafür wird, daß unser Land noch menschlicher wird, daß es noch toleranter wird. Daß wir vor allem ein gutes Beispiel für unsere Jugend abgeben. Wenn uns das gelingt, dann bin ich überzeugt davon, daß wir miteinander auch ein gutes Stück leisten können, damit die fünfzigjährige Friedensperiode in unserer Heimat noch viele Jahre und Jahrzehnte verlängert werden kann. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Selbstverständliche wird getan und nicht beredet. Die ständig steigende Zahl von Erklärungen zur Toleranz, wie wir sie in den letzten Jahren gehört haben, hat mit den Proklamationen der Vereinten Nationen und des Europarates einen Höhepunkt erreicht. Dem Landtag liegt heute der Bericht der Landesregierung zum "Internationalen Jahr der Toleranz" und zur "Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz" vor. Von der ursprünglich im Ausschuß noch geäußerten Absicht, einen gleichlautenden Beschluß zu fassen, ist man abgegangen. Denn der mißglückte Anschlag von Linksterroristen in Eberassing hat dazu geführt, daß man erkannt hat, daß die einseitige Zuweisung terroristischer Verbrechen in ein politisch opportunes Eck nicht zulässig war. Zu bedauern ist allerdings, daß in einer Broschüre der Landesregierung diese verfrühten Behauptungen nach wie vor aufrecht erhalten werden. Und daß man hier eben Behauptungen aufgestellt hat, die in unzulässigerweise den polizeilichen Ermittlungen zuvor gekommen sind.

Toleranz ist die Grundlage jedes menschlichen Zusammenlebens, jedes friedlichen und freien Zusammenlebens und ist somit auch die Grundlage von Demokratie. Toleranz verzichtet darauf, das für richtig Erkannte mit Gewalt durchzusetzen. Sie verzichtet darauf, Gewalt auszuüben und vertraut auf die überzeugende

Kraft des besseren Argumentes. Nicht bedeutet Toleranz, daß man vom eigenen Standpunkt abgeht. Sie bedeutet nicht die Permissivität gegenüber dem, was sich Zeitgeist nennt.

In diesem Zusammenhang ist es gut, sich wieder einmal des großen Voltaire zu erinnern, der in seinem Toleranzbekenntnis meint: "Ich teile nicht ihre Ansicht, ich verabscheue, was sie sagen. Aber ich würde mein Leben dafür geben, daß sie diese Ansicht haben und vertreten können." So gesehen ist Toleranz eine schwierige Übung. Denn es gilt natürlich nicht, das, was sich mit der eigenen Überzeugung deckt, zuzulassen und zu tolerieren. Es heißt natürlich, im Gegenteil, das, was ich nicht für richtig halte, zu akzeptieren. Es zu akzeptieren, daß es Interessen und Überzeugungen geben kann, die der eigenen Meinung entgegenlaufen. Toleranz erfordert so ein hohes Maß an intellektueller Redlichkeit, menschlicher Großzügigkeit und charakterlicher Disziplin. Toleranz verlangt, daß der politische Gegenspieler als solcher wahrgenommen werden muß. Und daß ihm das Recht, Überzeugungen und Interessen zu haben, die den eigenen entgegenlaufen, nicht abgesprochen werden darf.

Toleranz ist der Verzicht darauf, den Gegenspieler und Feind zum Verbrecher zu stempeln, um ihn dann desto leichter mit allen Mitteln bekämpfen zu können. Toleranz regelt und normiert die Formen der politischen Auseinandersetzungen. Toleranz setzt Maximen eines politischen Handelns fest und sie garantiert somit die politische Gesinnungsfreiheit. Ganz anders das, was in unserem politischen Leben zunehmend an Bedeutung erfährt. Das, was sich political correctness nennt. Der Volksmund pflegt das so zu umschreiben, "jetzt darf man schon gar nichts mehr sagen". Da wird die politische Landschaft in gut und böse eingeteilt. Da nimmt sich die eine Gruppe das Recht, die eigenen Überzeugungen für die überlegenen zu erklären und die der anderen als unanständig zu diffamieren. Da wird dann jedes Mittel recht, den anderen, den Feind, das Böse eben, zu erledigen. Und stets hat diese Haltung zu entsetzlichen Entwicklungen geführt. Ob es der 30jährige Glaubenskrieg gegen die "gotteslästerlichen Ketzer", ob es der "terreur", der Tugendterror der Revolution von 1789 war, der zuletzt gemäßigte Revolutionäre selbst auf das Schafott geschickt hat. Immer hat diese moralisierende, selbstgerechte Haltung in Blut und Schrecken geendet.

Das Selbstverständliche, Hoher Landtag, wird getan und nicht beredet. Und je mehr von Toleranz die Rede ist, desto mehr, scheint mir, ist

sie aus unserem politischen Leben abhandeln gekommen. Ein Beispiel: Eine Veranstaltung in einem niederösterreichischen Gymnasium. Veranstalterin ist eine Plattform gegen Rechtsextremismus und Faschismus im niederösterreichischen Stockerau. Einladungen liegen in allen Oberstufenklassen auf. Die Veranstalter werden unterstützt von einem "Bündnis gegen das Vergessen", von einer autonomen Gruppe "Zecken", von der Amnesty International-Gruppe, von der GABI Stockerau, von der Jungen Generation, dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, der "ARGE Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit" und - der Katholischen Jugend. Die Veranstaltung selbst findet im Gymnasium statt. Es ist ganz klar: Die veranstaltenden Unterstützer, das sind die Guten. Auf der Rückseite dieser Einladung dann der Feind, das Böse. Hier in Form des freiheitlichen Landesrates. Ist das vielleicht die Menschenhatz, die der Bundesgeschäftsführer Cap vorige Woche beklagt hat? Vortragender bei dieser Veranstaltung ist der "freie Journalist" Wolfgang Purtscheller, ein Mann, der sich nicht scheut, im Ernst Kirchweger-Haus zu verkehren, das dadurch, daß es als Wohnadresse der beiden Linksterroristen zutage gekommen ist, einen eher traurigen Ruhm erlangt hat. Das Ernst Kirchweger-Haus, ein autonomes Zentrum, ein besetztes Haus. Ein etwas euphorisierender Ausdruck dafür, daß die Republik hier offenbar verzichtet hat, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. Das Ernst Kirchweger-Haus, ein Haus auch, aus öffentlichen Mitteln gefördert. Daß Purtscheller dort aus- und eingeht wurde im letzten Herbst dadurch bekannt, daß er eben dort in Gewalttätigkeiten mit der Polizei geraten und in U-Haft genommen worden ist. Und dieser Mann, meine Damen und Herren, gewinnt die Gelegenheit, vor unseren Jugendlichen, vor unseren Kindern, seine Überzeugungen, die ich nicht unbedingt für demokratisch halte, auszubreiten.

Nehmen wir das heutige Bekenntnis zur Toleranz ernst. Im Namen der Toleranz! Mit solchen Aktivitäten, mit dieser Entwicklung dürfen wir uns nicht solidarisieren. Kehren wir in gemeinsamer Verantwortung für unser Land sofort und auf der Stelle zu wirklicher Toleranz und zur politischen Kultur zurück! Diesen Bericht werden wir trotzdem zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir reden heute zu einem sehr aktuellen Thema. Nämlich zum Thema Toleranz. Und wenn wir die Augen öffnen, sehen wir in Europa zur Zeit wirklich große Unruhe. Es gibt Krieg in Jugoslawien. Es gibt in vielen neuen Demokratien noch keine Festigung. Und wir alle wissen nicht, was eigentlich morgen sein wird.

Gerade in Jugoslawien sehen wir, wohin Intoleranz und gegenseitiger Haß führen kann. Da haben Nachbarn noch vor Jahren friedlich Tür an Tür gelebt, da haben Familien untereinander geheiratet und haben sich vertragen. Dann ist der Haß geschürt worden, religiöse Unterschiede aufgezeigt worden, die Schuld auch an wirtschaftlichen Mißerfolgen den anderen, den anderen Volksgruppen, in die Schuhe geschoben worden. Und so ist ein Krieg entstanden, der hunderttausende Tote gekostet hat und der Millionen Menschen in die Flucht getrieben hat. Und diese Menschen suchen nun Heimat und viele von ihnen auch bei uns.

Aber auch in anderen Ländern Europas nehmen Gewalttaten gegenüber Andersdenkenden, gegenüber Ausländern, Fremden zu. Und auch Österreich ist davor nicht gefeit, das haben wir heute schon ein paarmal aus dem Mund des Herrn Landeshauptmannes auch und von der Kollegin gehört. Meine Meinung dazu ist die, daß 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der so schrecklich war und dessen Jahrestag seines Endes und 50 Jahre Frieden wir nun auch begehen, daß das schon oft vergessen ist. Ja, daß sogar jetzt wieder gezündelt wird, daß mit dem Feuer gespielt wird, daß Terroranschläge verübt werden, ohne abzuschätzen, wohin das letztendlich führen kann und was daraus entstehen kann.

Klar sollte uns allen sein, daß durch Gewalt keine Probleme gelöst werden können, sondern daß nur neue Gewalt entsteht. Und es ist heute auch schon angeklungen: diesen Taten, diesen Terroranschlägen, ganz egal von welcher Seite kommend, muß Einhalt geboten werden, muß entgegen getreten werden. Der Spruch, wehret den Anfängen, erhält da ganz besondere Bedeutung.

Zahlreiche Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr 1995 sollen uns eben die Geschehnisse von damals wieder in Erinnerung rufen und als Mahnung dienen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergangen ist, aber wie ich mich mit dem Thema beschäftigt habe, habe ich einige jugendliche Bekannte gefragt, wißt ihr eigentlich, unter welchem Motto das

Jahr 1995 steht? Und ich bin draufgekommen, daß eigentlich sehr wenige das gewußt haben. Es ist also noch nicht in das Bewußtsein der Menschen gedrungen. Und daher ist es gut, daß die Landesregierung Niederösterreichs sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt hat. Und es ist auch ganz einfach notwendig, darüber nachzudenken, was Toleranz ist. Wir nehmen das Wort ja oft ganz gerne in den Mund, wenn wir von den anderen Verständnis einfordern. Toleranz ist eben, das ist auch schon angeklungen, Anerkennung des anderen, seiner Art, seiner Meinung und seiner ganzen Persönlichkeit. Es anzuerkennen, wenn er anders denkt und wenn er auch eine andere Hautfarbe hat, wenn er behindert ist. Toleranz, und auch das ist schon angeklungen, ist notwendig in der Familie, in der kleinsten Einheit, zu Behinderten, zwischen den Generationen. Und gerade, wenn es ums Persönliche geht, ist das eben am schwersten zu verwirklichen. Toleranz ist sicher nicht Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit, das Dulden von Unrecht und das Wegschauen, wenn jemand anderer Hilfe braucht, obwohl das oft einfacher und bequemer wäre und vielleicht öfter so gemacht wird. Ein Ausspruch, der mir so gut gefallen hat und der es, glaube ich, so trifft ist, Toleranz ist ein Handeln, das zu allererst den Handelnden grundlegend verändert. Oder vielleicht auch, wer die Welt verbessern will, soll zuerst bei sich selber anfangen. Und das ist eben am schwersten.

Eines scheint mir auch wichtig zu sagen und zu bedenken: Wir sind heute mit vielerlei Arten von Gewalt konfrontiert. Tagtäglich werden uns hunderte Gewalttaten via Bildschirm ins Haus geliefert. Und dies wird mit einer Selbstverständlichkeit toleriert, die erschreckend ist. Unsere Kinder werden mit diesen Szenen konfrontiert. Mir kann niemand weismachen, daß das ganz ohne Auswirkungen auf die Einzelnen bleibt. Eines ist ganz sicher, wenn es schon sonst nichts ist, eine gewisse Abstumpfung gegenüber der Gewalt tritt auf jeden Fall ein. Mir scheint es an der Zeit, auch hier umzudenken und auch in diesem Bereich gegen Gewalt aufzutreten. Alle gesellschaftlichen Bereiche, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind aufgerufen und aufgefordert, Aktivitäten zu setzen, um die Toleranz in der Gesellschaft zu fördern und der Gewalt entgegenzutreten.

Eines erscheint mir ganz besonders wichtig: Angefangen muß bei den Kindern, bei den Jugendlichen werden. Denn hier kann man am besten noch die Saat des guten Zusammenlebens säen. Kinder sind aufnahmefähig. Daher ist es ganz besonders gut und ich habe mich auch

damit beschäftigt, daß es sehr viele Aktionen auch an den Schulen gibt, etwa in den Berufsschulen. Daß man eben die Kinder mit einbindet, wo sie Projekte erarbeiten, in Gruppen Themen erarbeiten. Es gibt auch ein Toleranz-Computerspiel namens "Fairplay". Als ich das zu Hause erzählt habe, ich habe auch Jugendliche, die eben gerne am Computer spielen, haben sie sofort gefragt, wo bekommt man das Spiel? Ich glaube, das ist schon ein Zeichen, daß das Interesse für so etwas da sein kann. Das ist modern und das kann von den Jugendlichen angenommen werden.

Es gibt schließlich auch einen Toleranzkoffer, der auch an den Schulen verwendet werden kann. Es gibt Aufsatzwettbewerbe und es beteiligen sich bereits 300 Schulen an diesen Aktionen. Sicher ist das noch nicht sehr viel, aber das Jahr ist ja noch jung. Am 2. Oktober wird es einen Wettbewerb geben, wo die einzelnen Arbeiten dann präsentiert werden können. Die Jugendlichen nehmen Stellung zu Themen wie Rassismus, Fremdenhaß, Rechtsextremismus. Und als ich mich damit beschäftigt habe, fiel mir ein Buch in die Hände von einer Schule in der Knollgasse in Wien. Diese Schule hat sich ganz intensiv mit diesem Thema beschäftigt und hat sogar ein Buch herausgegeben, das heißt "Tolerant - Hand in Hand". Das Buch ist wirklich gut gemacht und von den Kindern sehr gut aufbereitet. Ich bin überrascht gewesen, als ich gelesen habe, mit welchem tiefem Sinn die Kinder eigentlich begriffen haben, worauf es ankommt. Sie haben sich also mit der Toleranz in der Familie beschäftigt, mit der Toleranz gegenüber Fremden, im Sport, Toleranz gegenüber den Schwächeren, den Behinderten. Und eine Geschichte, die zeigt, daß es gar nicht so leicht ist, das alles zu leben, möchte ich vorlesen. Sie heißt "Tolerant sein ist schwierig" (*liest*): "Rudi durfte zu seinem Geburtstag fünf Kinder einladen. Doch er wußte nicht so recht, wen er einladen sollte, da niemand richtig lieb zu ihm war. Er dachte: Wenn ich zu allen Kindern morgen in der Schule nett bin, müssen sie auch nett zu mir sein. Er nahm sich vor, möglichst tolerant zu sein. Auf dem Weg zur Schule traf Rudi Andi. 'Hallo, Dreckskerl!' rief Andi. Andi ist kein sehr netter Bub, dachte Rudi, aber er sagte nichts. Andi wurde wütend, als Rudi ihn ignorierte. Nach einer Weile traf Rudi Sabrina, das ausländische Mädchen. Sie kam von Jugoslawien und war erst seit zwei Wochen in der Schule. 'Servus, Rudi', sagte sie. 'Hallo, Sabrina', sagte Rudi. 'Ich lade dich zu meiner Geburtstagsfeier ein'. Sabrina freute sich mächtig. Als Andi das hörte, wurde Andi neidisch auf Sabrina und Rudi. Er sagte: 'Ausländer sind blöd, Ausländer

sprechen blöd und Ausländer stinken'. Und er sagte noch: ' Wer mit Ausländern spricht, ist ebenfalls blöd'. Das ließ sich Rudi nicht mehr gefallen. Wütend ging er auf Andi los, sie rauffen, bis sie beide weinten. In der Klasse saßen sie Rücken an Rücken, beide waren unglücklich, doch keiner wollte sich mit dem anderen versöhnen. Als Rudi nach Hause kam, sagte er zu seiner Mama: 'Tolerant sein ist sehr, sehr schwierig.' "

Also ein Beispiel, eine Geschichte aus diesem Buch. Es gibt einige andere, die positiver sind, sie beschäftigen sich auch mit den Grenzen der Toleranz. Eines ist noch interessant. Ich habe auch mit der Lehrerin gesprochen, mit den Lehrern, die dieses Projekt geleitet haben. Sie haben gesagt, es war interessant, daß die Kinder eigentlich weit offener, viel bereiter waren, sich mit dem Thema zu beschäftigen, als die Eltern. Daß die Eltern noch betroffen waren, wenn es um den Kontakt mit den anderen Familien, mit den ausländischen Familien gegangen ist. Und alle haben eindeutig erklärt, sie haben sehr viel davon gelernt. Und dieses Projekt wird sicher noch weiter wirken. Und das zeigt, daß eben das sich damit Beschäftigen, das projektorientierte Arbeiten sehr viel bringen kann. Das ist nur ein Beispiel unter den vielen Möglichkeiten, die es gibt. Und das berechtigt mich doch zu einer gewissen Hoffnung, daß es gelingen kann, daß dieses Jahr der Toleranz doch noch in den Herzen der Menschen seinen Rückhalt finden wird. Und eines scheint mir auch ganz besonders wichtig, und das ist auch angesprochen worden. Genauso wie wir den anderen Toleranz entgegenbringen wollen oder dazu aufgefordert sind, Toleranz entgegenzubringen, genauso bin ich der Meinung, daß man erwarten kann, daß unsere eigene Weltanschauung, unsere eigene Gesinnung, unsere eigene Religion, anerkannt werden muß. Denn so ist ein gegenseitiges gutes Zusammenleben in Zukunft möglich. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächste Rednerin gelangt die Frau Abgeordnete Auer zu Wort.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

50 Jahre sind nun seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges vergangen. Sicher mit einer Voraussetzung, daß das Jahr 1995 von den Vereinten Nationen zum "Internationalen Jahr der Toleranz" erklärt wurde. In diesen 50 Jahren gab es zwar keinen Weltkrieg mehr, aber unzählige,

hunderte kriegerische Auseinandersetzungen. Auseinandersetzungen, die man sehr wohl so als Stellvertreterkriege bezeichnen könnte. Es gibt 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer Unterdrückung und Ausbeutung. Das alles in direkter und in indirekter Form. In direkter Form be-

kommen wir es täglich in den Nachrichten serviert und die meisten, inklusive unserer Jungen, sind so abgestumpft, daß man es zwar sieht, aber es bewegt einen nur mehr sehr selten. Die indirekte Art finde ich oft noch wesentlich gefährlicher, da sie sehr oft nicht erkennbar ist oder nicht leicht erkennbar ist. Da man damit aber sehr viel manipulieren kann, lenken kann über das Unterbewußtsein, über das Gewissen, vielen ein schlechtes Gewissen aufkotzen kann, und damit auch in demokratischen Ländern, auch in Österreich, lenken und leiten kann.

Der Europarat hat dieses Programm erweitert gegen Rassismus, Fremdenhaß, Intoleranz. Und wir haben nun jede Form des Terrorismus mit dazu aufgenommen. Rassismus ist noch leicht erkennbar, ist klar und deutlich. Die meisten richten sich nach der Hautfarbe. Das ist ein deutliches Merkmal für viele. Die andere Kultur ist sichtbar, auch das ist ein Merkmal. Eine andere Religion wird deutlich und kann nicht akzeptiert werden. Und die Medien, für die ist das überhaupt nur interessant oder sehr oft nur interessant, wenn es Prominente betrifft. Ich denke daran, vor einigen Jahren ging es Harry Belafonte so. In allen Zeitungen stand dieser Übergriff, man konnte ihn nachlesen.

Beim Fremdenhaß ist es schon ein bißchen schwieriger. Österreich ist ein Fremdenverkehrsland. Und Fremde sind uns natürlich willkommen - vorausgesetzt, sie haben Geld. Dann ist Tür und Tor offen, dann lebt die Wirtschaft, dann leben wir alle. Aber kommen sie aus einem anderen Grund zu uns, dann besteht Angst vor Problemen, die es gibt. Angst, vielleicht einen Arbeitsplatz zu verlieren, Angst, sich mit den Problemen der anderen auseinandersetzen zu müssen, weil "wir sie dann da haben". Bestenfalls schaut man weg, schlechtestenfalls endet es in Gewalt und Terror.

Gerade im Zusammenhang mit Fremdenhaß sollte man sich immer wieder in Erinnerung rufen diese 50 Jahre Zweite Republik. Wie stark Österreich auf die Hilfe anderer beim Wiederaufbau angewiesen war. Egal welche Arten von Hilfsaktionen es waren. Ob es der Marshall-Plan war, ob es Urlaube für Kinder waren, Erholungsaktionen. Egal, wie immer, hätten wir diese Hilfe damals nicht gehabt, ginge es uns heute vielleicht gar nicht so gut und wir kämen gar nicht in die Situation, abfällig oder mit Mißtrauen anderen gegenüberzustehen.

Österreich ist nun Mitglied der Europäischen Union. Da beginnt es sich schon zu teilen. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß die Menschen

aus anderen Mitgliedstaaten sozusagen nicht die Fremden sind. Aber auch hier unterscheiden wir zwischen Menschen, die in wohlhabenden Ländern leben und Menschen, die in südlichen Ländern leben. Auch denen gegenüber besteht bereits Angst. Und wenn man sich überlegt, wie unsere Politik, uns alle betreffend in diesem Zusammenhang, inklusive der von den Medien beeinflussten ausschaut, müßten wir uns eigentlich schämen. Es reduziert sich darauf, daß wir über billige Konsumgüter reden, vom Auto bis zu den Lebensmitteln. Daß wir uns auseinandersetzen mit Dingen, die oberflächlich, leicht vermarktbar sind. Aber kaum mit den Grundsätzen, um die es in diesem Zusammenhang eigentlich geht. In Wirklichkeit betreiben wir nur "Kirchturmpolitik". Wir sehen nur die eigene Gemeinde, das eigene Bundesland, die eigene Vertretung, der wir angehören, ob politisch, Religion, ob es eine Interessensvertretung ist oder wo immer. Und es gelingt uns nicht einmal innerhalb eines Vertretungskörpers, sei es hier im Landtag, sei es im Bundesland oder geschweige denn im gesamten Österreich, eine vernünftige, gemeinsame Politik zu machen, die alle politischen Kräfte hier gemeinsam vertreten können.

Bei der Toleranz wird es noch schwieriger. Um tolerant sein zu können, brauchen wir als Grundlage Verstehen der Probleme anderer, der anderen Kulturkreise, der Religionen. Und Religion selbst ist jene Gruppierung für mich, die am wenigsten Toleranz übt, möchte ich gleich dazu sagen. Man muß sich mit Lebensbedingungen anderer auseinandersetzen, um nur einige Beispiele zu nennen. Denn wenn man das nicht macht, dann kann man nicht verstehen, dann kann man nicht begreifen, dann kann man Hintergründe nicht erkennen. Und man kann kaum Einzelpersonen, noch dazu, wenn sie anders ausschauen, andere Interessen haben, respektieren oder akzeptieren.

In dem Zusammenhang mit diesem Wort Toleranz stimmt es mich immer wieder traurig, wenn man die Statistik anschaut, wie viel in Österreich gelesen wird. Ich habe es schon einmal erzählt, das wird nicht in Büchern gemessen, sondern in wenigen Seiten. Ich frage mich nur, woher diese Toleranz dann kommen soll, dieses Verständnis den anderen gegenüber. Und wenn ich dann in den vorliegenden Grundsätzen lese, dort wird von Verhetzern der Jugend gesprochen, vom Vorbild in der Politik, vom fairen Wettstreit der Ideen, von der physischen und psychischen Gewalt wird geschrieben. Und wenn ich dann lese von den Maßnahmen, die hier angeführt werden, so glaube ich, daß sie wichtig sind und gut sind.

Wichtig und gut, um aufzuzeigen, um Bewußtsein zu schaffen, zu mahnen. Nur befürchte ich, daß das alleine zu wenig ist. Daß der Gewohnheitsfaktor dazu kommt. Daß man zwar einen Redewettbewerb macht, daß man ein Plakat, ein Inserat gestaltet. Aber wenn man zehnmal daran vorbeigeht, nimmt man einfach nicht mehr wahr, worum es geht. Es wird zur Selbstverständlichkeit. Sonst müßten die Probleme, die uns tagtäglich auf der Straße, in den Schulen, in den Einrichtungen begegnen, ja wesentlich mehr aufrütteln.

Oder, um vielleicht bei der Politik anzufangen: Ich glaube, der wichtigste Punkt überhaupt im Zusammenhang mit Politik, mit politischen Maßnahmen, bei Politikern, ist die Glaubwürdigkeit. Und glaubwürdig kann man nur sein, wenn man tatsächlich vermitteln kann - nicht nur unter uns, sondern all jenen, die uns kritisch beobachten, den Jungen - daß einer vor dem anderen Respekt hat. Daß man nicht nur aus tagespolitischer Effekthascherei vor der jeweiligen Gruppe, von der man gerade spricht, dieser Gruppe nach dem Mund redet, um eben tagespolitische Effekte zu erzielen. Daß wir davon abgehen, demagogisch zu sein. Daß wir wieder den Weg zur Klarheit finden. Ein Weg zur Klarheit: Vorher, in der Aktuellen Stunde wurde sehr oft von den letzten Wahlen und den Stimmzetteln gesprochen. Man kann kaum einem jungen Wähler, aber auch keinem älteren erklären, warum überall nur der amtliche Stimmzettel Gültigkeit hat, bei der Landtagswahlordnung setzten wir ja den "Schwerpunkt Persönlichkeitswahl", nur bei der Gemeinderatswahl geht das nicht, da sind die Wähler zu dumm. Das kann man so nicht! Das kann kein Weg zur Klarheit, zur Ehrlichkeit sein, wie man es machen sollte. Weg von der Verrohung der Sprache, weg von der Verrohung der Sitten, weg von der Verrohung der Umgangsformen. Das muß eine der Grundrichtungen sein.

Wir brauchen wieder Mut zur Verantwortung, Mut, Konsequenzen zu ziehen. Keiner von uns ist perfekt. Man kann sich irren, man muß nicht immer nur seine Meinung durchbringen, das heißt respektieren. Aber Mut zur Ehrlichkeit. Gerade im Zusammenhang mit Radikalismus, mit den Terroransätzen, die wir hier alle schon bemerkt haben, die deutlich geworden sind auch in unserem Land, ist es notwendig, diese politischen Konsequenzen, diese Verantwortung zu tragen, sich zu distanzieren, wo immer es geht, klar und deutlich. Und ich glaube, nicht nur die Politiker sind aufgefordert das zu tun, sondern ganz wesentlich ist, daß auch die Medien hier mitspielen. Denn sie sind es, die der Faktor sind,

sozusagen das Schneeballsystem, die wiedergeben, wie eben Politik gemacht wird, wie sie ausschauen soll. Und leider ist es halt so, daß für Medien nur mehr interessant ist, Skandale zu bringen, alles andere ist ja fad. Positiv über irgendetwas zu schreiben gibt nichts her, wenn das Schlagwort nicht stimmt. Apropos Medien - es gibt auch noch einen anderen Aspekt. Man kann natürlich auch Medien zur Hofberichterstattung verwenden, so wie es heute wieder der Fall war. Denn wenn es um das Thema gegangen wäre, wäre nämlich der ORF beim gesamten Tagesordnungspunkt dageblieben. Das ist aber nicht der Fall gewesen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Und das sollte man sagen und es sollte auch, glaube ich, ein Punkt sein, nicht beim ORF allein, überhaupt bei den Medien anzusetzen. Vielleicht könnte man auch hier wieder, und sei es mit Hilfe der Fördermittel und Förderungsgelder, die verteilt werden, erreichen, daß man nicht nach Auflagenziffern allein fördert, sondern vielleicht auch nach der Art der Berichterstattung. Ich glaube, das wäre zu überlegen.

Eines möchte ich vielleicht noch anmerken. Sehr oft werden Personen, die politische Kultur haben, die fair sind, die diskutieren, die sich tatsächlich mit der Lösung von Problemen auseinandersetzen, nicht positiv eingeschätzt, sondern genau das Gegenteil ist der Fall. Sie werden als schwach abgestempelt, als Personen, die keine Durchsetzungskraft haben. Und wenn man sich überlegt, was da dahintersteckt, dann, glaube ich, ist die Gefahr schon viel, viel größer als man manchmal klar und deutlich zu sehen bekommt.

Wir haben aber noch ein Problem. Durch den Ausbau des Wohlstandes sind wir Gottseidank sehr stark zu einer Konsumgesellschaft geworden. Und manchmal hat man das Gefühl, es sind gerade junge Menschen, die sich versuchen, dagegen aufzulehnen. Und hier müssen wir ansetzen. Unsere Jungen brauchen nicht nur einen Redewettbewerb, brauchen nicht nur staatliche Ideen. Sie brauchen Vorbilder; positive Vorbilder, nicht negative. Positive Vorbilder, die wir aufbauen müssen. Sie brauchen vor allem verstärkt Ziele, Inhalte, Werte müssen wieder geschätzt werden. Werte wie Humanität, Solidarität oder Verständnis. Einfach nur Verständnis für den anderen aufzubringen, müßte wieder einen wesentlich höheren Stellenwert erhalten.

Dieser Kampf gegen die Gewalt muß auf allen Ebenen geführt werden. Das bedeutet aber auch das Aufzeigen des Egoismus. Des Egoismus von Einzelpersonen, des Egoismus von

Gruppierungen. Ein Beispiel nur, gar nicht zum Inhalt: Das Typische war für mich, ich sage es jetzt, kein schönes Wort, aber es ist durch alle Medien so gegangen, das sogenannte "Sparpaket". Alle politischen Gruppierungen, alle Menschen, ich habe keinen getroffen, mit dem man auf der Straße gesprochen hat, der das nicht verstanden hätte. Jeder hat gesagt, klar, hat einen Sinn, muß gemacht werden. Und dann ist es losgegangen. Und dann war, egal wer, ich will gar niemanden ausnehmen, der Egoismus der Gruppierungen und Einzelpersonen da. Egal, wo immer. Und das Gegeneinander-Ausspielen noch dazu. Da haben nämlich auf einmal alle politischen Gruppierungen, obwohl sie sich dessen bewußt waren, wie notwendig es ist, nur um politisch zu punkten, noch ein Schäufelr nachgelegt. Anstatt geschlossen dahinter zu stehen, hat man einander gegenseitig nur geschwächt. Und das meine ich mit politisch Vorbild zu sein. Wie soll ein Junger sagen, warum soll ich es anders machen? Warum? Mit welcher Begründung? Die Repräsentanten dieses Landes, egal wo, sind um keinen Deut besser. Genauso sehe ich es. Und ich glaube, hier muß man wirklich, das muß man herausstellen, deutlich machen und eindämmen.

Und noch ein Punkt, und auch das habe ich schon öfter hier gesagt: Gewalt in den Griff zu bekommen geht nur dann, wenn Menschen Möglichkeiten vorfinden, Aggressionen abzubauen. Wenn Menschen lernen, mit Konflikten umzugehen, zu erkennen und andere Lösungsmöglichkeiten vorzufinden als nur einen Holzhammer. Es fängt ja schon im Kindergarten an, gibst mir das Spielzeug nicht, weiß sich der andere nicht zu helfen, erwischt ein Trumm und wirft es dem anderen auf den Kopf. In der Familie kommt das auch immer wieder vor.

Das heißt, und das ist ganz besonders wichtig für mich. Wir müssen verpflichtend die bestmögliche Ausbildung vor allem für Pädagogen, die mit Kindern, mit Jugendlichen, mit Menschen überhaupt arbeiten, fordern. Man muß lernen, Konflikte zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten für diese Konflikte anzubieten. Daß das Gespräch natürlich das beste ist, ist klar, aber man muß es lernen. Wenn man es nicht gelernt hat, die Aggressionen noch in sich hat, weil man sie nicht ausleben hat können, dann kann es nur zu solchen Reaktionen kommen. Ich glaube, daß uns das noch fehlt in diesem Land. Es gibt so gut wie keine Ausbildung. Es gibt sie schon, aber sehr wenig und für mich bei weitem zu wenig. Es gibt noch zu wenig gute Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendbetreuer, für

Streetworker, für all diese Dinge. Das ist für mich ganz wichtig, um bei Problemen, die schon da sind, auch vernünftig eingreifen zu können, um hier Hilfestellung anbieten zu können. Das, was ich zuerst gesagt habe, ist ja, um abzufangen, daß es gar nicht soweit kommt. Aber hier müßte man ansetzen, hier müßten wir etwas tun. All das ist, glaube ich, die Grundlage für Toleranz, für das Akzeptieren der Meinung eines anderen oder einer anderen Meinung. Und das ist für mich die beste Garantie für den Fortbestand unserer Demokratie.

Ich glaube, wenn es uns gelingt, hier anzusetzen, dann - es ist heute schon ein paarmal der Spruch genannt worden, wehret den Anfängen, ich möchte es fast noch ausweiten, ich möchte sagen, dann haben wir die beste Garantie, daß nicht nur Einzelne diesen Anfängen wehren, sich dagegen wehren. Sondern daß es immer mehr werden, daß es eine Bewegung wird, die tatsächlich gegen diese Anfänge des Terrors der Gewalt, des Rassismus, der Intoleranz auftreten. Nur so haben wir die Garantie, daß diesen Anfängen tatsächlich gewehrt wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Preiszler. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Dann bleibt es in der bisherigen Reihenfolge. Dann bin ich durch den Ordner schlecht informiert worden. Als nächste ist die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix am Wort.

Abg. DORFMEISTER-STIX (*LIF*): Das Liberale Forum begrüßt grundsätzlich die Kampagne des Europarates und die UN-Proklamation, die das Jahr 1995 zum "Internationalen Jahr der Toleranz" erklärt.

Die dadurch ausgelösten Aktivitäten und Maßnahmen werden dem Toleranzgedanken insgesamt Rechnung tragen. Gerade in der heutigen Zeit des wiederaufkeimenden Fremdenhasses, des Rassismus, der Anschläge radikaler Gruppen, die Demokratiegefährdung zum Ziele haben, erscheint es uns als absolut notwendig, eben durch Aktivitäten, die all diese bereits erwähnten Formen der Intoleranz und Ablehnung gegenüber Andersdenkenden, Andersaussehenden und limitierten Personen ablehnen, entgegenzutreten. Dabei darf jedoch das oft mißbrauchte Wort "Toleranz" nicht mißverstanden werden. Es geht hier nicht um bloße Lippenbekenntnisse oder "Goodwill"-Aktionen. Toleranz muß hier aktiv verstanden werden. Es ist allen Arten von Gruppen, die Jugendliche in Richtung Rassismus,

Fremdenhaß und rassischem Elitedenken verhetzen, aktiv und unmißverständlich entgegenzutreten. Unsere Aufgabe als Politiker sollte es aber sein, Toleranz und die damit verbundenen Werte vorzuleben. Ich möchte sehr persönlich schließen: Es wäre unehrlich zu sagen, daß jeder von uns von Grunde auf und immer tolerant ist. Das ist nämlich gar nicht möglich. Toleranz, über Toleranz zu reden - wir haben jetzt ellenlange Vorträge über Toleranz gehört, es hört sich alles wunderbar an - es ist auch sehr leicht, über Toleranz zu reden. Sie zu leben ist wesentlich schwerer. Und deshalb möchte ich mit den Worten von Rabindrahnath Tagore schließen, der gesagt hat: Jeden Tag neu beginnen! (*Beifall bei LIF und Abg. der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Selbstverständlich, wie auch schon unsere Fraktionsrednerin gesagt hat, werden die Freiheitlichen dieser Resolution zustimmen und ich darf noch einmal wirklich meine Freude darüber ausdrücken, daß es dem Landtag gelungen ist bzw. im Ausschuß, diese Resolution auf eine sehr allgemeine zu erweitern. Weil das, glaube ich, sehr wichtig ist und auch jenen Punkten entspricht, die da drinnen noch als Erläuterung stehen. Und ich möchte bei einem anknüpfen, der mir persönlich gut gefällt, wo es da lautet in dieser Resolution, sozusagen die Ableitung für uns: "Die Politik kann Toleranz und Meinungsfreiheit nur fordern, wenn sie diese Werte tagtäglich vorlebt. Wenn sie also die ideologischen Auseinandersetzungen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene sowie in den Interessensvertretungen als fairen Wettstreit der Ideen, der Meinungen und der Persönlichkeiten austrägt." Ich glaube, daß das ganz wichtig ist, weil nämlich auch der Satz, der dann drangefügt ist, "dies war in den letzten Jahren leider nicht immer so", gerade jetzt große Gültigkeit hat. Wir leben in einer Zeit, wo man sich zwar zu allem möglichen bekennt, aber dann durch die Bank schon wieder zu Untergriffen neigt. Und in der Politik sind diese Untergriffe immer stärker geworden. Es ist kein wirklicher Untergriff von der Frau Abgeordneten Auer gewesen, aber ich muß ihn erwähnen, weil ich habe ihn immer noch in Erinnerung: Als ich einmal die Kriminalität als steigernd wieder bezeichnet habe, hat sie wirklich eine Höchstleistung an Verbalakrobatik erbracht. Sie hat mich, das heißt meine Ansicht damals bezeichnet als "bierdunstschwangeres

Hirngespinnst ewig häßlicher Biertischpolitiker". Irgendwie hat das gefehlt in der Rede, weil wir wären auf so etwas nie gekommen, daß Sie auch so etwas sagen können, wenn man sich die vorhergehende Rede angehört hat. (*Abg. Auer: Weil Toleranz keine Einbahn ist.*)

Das ist ganz richtig. Man muß diese Dinge auch in Erinnerung haben. So wie leider der Herr Landeshauptmann weg ist und der hat, glaube ich, heute einen ganz wesentlichen Satz gesagt. Nämlich die Frage, "wie gehen wir miteinander um?" Die Frage war sehr richtig. Leider ist er nicht mehr da, er ist nur zufällig gekommen. Das heißt, zufällig ist der ORF gekommen, wie er da war, aber das Glück hat eben nur der Landeshauptmann. Ich glaube an das schon. Ich glaube schon an das, daß der ORF auch dann dringend wieder weg hat müssen, nachdem er fertig war mit seinen Ausführungen. Zum Schluß hätte man den nächsten Redner vielleicht noch filmen können. (*Abg. Uhl: Vielleicht redet der Herr Landeshauptmann noch anderswo?*)

Das könnte durchaus möglich sein. Aber er wird sich bedanken, daß Du ihn in Schutz nimmst. Das freut mich ganz besonders. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Wie gehen wir miteinander um? Ich glaube, man sollte sich dazu Beispiele anschauen. Und ich habe so ähnlich wie die Frau Lembacher auch eine Geschichte mitgebracht. Ich habe da einen Brief mitgebracht, aus dem man sieht, wie man miteinander umgeht, wie das mit der Toleranz ist. Und zwar ist das vom Kriegsoferversverband an jemanden, der in einem Heim war. Und da heißt es in dem Schreiben: "Werter Herr S! Sie waren in der Zeit vom 21.9. bis 13.10.1994 in unserem Kurheim in Bad Ischl eingewiesen und haben eine Kur vom Landesinvalidenamts Wien absolviert. Sie sind am 13. Oktober von Bad Ischl abgereist und in Attnang-Puchheim in den Intercity 'Hochkönig' umgestiegen. Im Zug haben Sie dann als Gegenüber die freiheitliche Nationalratsabgeordnete, Frau Edith Haller in ein Gespräch verwickelt." - Also, das ist schon höchste kriminalistische Leistung, die da geboten wird von dem Verband. "Wie wir nun aus sicherer Quelle erfahren haben, haben Sie der Frau Abgeordneten zum Wahlerfolg gratuliert und erklärt, diese Aufdeckungssache müßte intensiv weiter betrieben werden. Gleichzeitig erklärten Sie der Frau Nationalrat, daß Sie auch ein Wespennest hätten, das aufgedeckt gehört, und zwar das Kurheim des oberösterreichischen Kriegsoferversverbandes in Bad Ischl. Dabei erlaubten Sie sich zu behaupten, daß dort für die Bonzen ganzjährig ein Luxuszimmer freigehalten

wird und die längste Zeit leer steht. Es ist unerhört, daß Sie als Außenstehender Behauptungen aufstellen, die überhaupt nicht zutreffen. Eine Nachfrage an den Verwalter hätte Ihnen Klarheit verschafft. Es existiert ein Zimmer, und zwar für jene ehrenamtlichen Funktionäre, die ganzjährig für die Organisation unentgeltlich arbeiten, Kalender verkaufen und sammeln, um diesen die Möglichkeit zu geben, ohne Belastung des normalen Kontingentes jederzeit auch eine Kur zu absolvieren. Ganz abgesehen von Ihrer politischen Einstellung - der oberösterreichische Kriegsoferversband ist parteipolitisch neutral - verbieten wir uns, daß von Ihrer Seite mit solchen Verleumdungen gearbeitet wird. Wir haben daher veranlaßt, daß Sie in Bad Ischl in Zukunft keinen Heimplatz mehr bekommen werden." Also das ist so, wie man mit Menschen umgeht. Das ist so ein typisches Beispiel, - unterzeichnet übrigens von Herrn Otto Libal, Nationalrat a.D., ich glaube, es werden ihn einige kennen - wie man miteinander umgeht. Und ich glaube, das ist angesprochen worden auch vom Herrn Landeshauptmann, daß es im Kleinen beginnt und daher große Bekenntnisse zwar etwas Schönes sind, aber ich glaube, man muß sich fragen, ob das nicht wirklich ein Teil jener Politik ist, die hier gemacht wird, die in ganz Österreich gemacht wird, die etwas derartiges erlaubt. Weil der Herr Nationalratsabgeordnete, der das unterschreibt, ist ja nicht irgendwer. Mit diesem Selbstverständnis etwas zu unterschreiben, wo ich nachrecherchiere, mit wem wer wann wo gefahren ist, und dem das dann vorwerfen, da gehört schon einiges dazu.

Und daher sehe ich auch eine Entwicklung, die die Frau Abgeordnete Rosenkranz angesprochen hat. Nämlich jene Form von Tugendterror und jene Form, wo es nicht mehr darum geht, was jemand gesagt hat oder getan hat, sondern wer es gesagt und getan hat. Und diese Form ist eine, die wir meiner Meinung nach doch stark bekämpfen sollten, weil es immer mehr Überhand nimmt. Ich bin halt ein Betroffener in meiner Fraktion. Aber ich habe mir gestern so gedacht, als ich da gehört habe, wer aller hier herinnen gesessen ist bei der Feier der Sozialdemokraten. Und da ist einer dabei gesessen, ich brauche ja den Namen nicht zu nennen, aber er war immerhin ein illegaler HJ-Führer in Baden, Musterschüler an der Napola, Absolvent der höchsten NS-Parteischule Ordensburg, Sonnthofen, nach der Ordensburg Lehrer an der Napola Traiskirchen, wo er der Jugend höchstes NS-Gedankengut lehrte. - Ich bin da nur ein bißchen bei seiner Biographie. - SS-Hauptsturmführer in einem Granatwerferbataillon der

Waffen-SS und, wie auch bekannt ist, 1947 wegen Wiederbetätigung verhaftet, 1948 verurteilt und bis Mitte 1949 eingesperrt. Der ist da gestern dagesessen. Und ich habe mir überlegt, was wäre, wenn das ein Freiheitlicher wäre. Wäre das ein Freiheitlicher, würde wahrscheinlich heute das Haus hier in größter Aufregung sein, daß wir dieses Haus möglicherweise "entweihen" oder was auch immer. Das ist das, was uns so täglich begegnet. Und die neue Form der Toleranz ist ja die, stellen Sie sich vor, es wäre der Vater von dem, der da herinnen sitzt, dann ist es überhaupt undenkbar, also dem müßte man überhaupt gleich einmal sagen, er soll sich verabschieden.

Ich könnte diese Liste noch fortsetzen, aber ich glaube, das ist nicht Sinn und Zweck. Ich möchte nur herausstreichen, wie wir uns selbst fühlen, wie man uns begegnet, wie man mit zweierlei Maß mißt. Es ist ja heute zweimal gefallen, zweimal sogar gefallen, das Bekenntnis zur Republik - da gibt es überhaupt nichts dagegen zu sagen - und daß man auf alle Fälle die dritte Republik bekämpfen muß und nur irgendwelche Wahnsinnigen, so ungefähr, reden von der dritten Republik. Und da geht es auch nur darum, wer von der dritten Republik spricht. Ich sehe ja, das ist interessant, andere dürfen ja. Ich habe da so ein "Salzburger Nachrichten"-Interview, es ist zwar aus dem Jahr 1992, und der Mann ist nicht mehr der aktuellste in der politischen Lage. Aber es ist immerhin Erhard Busek unter der Überschrift "Wir sind mitten in der dritten Republik". Und er sagt da drinnen, es geht um schleichende Veränderungen der Existenzbedingungen in der Zweiten Republik, wir sind mitten in der dritten Republik drinnen. Also Busek darf das sagen.

Für die Journalisten: Dieter Lehnhart aus der "Presse" ist ja auch kein Unbekannter. Dieter Lehnhart schreibt auch vom Aufbruch in die dritte Republik. Ein bißchen etwas von dieser Seite. Die dritte Republik ist nicht so irgendein Gespinnst, das nur andere vor sich sehen. Die dritte Republik steht vor der Tür. Im Text drinnen: "Die Zweite Republik tritt auf der Stelle, die dritte Republik steht vor der Tür". Bruno Eigner. Kein Unbekannter, weil er ist immerhin, ich glaube, der persönliche Sekretär vom Parlamentspräsidenten. Aber ein ganz Unverdächtiger, der auf die Frage der Journalisten, "wollen Sie damit das sagen, daß ein großer Schnitt gemacht wird, und wir uns auf den Weg in die dritte Republik befinden?" antwortet: "Ich glaube, Ja." - Vranitzky.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ich damit nur aufzeigen möchte, das ist,

es ist so fesch, von Demokratie, von Toleranz zu reden, aber dann eigentlich ganz anders zu handeln. Nämlich dann, wenn es darum geht, daß man ausgrenzt, daß man Unterschiede macht. Das Ausgrenzen findet ja seine Fortsetzung, was jetzt unseren Landesrat betrifft. Man macht ja dasselbe, was jetzt im Land getan wurde, auch in den Gemeinden. Ich möchte Ihnen nur mitteilen, wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir bekennen uns zu dieser Resolution, wir halten sie für sehr notwendig. Aber ich finde es äußerst unfein, wenn sich alle dazu bekennen aber dann sozusagen die Ausnahme machen, bei einem Teil braucht man nicht ganz so tolerant sein, also da kann man ja eher intolerant sein, denen kann man zumindest etwas unterstellen. Ich darf das sagen, Vranitzky darf sagen, auf dem Weg in die dritte Republik, ja, wir sind auf dem Weg in die dritte Republik. Wenn es ein anderer sagt, ist es schon ein bißchen ... (Abg. Krendl: *Aber der meint damit schon etwas anderes!* - *Unruhe im Hohen Hause.* - Abg. Hiller: *Das ist schon anders gemeint. Wer die dritte Republik formt, das ist entscheidend!*)
Ja, lieber Freund Hiller, genau das ist es! Ihr unterscheidet, wer was sagen darf. Und das ist das, was die Frau Abgeordnete Rosenkranz wirklich treffend beschrieben hat, daß die Regeln die Stärkeren machen. Jetzt kennen wir endlich die Regeln. Er ist leider nicht mehr da, der die Regeln auch veröffentlicht hat. Und ich habe heute wirklich geschaut und aufgepaßt, ob das Vokabular der sozialdemokratischen Abgeordneten wirklich der eigenen Definition entspricht. Weil jetzt gibt es endlich eine Übersicht des Vokabulars, welches man verwenden darf und welches man nicht verwenden darf. Ich habe aufgepaßt. Es geht ja doch um so etwas wie Verfassung, auch in der Debatte jetzt. Also "Heimat", "Volk" und "Vaterland", das darf man nicht mehr sagen. Das hat auch wirklich keiner verwendet. Man muß sagen, Ihr haltet Euch daran. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ja bitte, das ist Euer Definitionskatalog, was man verwenden darf und was nicht. Ich möchte aber trotzdem fortfahren. Es geht um Toleranz in dem Haus. (*Unruhe im Hohen Hause.* - Abg. Dr. Bauer: *So ist das nicht! Das, was wir fordern, das ist eindeutig. Wir haben gefordert, eine Grenze zu ziehen!*)

Ja, Ihr definiert ja Eure Toleranz. (Abg. Dr. Bauer: *Ja, aber irgendwo ist eine Grenze und da hast Du nicht aufgepaßt! Die Grenze ist genau dort zu ziehen, wo die Intoleranz der anderen unübersehbar wird!* - *Beifall bei der SPÖ.* - *Heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Eines merke ich, Herr Klubobmann: Am heftigsten werdet Ihr, wenn man Euch selber zitiert.

(*Beifall bei der FPÖ.* - *Heftige Unruhe im Hohen Hause.* - Abg. Dr. Bauer: *Entschuldige! Wenn man zitiert, so hat man vollständig zu zitieren und nicht so, daß ein ganz anderer Sinn entsteht. Das ist das Recht des Zitierten!*)

Lieber Klubobmann! Wer hat denn den Brief von Hans Jörg Schimanek zitiert? Wer hat denn einen Satz herausgerissen? War ich das, oder warst Du das? (Abg. Dr. Bauer: *Bitte? Bitte?*) Wer hat einen Satz von Hans Jörg Schimanek aus einem Brief herausgerissen? Du oder ich? (Abg. Dr. Bauer: *Noch einmal! Mit mehr Toleranz als wir diesem Fall begegnet sind, das kann man nicht erwarten!* - *Beifall bei der SPÖ.* - *Heftige Unruhe bei der FPÖ.*)

Ich werde trotzdem fortfahren in der Definition dieses doch für uns sehr wichtigen Dokumentes der SPÖ. Und zwar über die Definitionskomponenten des Rechtsextremismus. Da finden sich unter anderem Punkte drinnen wie "Volkstumspflege in allen Ausprägungen". Das ist bereits eine Definitionskomponente des Rechtsextremismus. Oder "Treue", "Heimatliebe", "Pflicht" und "Kameradschaft". Ich zitiere vollständig, bitte: "Die Volksgemeinschaft vermittelt Geborgenheit und Aufgabe für jeden Einzelnen". Man fände Antworten auf zukünftige Fragen in den Klischees der Vergangenheit. Auch das ist eine Definitionskomponente des Rechtsextremismus. Oder zum Beispiel, Definitionskomponenten des Rechtsextremismus: "Festgeschriebene hierarchische Ordnung." Auf das muß man zuerst einmal kommen. Aber es ist jetzt für uns einfacher, und ich werde dieses Stück auch, damit man in der Zukunft weiß, wenn man sich in der Öffentlichkeit äußert, daß man Begriffe wie "Heimat", "Volk", "Vaterland" und "Treue" usw. nicht mehr sagen darf, weil man sonst in den Geruch des Rechtsextremismus kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war heute schon die Rede von dem Herrn Purtscheller, der in den Schulen unterrichten darf oder gegen Bezahlung den Schulkindern beibringt, gleichzeitig Flugblätter gegen die FPÖ in die Schulen bringt. Da gibt es ja einen Erlass des Unterrichtsministers, in welchem eben auch die Kostentragung geregelt ist. Und es ist halt schon interessant, wenn wir wirklich im Jahr 1995, in dem es geht um Toleranz, soweit sind, daß wir ganz bewußt auch politisch eindeutig motivierte Leute wie den Herrn Purtscheller, oder den Herrn Dr. Anton Pelinka in die Schulen schicken und zum Beispiel auch einen Direktor Dr. Reinhard Popp. Sein Zielgebiet und seine Zielgruppe sind "rechtsdenkende" Jugendliche. Jetzt ist die Frage, wie kommt man an "rechtsdenkende" Jugend-

liche? Also, es ist eine Art und Weise, wo wir sehr wenig damit anfangen können. Sie werden daher verstehen, daß wir diese Resolution natürlich gerne mittragen, aber von allen, die das mittragen, würden wir zumindestens eines erwarten: Daß man uns mit derselben Toleranz begegnet. Dann sind wir schon zufrieden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, es steht außer Zweifel, daß sich dieses Haus bemüht um Toleranz und um gegenseitige Achtung und Anerkennung. Dies wurde ebenso unmißverständlich klargestellt wie, daß es eine Grenze gibt, die zu ziehen ist. Und diese Grenze wurde nicht willkürlich gezogen, sondern wirklich in Achtung und Toleranz. Aber sie muß dort gesetzt werden, wo das im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse derer, die die Demokratie schützen, eben zu ziehen ist. Das ist eine Grenze, die vielleicht manchen schmerzt, aber die von den Demokraten zu ziehen ist, wenn sie diese Demokratie wirklich schützen und retten. Und weil da immer gesprochen wird von der dritten Republik: Es ist doch kein Zufall, daß man eigentlich damit meint, die Überwindung der Institutionen, die ja diese Zweite Republik so maßgeblich geprägt haben. Es ist kein Zufall, daß man immer mehr in eine plebiszitäre Politik hineingehen will, weil man da mehr dem "Führerprinzip" sozusagen abgewinnen kann.

Aber, Herr Kollege Gratzner, ich sage noch einmal: Ich gehöre zu jenen, die wirklich von Toleranz geprägt sind und jede Handlung entspricht auch dieser Toleranzprägung. Aber ich möchte jetzt einmal auch sagen, in der verbalen Auseinandersetzung gibt es Formulierungen oder Verwendungen von Eurem Vorsitzenden, die nicht toleriert werden können. Denn wenn ich zum Beispiel ein Konzentrationslager als Straflager bezeichne, so impliziert es, daß Menschen dort sind, die etwas angestellt haben. In Wirklichkeit waren es Menschen, die nichts angestellt haben, sondern sich zu dem Prinzip in der Demokratie, auch einer vielleicht ursprünglich nicht immer ganz so klaren, wie zum Beispiel Leopold Figl, aber einer klaren österreichischen Haltung dann letztlich bewußt wurden. Und in dieser Haltung in den Konzentrationslagern sich befunden haben. Da kann man doch nicht sagen, das sind Straflager, als wären sie verurteilt und Leute, die etwas angestellt haben. *(Abg. Gratzner: Wie die*

Grüne, die das Protokoll gefälscht hat, nicht?) Das wird ja impliziert. Und daher gibt es keine Toleranz in dieser Sprachschöpfung. Weil es eine ganz gekonnte und beabsichtigte Ablenkung und Irreführung ist. Es ist halt auch in der Sprache das, was Konzentrationslager ist und was Vernichtungslager ist, nicht dadurch sozusagen wegzudiskutieren, daß es das gegeben hat.

Und wenn es noch immer Leute gibt, die da sagen, das ist eine sogenannte "Auschwitz-Lüge", denn das hat es nicht gegeben, dann frage ich mich, wo die wirklich ihre Geschichtskennntnisse hergenommen haben oder hernehmen. Denn in Wirklichkeit ist das nachvollziehbar. Und jeder weiß das zum Beispiel. *(Abg. Gratzner: Hier bei uns*

werden Sie keinen finden, der das behauptet!)

Ja. Aber es gibt sehr viele Aussagen in diese Richtung. Und es gibt hier keine Distanzierungen. Und ich unterstelle Ihnen, Herr Abgeordneter Gratzner, das alles überhaupt nicht. Ich sage das noch einmal: Ich unterstelle das überhaupt nicht! Nur lehne ich es wirklich ab, daß man hier sich herstellt, von einem Problem dieser Partei in Niederösterreich ablenkt und dadurch sozusagen versucht, durch eine Angriffswelle und durch Vergleiche, die nicht vergleichbar sind, hier sozusagen auf der "Welle der Toleranz" etwas zu erreichen: Nämlich die eigene Entschuldigung dafür, daß man nicht handelt. *(Abg. Haberler: Es gibt nichts zu entschuldigen! - Zwischenruf bei Abg. Marchat.)* Und ich sage noch einmal, Sie haben eine moralische Verpflichtung, zu handeln. Und diese moralische Verpflichtung zum Handeln, der wollen Sie nicht nachkommen. Und daher versuchen Sie, durch eine ganz perfide Art der Darstellung, sozusagen nach dem Prinzip der Toleranz, hier Verständnis für Ihre Haltung zu erreichen. Und ich sage Ihnen, Herr Kollege, dieses Verständnis werden Sie nicht bekommen! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Der Herr Abgeordnete Preiszler ist doch gemeldet worden. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Herr Dr. Bauer, ich darf mit Dir beginnen. Du hast gesagt, Du verlangst eine moralische Verpflichtung von uns. Ich wüßte nicht, oder wir wissen nicht, welche Verpflichtung. Ich brauche nicht zu sagen zur Aussage von Landesrat Jörg Schimanek, daß er deutlich konsequent gesagt hat, um was es geht. Warum verlangen Sie etwas, was es in Wirklichkeit nicht gibt? Verständnis,

Herr Klubobmann Dr. Bauer, brauchen wir, wir sind nicht verpflichtet Ihrer Partei gegenüber, sondern den Wählern gegenüber. Und die Wähler, der Souverän hat zu entscheiden und Verständnis dafür aufzubringen. Wir haben keine moralischen Verpflichtungen, in keinster Weise. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Und damit, Herr Klubobmann Dr. Bauer, bin ich eigentlich jetzt schon beim Thema, zu dem ich mich überhaupt gemeldet habe. Ich habe heute hier in dieser Diskussion mindestens hundertmal das Wort Toleranz gehört, wie gut und wie entgegenkommend wir sind. Und ich sage Ihnen ein Beispiel dafür, wie es wirklich ist, wie in Wirklichkeit geheuchelt wird. Sie kennen Oberwart. Es wird auch von den Bombenanschlägen geredet. Und ich bin nicht Betroffener, aber doch familiär unmittelbar leider Gottes in dieser Causa mit meinem Neffen, zwar nicht ursächlich aber doch gewissermaßen betroffen. Und ich habe mir wirklich die Mühe gemacht, in dieser Sache zu recherchieren und mir alles, alles, was es darüber gibt, anzuschauen. Und vielleicht hast Du auch gesehen die Club 2-Sendung mit Pretterebner zu dieser Causa. Da wurde ganz bewußt wie immer den Freiheitlichen - das zieht sich ja durch wie ein "rot-schwarzer" Faden - uns immer wiederum unterstellt, daß natürlich die Anschläge, der Terrorismus, von rechts kommt. Und von wo aus könnte er schon kommen als von den Freiheitlichen? Da wurde ganz bewußt der Herr Abgeordnete Pretterebner gefragt vom Moderator, wieso von den Freiheitlichen niemand am Roma-Begräbnis war, was ja überhaupt nicht gestimmt hat. Es war der Herr Präsident Herbert Haupt beim Begräbnis, nur ist der nicht vorne gesessen und hat sich nicht um die ersten Sitzplätze gerauft, wie es andere Abgeordnete und hohe Politiker getan haben, weil ja das Fernsehen da war, und da muß man natürlich dabei sein. Da mußte eingeblendet werden und da muß man ja so recht traurige Miene aufsetzen usw., das paßt ja ins Bewußtsein. Der Herr Präsident Haupt ist hinten gesessen. Pretterebner hat auch gesagt, es war nicht nur der Herbert Haupt anwesend, sondern es war der komplette freiheitliche Landtagsklub des Burgenlandes anwesend. Und zwar deswegen auch, weil nur immer die Rede war von den vier so tragisch verunglückten Roma, sondern auch ein Neffe des freiheitlichen Abgeordneten Preiszler in Niederösterreich. *(Abg. Dr. Bauer: Was heißt hier, "so tragisch verunglückt"? Bitte erinnern Sie sich der Diktion! Die sind feige ermordet worden. Das ist genau die Sprache! Hier handelt es sich um hinterhältigen Mord! Und ein hinterhältiger Mord bleibt ein hinterhältiger Mord! - Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ja, die sind ermordet worden. Ich weiß schon, wo Sie hinwollen. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)*

Und da hat dieser Herr Purtscheller, der derzeit unbekanntes Aufenthaltsort hat, der von der Staatspolizei beschattet wird, gesagt, naja, selbstverständlich, das ist dieser rechtsradikale freiheitliche Abgeordnete, der in Wr. Neustadt bei verschiedenen Veranstaltungen mit dabei ist. Wo bin ich dabei? Ich bin dort dabei, wo es eine ganze Generation von Landeshauptmännern gegeben hat, die ebenfalls dabei sind, wenn der Österreichische Kameradschaftsbund - ich verweise nur auf die Radetzky-Feier jedes Jahr am Heldenberg - mit dabei ist, Vorwörter zu den Festbroschüren schreibt, Festreden hält, und dann auch sich noch auszeichnen läßt. Und dann hat es eine Diskussion gegeben im Landtag vor zwei Jahren, wo genau diese Vereinigung, der Österreichische Kameradschaftsbund, als neonazistisch hingestellt wurde. Jetzt frage ich mich, wo ist da die Ehrlichkeit? Ja bitte, wenn ich mich von irgendeinem Verein distanzieren, dann gehe ich bitte nicht hin, ich muß nicht hingehen. Es bleibt jedem freigestellt, zu welcher Veranstaltung er geht, welche Ideale er hochhält. Aber dann gehe ich nicht hin, nur um mit dabei zu sein, wenn das Fernsehen, wenn die Medien dort sind. Und genauso war es am Roma-Begräbnis, da haben sich Abgeordnete, die Grün-Abgeordnete Stoitsits, fast gerauft um die ersten Sitzplätze.

Und es hat noch ein Ereignis gegeben. Es war am Vortag des Begräbnisses, am Freitag. Da ist eine ganze Delegation, vom Bundeskanzler angefangen bis zu zwei Ministern und dem Herrn Landeshauptmann von Burgenland, mit zwei Fernsehteams im Krankenhaus Oberwart erschienen und wollte natürlich das aufmascherln, wie üblich mit Fernsehen. Mein Neffe hat gesagt, er verzichtet darauf, und er wünscht, nicht gefilmt zu werden. Daraufhin hat sich die ganze "Delegation" hinaus verzogen. Effekt war der, daß er nicht einmal als Abschied einen Händedruck mehr bekommen hat. Man hat ihn vergessen. Aber nicht einmal ein Buch, als Erinnerung, daß man dieses Opfer auch gewürdigt hätte. Das ist die Heuchelei, und das wollte ich hier sagen. Das hat sich abgespielt, das ist dokumentarisch bewiesen und das bitte ich auch zur Kenntnis zu nehmen.

Und jetzt zum nächsten: Wie sehr die Sozialdemokratische Partei es mit der Toleranz hält, brauchen wir nur nachzulesen. Högers Kampfansage an FPÖ-Schimanek. Ja, ich weiß nicht, der Herr Landeshauptmann Höger ist sehr wenig

sichtbar in letzter Zeit hier. Sind das wirklich die Probleme eines Landeshauptmannes in Niederösterreich, daß er nur eine Kampfansage macht an die Freiheitlichen? Sind das die Probleme, die wir in Niederösterreich zu bewältigen haben? (Abg. Uhl: *Ich würde sagen, ja! Das ist ein Problem der Demokratie!*) Haben wir nicht im Sozialbereich, haben wir nicht in allen Bereichen größere Probleme? Der Herr Höger macht eine Kampfansage an die Freiheitlichen. Das ist die Toleranz der SPÖ. So schaut es aus. Und Sie wissen auch aus der letzten Zeit, ich erspare Ihnen die Kommentare von verschiedenen namhaften ausländischen Medien, etwa der "Frankfurter Allgemeinen", der "Norddeutschen Zeitung", was diese über Österreich denken. Daß wir uns selbst, daß man wirklich nur auf einem Auge scheinbar sieht und auf dem anderen Auge vollkommen blind ist, wird jetzt bewiesen. Und es gibt auch - und ich hoffe, die Fahnder der NÖ Kriminalabteilung stehen ihn durch - den Druck, der von außen auf sie zukommt, hier aufzuzeigen, wo auch Spuren hingehen. Und wie hier ermittelt wird. (Abg. Dr. Bauer: *Was wird da schon wieder unterstellt? Es gilt den Kampf gegen jeden Extremismus. Beide sind zu verurteilen!*)

Man hat es nicht gern, daß in dieser Richtung eindeutige Beweise vorliegen, Herr Dr. Bauer! Und dann darf ich Ihnen sagen, wenn Sie soviel von Toleranz reden, der Klubobmann Gratzner hat es schon gesagt, Sie kennen das ja von Ihrem Parteisekretär, von Herrn Dr. Ilan Knapp, was Sie unter Demokratie und was Sie so verstehen. Ein Katalog, ich glaube schon, den kann man auch irgendwie dazuzählen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Sicherlich. Dieses Konvolut habe ich auch zugeschickt bekommen und mit diesen Unterlagen wird auch an Schulen Unterricht gemacht, bitte schön. Ich war selbst einige Male bei Diskussionen dabei, zum Beispiel beim Akademischen Gymnasium in Wien, mit Zeitzeugen, mit einer Roma-Vertretung. Wir Freiheitlichen haben uns gestellt, wir haben nichts aufzuarbeiten. Und wir haben uns gerne gestellt dort. Und wir stehen wirklich auf dem Boden der Demokratie. Nur, diese Unterstellungen, die laufend kommen, die immer wiederum aufgewärmt werden nach 50 Jahren: Ja hat man in Österreich oder auch in Niederösterreich nicht andere Probleme, mit der Umwelt, in allen Bereichen, als wirklich da stundenlang über so etwas zu reden? Eine politische Partei, eine politische Kraft, die mehr als eine Million Wähler hat, in ein bestimmtes Eck zu drängen oder das zu versuchen, sind das die Aufgaben des Herrn Landeshauptmannes und auch die der ÖVP? Das sind ja die Fakten, lesen Sie doch Zeitung!

Nur bei Ihnen - Gratzner hat es schon gesagt - ist es halt ein Unterschied, wer es sagt, und wer da steht. Wenn bei uns ein Altvater, so wie gestern bei den Sozialdemokraten, der eben nicht das begnadete Alter gehabt hat, der Nachkriegsgeneration anzugehören, anwesend gewesen wäre, da möchte ich heute sehen, was da in den Medien gestanden wäre und was man heute da sagen würde. So schaut es nämlich aus. Das sind eben die Dinge, die von verschiedenen Seiten beleuchtet werden. Und ich darf Ihnen nur zum Abschluß ein Zitat aus der "Frankfurter Allgemeinen" mit dem Titel "Die alten korrekt und was noch": "Gegenwärtig sitzen diejenigen in den maßgeblichen und entscheidenden Funktionen unseres Staates, die man - und darauf sind sie stolz - als die Spätgeborenen bezeichnet, die also nie unter Diktaturen gelebt und nicht als Soldaten im zweiten Weltkrieg an den Fronten gestanden sind. Interessant ist daher, in der Evangelischen Kirchenzeitung zu lesen, daß der frühe Leiter der psychiatrischen Klinik im Wiener AKH, Universitätsprofessor DDr. Berner bei einer Tagung in Deutschland über die Zeit nach dem Kriegsende folgendes gesagt hat: Seien, soll er gesagt haben, die Menschen in der Zeit des Neubeginns nach dem zweiten Weltkrieg noch korrekt und integer gewesen, unabhängig von ihrer politischen Einstellung, so hätten mit der Generation, die die Kriegszeit nicht mehr miterlebt hat, die Auseinandersetzungen, die Untergriffe unter der Gürtellinie begonnen. Das war für uns, so DDr. Berner, eine große Enttäuschung. Weil wir dachten, daß jetzt die heile Welt beginnen wird, fügte der Professor, der in der NS-Zeit der Widerstandsbewegung angehört hat, hinzu. Wir berichten das, weil wir vorschlagen, daß sich diese Alles-Besserwisser unter den Spätgeborenen schleunigst an der Nase nehmen und ihr Versagen einbekennen, anstatt dauernd ihre Groß- und vielfach ihre Urgroßeltern mit Dreck zu beschmeißen. Weiters, die Skandale, die bis in die höchsten Stellen hinaufgehen, die ein nachahmenswertes schlechtes Beispiel sind. Also läßt man Begriffe wie Treue, Pflichtbewußtsein und Anständigkeit weder lobens- noch nachahmenswert sein." Das sagt die "Frankfurter Allgemeine". Vor allem, das sagt ein namhafter Wissenschaftler, der sicherlich nicht der NS-Zeit gehuldigt hat, sondern der genau das sagt, was ich auch gesagt habe, daß es wirklich höchst an der Zeit sein wird, hier, wenn man schon von Toleranz predigt, einmal damit zu beginnen, aufzuhören und den Schlußstrich zu ziehen.

Ich glaube nicht, daß es den jungen Menschen, die heute in der zweiten, dritten Generation nach dem Kriege leben, die wirklich

andere Probleme haben, wie die der Arbeitsplatzsicherung, der Umwelt, der sozialen Dinge usw. daß sie daran mehr Interesse haben, als Sachen aufzuwühlen, die längst vergessen sein sollten. Und daß man auch einer politischen Partei nicht immer wiederum versucht etwas anzudichten, was in keinster Weise weder zu beweisen ist und schon gar nicht stattgefunden hat. In diesem Sinne werden wir, und ich bin froh, daß es dieses Toleranzpaket, diese Resolution der Landesregierung gibt. Wir tragen sie mit, wir tragen sie mit Freude mit. Wir bitten aber darum, endlich einmal damit aufzuhören und nicht immer mit dem Finger zu zeigen. Weil das beweist dann und das wäre wirklich Stärke, wirklich Toleranz zu zeigen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren!

Die letzten Minuten waren sicherlich nicht eine wahrlich glorreiche Stunde dieses Hauses. Deswegen nicht, weil, wenn ich ein Thema Toleranz behandle und so intolerant argumentiere, dann tut mir das im Herzen weh. Ich meine, daß hier - und zwar von den Kollegen Gratzer und Preisler - ein verbal intoleranter Bereich angeschnitten wurde, der gerade Nährboden des Radikalismus ist. Und ich meine wirklich nicht jetzt des Rechtsradikalismus, sondern jeglichen Radikalismusses.

Herr Klubobmann Dr. Bauer hat in einer Zwischenbemerkung, in einem Zwischenruf gesagt, daß es wahnsinnig ist, wenn man einen Mord als tragischen Unfall darstellt. Meine Damen und Herren! Dort ist der Nährboden! Das ist das Problem. Wenn man Dinge einfach nicht mehr beim Namen nennt. Und davor haben wir Angst. Hier ist die Grenze der Toleranz! Und Sie haben sie heute leider wieder aufgezeigt.

Und weil auch der Name des Landesrates Schimanek und seines Verhaltens hier angezogen wurde. Toleranter, ernster, fairer als bei der letzten Sitzung dieses Thema behandelt wurde von Klubobmann Böhm, von Klubobmann Dr. Bauer, kann man so eine Sache nicht behandeln. Ich hätte hier gerne das Umgekehrte gesehen!

Man darf nicht immer alles in einen Topf werfen. Wenn man vom Kameradschaftsbund spricht,

darf man ihn nicht mit der Kameradschaft IV verwechseln, meine Damen und Herren. Heuchelei ist nicht ein Wort, das man hier in diesem Haus verwenden sollte. Ich meine auch dieses gegensei-

tige Aufrechnen, Kollege Gratzner, da können wir stundenlang hier sitzen über Briefen und Fehlverhalten des einen oder anderen hier vorführen. Da könnten wir beide Bücher schreiben. Das ist überhaupt keine Frage. Wo Menschen sind, gibt es Fehlverhalten. Man kann das daher jetzt nicht pauschalisieren, wie es hier gemacht wird, und daraus seine politischen Überlegungen anstellen.

Eines ist klar: Es kommt schon immer darauf an - und da haben Sie, Kollege Gratzner völlig recht - wer was sagt. Dieselbe Aussage, das ist völlig richtig, das wissen wir aus unserem privaten Leben: Es ist ein Unterschied, wer etwas sagt. Und wenn Sie sich laufend - und gerade Ihr Vorsitzender - laufend absentieren und zwar wirklich absentieren von Dingen, die Sie in Sonntagsreden auch in Abrede stellen, dann wäre diese Interpretation, die immer wieder kommt, wahrscheinlich fehl am Platz. Aber es geht um die Anwesenheit. Ich kenne die Wiener Neustädter Szene. Und als Wiener Neustädter glaube ich sagen zu können, daß wohl diese Stadt die leidgeprüfteste Stadt der Intoleranz ist, wenn ich an die Kriegswirren erinnere und an das Schicksal der meistzerstörten Stadt. Aber, und da muß ich sagen, der Kollege Haberler hat sich distanziert von Aktivitäten, wo eben junge Männer, junge Menschen im Stechschritt durch diese Stadt marschieren und im FPÖ-Lokal ihr Unwesen getrieben haben. Wir haben danach kein Wort mehr darüber gefunden, weil eine klare Distanz da war; auch von Veranstaltungen in so manchem Lokal oder in einem bestimmten Lokal in unserer Stadt. Aber im großen Dunstkreis fehlt uns diese entsprechende Abgrenzung. Wenn wir heute über Toleranz reden und gemeinsam im Internationalen Jahr der Toleranz diese Europaratskampagne gegen Rassismus, Fremdenhaß und Intoleranz hier zum Anlaß nehmen, uns zu artikulieren, ist das wahrscheinlich der schlechteste Zeitpunkt, um sich gegenseitig etwas aufzurechnen. Ich wollte nach den ersten vier Reden mich nicht zu Wort melden, weil ich von der Qualität dieser Reden positiv überrascht war. Und ich glaube, daß hier wirklich dem Thema Toleranz entsprechend Rechnung getragen wurde. Weil Toleranz heißt eben, gelten lassen von Überzeugungen, Normen, Werten und Wertsystemen, ethnisch, sozial, religiös, politisch und im rechtlichen Bereich.

Wenn wir heute diese letzte Diskussion uns vor Augen führen, dann stimmt auch die Aussage, daß wir wahrscheinlich noch ein bißchen die Schulbank drücken sollten, weil Toleranz auch

eine Frage des Niveaus und der Bildung ist. Und da nehme ich keinen aus, denn davon können wir nicht genug haben. Wir sollten dieses heutige Manifest für Toleranz wahrlich dazu verwenden, uns nicht gegenseitig etwas aufzurechnen, sondern endlich den Weg nach vorn, und zwar gemeinsam, ohne Ausgrenzungspolitik, und zwar ohne Ausgrenzungspolitik nach rechts wie auch nach links gehen. Ich halte nichts davon, daß man hier Menschen, die politisch andersdenkend sind, einfach ausgrenzt. Ich meine, daß das Gespräch immer geführt werden muß. Man muß sich nur abgrenzen, und das ganz eindeutig. Und das tun wir. Das hat nichts mit Intoleranz zu tun, sondern das hat eigentlich mit staatspolitischem, gesellschaftspolitisch notwendigem Handeln zu tun. Und so meine ich, daß wir dieses heutige Manifest als Auftrag sehen sollen und als Mahnung, nicht nur in Sonntagsreden Toleranz zu predigen. Sondern uns im Alltag zu üben, soweit als möglich tolerant zu sein. Es wird uns nicht immer gelingen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Es wird verzichtet. Wir gelangen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Sozial-Ausschusses): Ich stelle Einstimmigkeit fest - angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 281/B-35/2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident!

Ich berichte zur Zahl Ltg. 281/B-35/2. Hoher Landtag! Der Landtag von Niederösterreich hat am 2. Juli 1992 die erste Novelle zum NÖ Sportgesetz beschlossen. Der neue angefügte Absatz 3 zu § 2 lautet: "Das Land hat jährlich einen Sportbericht zu erstellen." Im Sinne dieses Gesetzauftrages wurde auch für das Jahr 1994 ein Sportbericht, der neben dem Sporthandbuch auch die erteilten Förderungen enthält, erstellt. So sieht er aus *(Abg. Breininger zeigt ein Konvolut)*. Der Förderbericht enthält jene Projekte, die mit einem Beitrag des Landes ab 50.000,- Schilling gefördert wurden.

Ich stelle nun den Antrag (*liest*):

"Antrag des Kultur-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz - Sportbericht 1994.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Sportbericht 1994 wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte, die Verhandlungen einzuleiten und abzustimmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Dautzenberg.

(*Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.*)

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Studie des vorliegenden Berichtes ist von uns sehr positiv zur Kenntnis genommen worden. Die Ausarbeitungen, ich finde, daß es auch sehr erfreulich ist, daß so viele kleine Positionen immer wieder angeführt werden, weil ich gerade als Sportler und als Vereinsmitglied in vielen Sportvereinen weiß, wieviel Initiative oft ein ganz kleiner Betrag bringt, weil es eben eine Unterstützung des Landes ist, eine Unterstützung der Behörden und dadurch ein positiver Aspekt erzielt wird. Die Mitglieder beteiligen sich wieder mehr, bringen mehr Eigenleistung ein. Es ist eine sehr angenehme Sache, die oft wirklich nicht an dem Wert der Förderung gemessen werden kann.

Was mir in dem Bericht fehlt - und das habe ich auch schon im Zusammenhang mit den Umweltmaßnahmen des Herrn Landesrates Blochberger erwähnt - ist eine gewisse zukunftsweisende Betätigung der Sportabteilung. Zum Beispiel, daß man auch festhält, welche Ziele man verfolgt. Dazu könnte ich mir ohne weiters vorstellen - das ist ein altes Anliegen von uns Liberalen - daß man doch auch den neuen Sportarten und den Entwicklungen im Sport Rechnung trägt, indem man die gesetzlichen Maßnahmen setzt, daß Leute, die Sport in der Natur betreiben wollen, auch mehr Möglichkeiten vorfinden und auf einer rechtlichen Basis das getan werden kann. Von Vereinen, von Tourismusorganisationen, von einzelnen Personen. Ich will da nicht wieder als einziges das Mountain-Bike anführen, aber es fällt mir halt ein,

weil es immer wieder als Negativaspekt in der Zeitung steht. Auf der anderen Seite haben wir erkannt, welchen Fehler wir gemacht haben, als wir sämtliche Seeufer verhökert haben. Jetzt kann kein Bürger mehr an den See, sondern nur die wenigen, die dort wohnen. Das ist eigentlich doch ein Allgemeingut. Daher frage ich mich, ob es wirklich so abwegig ist, daß man sagt, bitte, wenn man Forstwege unterstützt und finanziert, ob man da nicht auch nach der Höhe der Forderung eine gewisse Möglichkeit rechtlich einräumt, mit Versicherung und allem, für den Grundbesitzer, daß die Bevölkerung, der Tourismus dort einen uneingeschränkten, gesetzlich ordentlich geregelten Zugang findet. Das kann nicht zu einer Enteignung führen, das ist mir ganz klar. Aber als leidenschaftlicher Mountain-Bike-Fahrer, das möchte ich sagen, hat man immer wieder damit zu kämpfen, daß auch Vereine, die Mountain-Bike-Touren veranstalten, sich auf illegalem Gebiet bewegen und die Veranstalter Gefahr laufen, mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen.

Ich habe auch gelesen, daß es hier jetzt ein Musterstadion in St. Pölten wieder geben wird. Ich weiß nicht, wer so schnelle Entscheidungen trifft. Wir haben uns ja erlaubt, an die Frau Landesrat einmal eine Anfrage zu richten. Da wurde uns gesagt, daß weitere Verpflichtungen - das steht wörtlich drinnen - nicht eingegangen wurden nach dem letzten Turnier. Ich stehe dem etwas ratlos gegenüber. Denn wenn man dann liest, daß der Herr Norbert Steiner, der Hauptstadtplaner, erklärt, daß das nächste Turnier 16 Millionen kostet und man auf vier bis fünf Jahre sicher nur schwere Verluste machen wird. Das ist seine Aussage, zitiert die Zeitung. Die letzte Veranstaltung war ebenfalls ein schwerer Verlust, das hat mir Frau Landesrat bestätigt, das habe ich hier schriftlich. Das bedeutet für mich, daß man, wenn man von Sozialpaketen spricht, von Einsparungen spricht, und daß man hier dann mit zweierlei Maß mißt. Und das verstehe ich nicht. (*LHStv. Prokop: Das ist das Risiko des privaten Veranstalters!*)

Sicher. Es wird immer Leute geben, die so wahnsinnig sind, daß sie die Verluste abdecken. Ich glaube es nicht. Genauso wenig wie ich glaube, daß es rechtlich vertretbar ist, daß eine Gesellschaft - und diese Sportstätten Betriebs-gesmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit ihren Geschäftsführern - nicht angehalten ist, daß die Geschäftsführer optimal vorgehen. Und unter diesem Gesichtspunkt verstehe ich diese Vorgangsweise nicht. Es liegen mir hier eine Vielzahl von Schreiben der benachbarten Tennishallen vor, die klar

bestätigen, daß sie dort ständig unterboten werden. Und sogar in ihrer Broschüre steht drinnen, daß die Landesangestellten 30 % Rabatt bekommen. Das halte ich für einen Geschäftsführer für bedenklich, bitte. Ich halte es für bedenklich, daß ein Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft eine Geschäftsführung in der Form ausübt, daß er nicht gewinnoptimierend für die Gesellschaft tätig ist, sondern sich vom Land Vorschriften machen läßt, wo er billiger sein muß. Und da glaube ich, daß gerade die ÖVP aufgerufen ist, der ich nach wie vor Wirtschaftskompetenz zuspreche, hier Maßnahmen zu setzen, daß der Breitensport nicht zugrunde geht. Das wird damit nämlich betrieben. Die ganzen Hallen kündigen bereits Konkursmaßnahmen an und das nicht zuletzt, weil sie schwer unterboten werden. Ein Abo kostet S 4.900,-, in der Sportstätte des Landes S 4.000,-. Es ist ganz klar, daß hier ein Preisdruck entsteht. Doch ich glaube, wir tun hier der allgemeinen Bevölkerung nichts Gutes. *(LHStv. Prokop: Sie haben die Unterlagen und Sie sprechen wider besseren Wissens.)*

Ich habe die Unterlagen: Sie haben sie auch gehabt, Frau Landeshauptmann. Sie haben sie nicht gelesen. Mir liegen auch Ihre Antwortbriefe vor, die gehen alle am Thema vorbei, bitte. Und die 30 % veröffentlicht Ihr ja selber, das steht da drinnen. Es tut mir leid, dann ist es ein Fehldruck, möchte ich mich entschuldigen. Aber grundsätzlich glaube ich, daß eine Wirtschaftspartei - und für das wollen Sie stehen - in erster Linie den freien Markt reinhalten sollte und nicht mit Steuermitteln untergraben. Danke schön. *(Beifall bei LIF und FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Preisler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Der heute vorliegende Sportbericht 1994 sieht 90 Millionen für den NÖ Sport zur Verfügung. Wie immer, wie alle Jahre wieder, ist der Spitzensport mit zirka 19 Millionen dotiert, zum Unterschied von den drei Dach- plus 48 Fachbeiräten, die über sieben Millionen an Verwaltungsaufwand kosten. Es wäre schon eine Frage, ob hier der Verwaltungsaufwand von sieben Millionen für die Dach- und verschiedenen Fachverbände, er scheint mir schon etwas zu hoch. Aber es ist einmal so, in der Bürokratie, in der Verwaltung kostet alles Geld. Es ist halt schon fast ein Zehntel der Budgetierung, die mehr oder weniger den Verwaltungskosten zum Opfer fallen.

Erfreulich ist jedenfalls für uns, daß für 102 Gemeinden und 304 Vereine 38,5 Millionen an Förderungen enthalten sind. Allerdings, sehr hoch erscheint mir die besondere, sie ist auch so, glaube ich, betitelt worden, die besondere Sportförderung für die Landessportschule. Ich habe mich in der vorletzten Rede des Sportberichtes ausführlich damit auseinandergesetzt, habe bekräftigt, daß diese Landessportschule sehr schön gebaut wurde, sehr groß, sehr komfortabel. Nur glaube ich, ist es halt so, daß mehr oder weniger die kleinen auf Kosten dieser Landessportschule und der großen Vereine die kleinen Vereine, der sogenannte Breitensport, schon etwas unter die Räder kommt. Und daß man hier auch von einer kleinen Landeshauptstadtgigantonomie sprechen wird können. *(Abg. Gruber: Nichts übertreiben! Nichts übertreiben!)*

So ist es. Ich weiß schon, Herr Kollege Gruber, die "heilige Kuh" St. Pölten darf man nicht angreifen. St. Pölten ist insgesamt als Landesmetropole sehr, sehr groß, sehr europäisch. Muß man wirklich sagen, europäisch geplant. Und da darf natürlich das Kulturviertel und die Landessportschule nicht hinten nachstehen. *(Abg. Gruber: Aber bleiben Sie seriös!)*

Unsere Kritikpunkte, Frau Landeshauptmannstellvertreter, die kennen Sie. Ich weiß, mir ist es schon fast peinlich, wenn ich immer wieder stereotyp jedes Jahr fast das gleiche sage. Das ist einmal diese Zusammensetzung. Ich habe schon den Abgeordneten Kautz zitiert das letzte Mal, er ist heute nicht hier, der selbst in seinem Bericht damals gesagt hat, naja, es kommen Wahlen, und auf Grund dieser Wahlen, wie ja überall und immer, wird es dann eine andere politische Konstellation geben und dann können wir ja reden. Ich glaube, der Herr Kautz ist zwar in diesem Sportgremium drinnen, das ja die 2:1-Besetzung nach dem Proporz vorsieht, so ist es ja, er ist aber auch nicht sehr glücklich damit. Und ich glaube schon, daß das, wenn man heute mit Steuergeldern die Bevölkerung landesweit mit Förderungen versorgt, was ja richtig ist, dann soll es nicht so sein, daß die Bevölkerung das Gefühl hat, sie wird halt nur von zwei noch maßgeblichen Parteien, die herinnen das Sagen haben im Förderungstopf, wo dann mehr oder weniger verschiedene Vereinsobmänner ... *(LHStv. Prokop: Der Sportrat hat 15 Leute und davon sind 3 Abgeordnete!)*

Frau Landeshauptmannstellvertreter, es ist noch immer so. Es ist schwierig, ich kann mir vorstellen, es gibt einige tausend Sportvereine in Niederösterreich, es gibt die Bürgermeister. Jeder will

natürlich von diesem Kuchen, so wie auch jetzt in der EU, einen großen Teil davon haben. Und hier das richtige Maß zu finden, ist natürlich sehr schwierig, keine Frage. Es ist nur ein gewisses Stück da. Und dann ist es halt so, das Hemd ist näher als der Rock. Da wird man halt dann, so wird es auch vielfach gehandhabt. (LHStv. Prokop: *Ich habe mich an das Sportgesetz zu halten. Allenfalls müßte das Sportgesetz geändert werden. Macht einen besseren Vorschlag!*)

Ist richtig. Dann bitte, Frau Landeshauptmannstellvertreter, was hindert uns daran, das Sportgesetz zu ändern? Das habe ich auch schon beantragt. Ja, gerechter. Hundertprozentig gerecht gibt es nicht. Aber es hat halt so ein bißchen eine schiefe Optik, wenn man halt immer noch so nach alten Traditionen 2:1 und da die größere und dort die kleinere Partei, oder wie immer, wer halt so das Sagen hat. (LHStv. Prokop: *Dann müssen Sie den Sportrat so erweitern, um ihn mit vielen Abgeordneten zu beschicken. Derzeit hat dort der Sport den Vorrang!*)

Nein, braucht man nicht. Man hat ja auch nach der letzten Landtagswahl, und auch in den Gemeinden ist es so, daß ja nach den Wahlen dann immer dem politischen Trend, der politischen Situation gemäß angepaßt wird. Und es ist ja jetzt die Zeit der großen Öffnung, nicht nur des Ostens, sondern auch von verschiedenen versteinerten Strukturen. Und da, glaube ich, wäre es auch an der Zeit, daß man hier etwas ändern kann. Und ich werde Sie beim Wort nehmen, Frau Landeshauptmannstellvertreter! Wir werden hier in dieser Sache aktiv werden und versuchen, ein moderates oder ein angepaßtes Sportgesetz zu machen, damit eben dann diese Bittstellertätigkeit nicht mehr vorkommt und nicht sein soll.

Ich könnte Ihnen jetzt, ich möchte nicht unbedingt aus der Schule plaudern, weil es ist ja nicht leicht, wenn jemand, jetzt stellen Sie sich vor, wir haben einen konkreten Fall gehabt. Da kommt eine große Sportvereinigung, die sehr viel Erfolg gehabt hat, wird vorstellig und ersucht um Intervention. Es gibt ja immer wiederum Interventionen, man kann es auch anders betiteln, Hilfestellung, wie immer. Ist nichts Schlechtes. Man muß nur immer davon ausgehen, daß ich sage, wie liegen die Prioritäten, verdient es dieser Bittsteller oder dieser Intervenierer überhaupt, daß man sich für ihn einsetzt? Paßt alles? Das heißt, es muß natürlich eine gewisse Rahmenbedingung da sein, dann ist es nichts Schlimmes, wenn man für einen Verein interveniert und sagt, hier soll man etwas machen. Da hört man halt so, aber bitte nicht sagen, daß wir da irgendwo, weil sonst könnte es passieren, daß wir bei der nächsten Förderung womöglich

oder irgendwann überhaupt 'rausfliegen. (LHStv. Prokop: *Sagen Sie mir ein Beispiel, wo das einmal passiert ist!*)

Ich kann es nicht sagen. (LHStv. Prokop: *Na sehen Sie! Das sind Unterstellungen!*) Es ist keine Unterstellung. Ich habe versprochen, daß man ... (LHStv. Prokop: *Es gibt nicht ein Beispiel!*)

Dann ist es falsch interpretiert worden. Wäre möglich. Aber so ist es halt. Diese Dinge kann man abstellen, indem man einfach wirklich alles offen und transparent macht und entsprechend vorgeht. (LHStv. Prokop: *Es gibt Richtlinien und an die wird man sich halten!*)

Jetzt darf ich aber schon sagen, Frau Landeshauptmannstellvertreter, es ist noch immer so, daß die Union-Sportvereinigung niederösterreichweit ja zweifelsohne von ihrer Anzahl der Sportvereine, vielleicht auch von ihren Mitgliedern her, den weitaus größten Teil bekommt. Dann gibt es den ASKÖ, der kleiner ist, wo man auch weiß, wo er politisch hingehört, der halt ein bißchen einen kleineren Kuchen bekommt. Und dann gibt es noch immer, da haben wir auch schon oft darüber gesprochen und ich sage es trotzdem wiederum, den Österreichischen Turnbund oder den Allgemeinen Turnverband. (LHStv. Prokop: *Das ist doch schon -zigmal erklärt worden. Die BSO ist als oberstes Sportgremium für uns verbindlich. Wenn die anerkennt ...*)

Ja, weiß ich, Frau Landesrat. Das weiß ich. (Abg. Dr. Strasser: *Sie verlangen also politische Einflußnahme?*)

Und auch das muß man nennen. Ja, aber da muß man das ändern. Dann kann es nicht so sein, nur weil es ein Turnverein ist. Wo die Union hingehört, wissen wir ja, oder wo ein ASKÖ. Wer dort diesen Vereinen vorsteht, wissen wir auch. (LHStv. Prokop: *Das sind Unterstellungen, Halbwahrheiten und Lügen!*)

Also da würde ich schon bitten, das sind keine Halbwahrheiten, das ist genau das. (Abg. Dr. Strasser: *Es ist doch jedes Jahr dasselbe!*)

Dann werden Sie das ändern müssen. Dann müßten Sie zumindest einwirken, daß Sie sagen, es kann nicht so sein, daß man hier diesem großen Block an Sportlern das verweigert. Das, Frau Landeshauptmannstellvertreter, möchte ich Ihnen sagen, daß es hier noch immer große Benachteiligungen gibt, wahrscheinlich auch weiterhin geben wird. Aber wir bitten wirklich, vielleicht kommt es zu einem neuen Sportgesetz, vielleicht kommt es auch zu einer Öffnung. Vielleicht, wenn wir heute so viel von Toleranz geredet haben, versucht man auch hier, neue Wege zu gehen. Wir können ja auch, an uns liegt es, wir können

einiges ändern. Darum bitten wir Sie. (*LHStv. Prokop: Im Rahmen der politischen Toleranz. Die müßt Ihr auch einhalten, nicht nur einfordern!*) Wir werden trotzdem diesem Sportbericht die Zustimmung geben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Präsident Koczur. Ich erteile es ihm.

Abg. Präs. KOCZUR (*SPÖ*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der heute in Verhandlung stehende Sportbericht 1994 ist sicherlich eine umfassende Auflistung des NÖ Sportgeschehens. Er berichtet über und beleuchtet manche Hintergründe des blaugelben Sportgeschehens und der Sportpolitik und er informiert über die Förderungen des Sportstättenbaues, die Subventionen an die drei Dach- und 48 Fachverbände sowie die Zuwendungen an den Spitzensport.

Dem statistischen Teil ist zu entnehmen, daß im Vorjahr nahezu 90 Millionen Schilling zur Verfügung standen, die, in größeren Positionen angeführt, zum Beispiel mit 38,6 Millionen Schilling in den Sportstättenbau in 107 Gemeinden und 304 Vereine geflossen sind. 18,9 Millionen Schilling

sind 42 Vereinen für den Spitzensport gewährt worden. Der Landessportschule sind aus dem Titel "besondere Sportförderung" 8,2 Millionen Schilling zugeflossen.

Es darf zu Recht darauf hingewiesen werden, daß das beigefügte Sporthandbuch, der Berichtstatter hat es schon gezeigt, ein unentbehrliches Nachschlagwerk für die Funktionäre, für die Sportler, für Interessierte, sowie natürlich auch für die Verantwortungsträger, die sich mit der Thematik befassen, ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Man verlangt von der Politik, daß sie möglichst für alle Lebensbereiche geeignete Rahmenbedingungen schafft, damit sich diese bestmöglich entfalten können. Das geht natürlich nicht soweit, daß alles von oben her durchorganisiert werden kann und jeder Aufwand ohne Rücksicht auf Kosten getragen werden kann. Auch im Sport sind den Bemühungen finanzielle Grenzen gesetzt. Der Weg, die fehlenden Mittel durch Hilfe zur Selbsthilfe zielführend einzusetzen, kann durchaus als brauchbar bezeichnet werden. Hier werden sehr viele schöpferische Kräfte freigesetzt, welche durch persönliches Engagement und dem Einschluß anderer Finanzquellen letztlich die angepeilten Ziele erreichen läßt.

Im Sport ist es ebenso wie in vielen anderen Bereichen des Lebens, er wirkt sich vielfältig aus. Die körperliche Ertüchtigung in einer bewegungsarmen Zeit von uns beklagten ist für alle Altersstufen von besonderer Bedeutung. Alle, die sich damit beschäftigen, stellen fest, daß körperliche Betätigung gesund ist, ja daß der Mensch eine gewisse Eigenverantwortung für seinen Gesundheitszustand letztlich hat, um nicht ein Sanierungsfall auf Kosten der Allgemeinheit zu werden. Und wir alle wissen, daß ein nicht unbeträchtlicher Kostenanteil des Gesundheitsbereiches auf den sorglosen Umgang mit der Gesundheit zurückzuführen ist. Wir alle wissen aus unseren verschiedensten Beschäftigungen, daß letztlich das Reparatursystem, das wir heute bevorzugen, nicht mehr auf Dauer finanzierbar sein wird.

Der Sport ist aber darüber hinaus auch ein Bereich, der für junge Menschen einen gewissen Anziehungswert hat. Der Breitensport trägt sicherlich zur Formung der Persönlichkeit, zum Abstecken und Erkennen der persönlichen Grenzen

bei. Und der junge Mensch lernt erkennen, daß er Teil einer Gemeinschaft ist, in die er sich letztlich auch einzubringen hat.

Besonders wichtig ist die Gestaltung der Rahmenbedingungen sicherlich für jene, die unter sachkundiger Führung - und ich sage es ganz bewußt - ohne Schaden an der Gesundheit zu nehmen, an den Spitzensport herangeführt werden. Diese Menschen sind mit ihrem Image und der Vorbildwirkung unter anderem auch wiederum eine Anregung, ein Ansporn für junge Menschen, sich sportlich zu betätigen. Neben der körperlichen Ertüchtigung steht sicherlich auch eine sinnvolle Freizeitgestaltung im Vordergrund, die den jungen Menschen von schädlichen Einflüssen der Zeit fernhalten kann. Darüber hinaus lernen die jungen Menschen sicherlich gleichsam spielend, sich auf ein Leben vorzubereiten, in dem sie auch einmal als Funktionär in verantwortlicher Position tätig sein können.

Der Sport hat sicherlich darüber hinaus auch viele wirtschaftliche Aspekte. Zum Beispiel im Bereich des Fremdenverkehrs als Devisenbringer, im Bereich, wenn man so will, der Sportartikelindustrie, der Werbung, oder, was auch sehr wichtig ist, als Schrittmacher der Völkerverständigung. Ein besonders gelungenes Projekt ist sicherlich die Großhalle in Wiener Neustadt. Sie ist eine wichtige Voraussetzung, daß mehrere Endrundenspiele und Finali der Damenhandballweltmeisterschaft in Österreich ausgetragen werden und damit weltweit für unser Land geworben wird. Andererseits wird damit der Wirtschafts- und Messestandort Wiener Neustadt abgesichert und erweitert. Ein weiteres Beispiel ist sicherlich der Ausbau der Tennisarena St. Pölten in der Landessportschule. Hier wird die Austragung des ATP-Turnieres auf Jahre hinaus gesichert. Und ich sage bewußt auch, daß sicherlich über die Umwegrentabilität wirtschaftliche Vorteile für die Region daraus erwachsen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich nochmals auf die Bedeutung des Sportes für die Gesundheit des Menschen zurückkommen. Ein altes Sprichwort sagt: "Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr". Das gilt nicht allgemein, weil der Mensch heute sein Lebtage lang lernen muß, aber für den Sport, glaube ich, ist schon das eine oder andere Körnchen Wahrheit mit dabei. So glaube ich, daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, unsere Kinder nicht nur über die Möglichkeiten abzunehmen oder sich gesund zu ernähren, sondern auch über die sportliche Betätigung zu informieren und sie an eine

gesunde Lebensweise heranzuführen. Hier ist sicherlich ein Schulterschuß zwischen Eltern, Kinderbetreuungseinrichtungen, der Schule und dem Arbeitsplatz notwendig.

Ich darf bei dieser Gelegenheit einige Punkte in die Diskussion einbringen. Erstens glaube ich, daß es im Unterricht zu keinen Kürzungen der Bewegungsstunden zugunsten der Sitzstunden kommen soll. Zweitens sollten unsere Kinder nach individuellem Fortschritt und nicht nur leistungsbezogen benotet werden, weil junge Menschen ja Freude am sportlichen Geschehen haben sollen. Drittens, glaube ich, hätten öffentliche Einrichtungen, wie zum Beispiel der ORF, aber auch verschiedene namhafte Medien, die Aufgabe, hier auch Aufklärungsarbeit zu leisten. Sie sollten animiert werden, eine österreichweite Fit-Aktion zu organisieren, um auch einen Meilenstein auf diesem wichtigen Weg zu setzen. Viertens, glaube ich, sollten bekannte Spitzensportler als Animatoren im Schulsport zum Einsatz kommen, um hier aus ihrer Vorbildwirkung heraus Ansporn für die jungen Leute zu sein. Ich glaube, daß unsere duale Berufsausbildung ebenfalls die Möglichkeit bietet, junge Menschen, die in der Berufsausbildung stehen, verstärkt in die sportliche Betreuung mit einzubinden. Und sechstens glaube ich, daß es auch notwendig ist, die Gemeinden stärker aus dem Selbsterhaltungstrieb der Finanzen in diese Bemühungen einzubinden. Wir haben am 19. März unsere Gemeindevertretungen neu gewählt. Man sollte darauf dringen, daß es in allen Gemeinden zur Wahl von Sportreferenten, von Verantwortlichen für den Sport kommt. Ich glaube, wir sollten diese Sportreferenten gemeinsam mit den Bürgermeistern auf die Wichtigkeit dieser Aktivitäten intensiv hinweisen.

Lassen Sie mich feststellen, daß es auch erfreulich ist, daß nach meinen Informationen es auch für Vorsorgeaktivitäten in den Bereichen Wirbelsäulengymnastik, Herz-Kreislauftraining und Funktionelles Turnen unter bestimmten Voraussetzungen finanzielle Unterstützungen seitens des NÖ Gesundheitsforums gibt. Und ich sage in Klammer dazu, vielleicht auch ein Grund mehr, sich als Gemeinde um den Titel "NÖ Gesundheitsgemeinde" zu bewerben und hier auch letztlich Aktivitäten zu setzen. Zu begrüßen ist auch die Aktion "Basketball statt Drogen", das habe ich gestern mit Interesse in einem Artikel im "Kurier" gelesen, weil - und das erscheint mir auch wichtig - das sich nicht nur auf den Drogenbereich beschränkt, sondern dabei auch der Alkoholmißbrauch mit eingeschlossen ist. Dazu wird ab Anfang Mai der Hartplatz im Bereich der Landessportschule in St. Pölten für jedermann

geöffnet sein. Ziel ist es, junge Menschen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu begeistern und sie hier entsprechend zu fördern. Gleichzeitig soll diese Aktion auch zur Talentesuche verwendet werden.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, ohne Geld geht nichts, daher darf auch nicht der Hinweis auf den finanziellen Bereich fehlen. Einerseits darauf, das ist heute auch schon angeklungen, daß wir die Verpflichtung haben, alle sportlichen Betätigungen dementsprechend zu fördern und daher auch gleichsam auf sportlichen Nebenschauplätzen auch förderungsmäßig tätig zu werden. Und zum zweiten, daß wir natürlich langfristig betrachtet mehr Geld für diesen Bereich einsetzen müssen. Das wird sich sicherlich im Gesundheitsbereich für die Betroffenen rechnen. Lippenbekenntnisse als Ausdruck der Wertschöpfung des Sportes sind zu wenig. Wir müssen ganz einfach erkennen, daß die Kosten des Sportbetriebes in den letzten Jahren gewaltig angestiegen sind und daß daher ein Einfrieren der Förderungen letztlich einen Rückschritt beinhalten muß. Ich glaube, daß darüber hinaus, dies auch als Feststellung, die Sportabteilung des Landes in Hinkunft daher noch mehr als bisher gefordert ist, nicht nur als Förderstelle tätig zu sein, mit entsprechender finanzieller Ausstattung selbstverständlich, sondern sich auch vermehrt als eine Servicestelle des NÖ Sportes und seiner Aktivistinnen zu sehen. In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich versucht, einige Denkanstöße in die Berichtsvorlage einzubringen. Und ich möchte abschließend allen sportlich Erfolgreichen zu den Leistungen gratulieren. Und allen, die sich um den Sport verdient gemacht haben, ein aufrichtiges Dankeschön sagen. Der Sportbericht 1994 wird selbstverständlich unsere Zustimmung finden. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Franz Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit der Novelle vom 2. Juli 1992 über die Änderung des Sportgesetzes wurde es auch für die Landesregierung verpflichtend, dem Landtag jährlich einen Sportbericht über das abgelaufene Jahr vorzulegen. Und ich kann einleitend feststellen und an die Worte des Herrn Abgeordneten Ing. Dautzenberg anschließen, daß dieser Sportbericht 1994 zweifellos ein Erfolgsbericht bezüg-

lich der Aktivitäten für Sportausübende und Sportverantwortliche im Land Niederösterreich ist.

An die 90 Millionen Schilling wurden vergangenes Jahr dem NÖ Sport insgesamt zur Verfügung gestellt. Damit konnten eine große Anzahl von Aktivitäten der verschiedensten Art, so möchte ich sagen, bestens unterstützt werden. Von diesen Geldern flossen wiederum etwa 60 Millionen Schilling zirka 140 Vereinen und 110 Gemeinden für die verschiedensten Sportbelange zu. Daher sieht man, daß hier nicht ein politisches Junktim oder politische Willkür dahintersteht, sondern daß genau nach Vorgabe von Richtlinien gehandelt wird, deutlichst und genauestens kontrolliert von den Mitgliedern des Landessportrates, die in überwiegender Mehrheit keine politische Funktion ausüben, daß es hier gerecht zugeht. Somit kann man also auch deutlich erkennen, daß durch diese Streuung der Mittel auch eine gute Verteilung in die Regionen des Landes gegeben ist. Und ich behaupte, daß diese Streuung ohne "Streuverluste" bewerkstelligt wird.

Niederösterreich ist und bleibt ein Land des Breitensportes. Das ist schon von der räumlichen Gegebenheit her eine ganz wichtige Sache und Angelegenheit. Und wir müssen dem auch in der Landespolitik entsprechend Rechnung tragen und damit helfen und Anregung geben, daß allerorts auch entsprechende Standards bei den Sporteinrichtungen gegeben sind, damit man auch in allen Regionen ein möglichst breites und vielfaches Angebot der Sportausübung hier nützen kann. Ich betone noch einmal, daß das Sportbetreiben hier vor allem der Gesundheit und der Vitalität unserer Bevölkerung zugute kommen soll. Sport ist aber darüber hinausgehend sicherlich ein Ausdruck moderner Lebensbewältigung, von Lebensqualität, ja ich möchte sagen, von Kultur.

Sport nur nach seiner medialen Wirkung zu beurteilen ist sicherlich zu wenig, wenngleich aber auch eine wichtige Erscheinung. Ja man kann

sagen, daß die Sportberichterstattung eine der wenigen Mediensparten ist, wo das Positive in weiten Bereichen überwiegt. Dem aktiven Sporttreiben auf breiter Ebene gilt daher das Hauptaugenmerk der blau-gelben Sportpolitik. An der Vergabe der Sportförderungsmittel ist dies auch deutlich erkennbar. Immerhin wurden im vergangenen Jahr, sehr geehrte Damen und Herren, Beihilfen für Einrichtungen und Adaptierungen von ca. 290 Sportanlagen vergeben. Nach wie vor ist in den Sparten selbst der Fußball dominant, aber die Errichtung von Tennisanlagen nimmt enorm zu und holt auf.

Neben dem Breitensport ist natürlich auch der Spitzensport massiv unterstützt worden. Beginnend mit der Unterstützung für 30 Jugendsportausbildungszentren und mit Zuschüssen an 92 Vereine des Spitzensportes in Niederösterreich. Schon alleine an dem Umfang der einzelnen Aktivitäten kann man erkennen, daß niemand die Zeit hätte, sehr geehrte Damen und Herren, diesbezüglich vielleicht eine politische Zugehörigkeit zu eruieren. Das ist in dieser Vielzahl dieser Anträge überhaupt nicht möglich, daher ist jede Verdächtigung zurückzuweisen, daß hier seitens des Landes irgendwo dieses Dünkel gegeben wäre. Im Spitzensport ist vor allem also die Topsportaktion herauszustreichen. Sie ermöglicht es nämlich niederösterreichischen Sportlern mit internationalem Leistungsstandard, sich an den großen Wettkämpfen in aller Welt zu beteiligen und somit nicht nur für die Sportler selbst, sondern für unser ganzes Bundesland in einem positiven Sinn Aufmerksamkeit zu erwecken.

Daß Spitzensportler Werbeträger der ersten Qualität sind, braucht man eigentlich niemandem mehr zu verdeutlichen. Man braucht ja nur an jene Beträge denken, welche die Privatwirtschaft hier einbringt in dieses Werbemedium. Und da handelt es sich sicherlich um einige Milliarden Schilling pro Jahr in Österreich. Nicht die Sportpolitik des Landes braucht diese Werbewirkung, sondern vielerorts - und das hat auch Präsident Koczur angesprochen - unsere Wirtschaft. Speziell der Tourismus, die Freizeitwirtschaft braucht hier die Substanz, die es zu wahren gilt. Das heißt also nicht, um die Strukturen festzuschreiben, sondern weiter zu entwickeln und auf diesem hohen Niveau zu halten, ist das ein Anteil an Wirtschaftsleistung, daß wir auch in der Vergabe der Sportförderungsmittel, soweit das der Sportpolitik gerecht werden kann, entsprechend Rücksicht nehmen. Das heißt nicht, daß wir die wirtschaftliche Bedeutung direkt immer in den Vordergrund stellen, sondern wir brauchen ja

auch die Motivation und das Engagement der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter, Funktionäre vor Ort, damit das passiert. Denn die Landesregierung und der Landtag insgesamt sind ja nicht in der Lage, all das an Sporteinrichtungen dahingehend zu betreiben und zu finanzieren, daß es Kompetenz des Landes wäre.

Wir brauchen eine Motivation zum Sport. Und ich glaube, mit der Sportpolitik des Landes ist das auch gegeben. Das würde heißen, daß jeder Sportförderungsschilling auch eine entsprechende indirekte Wirtschaftsförderung bedeutet und daß hier die Wirtschaft selbst mit aufgefordert ist, hier als Initiativträger für die einzelnen Dinge vor Ort sich einzubringen. Ich möchte mit dieser Aussage vor allem hier auch einen kritischen Moment einbringen. Denn es genügt nicht, hier nach Ausflüchten und Ausreden zu suchen, sondern der Sport hat seine Stellung in der Gesellschaft und auch in Abgrenzung und im angrenzenden Bereich. Er kann jedoch nicht für diverse Fehlentwicklungen oder Gegebenheiten herangezogen werden. Denn er ist von sehr viel Idealismus getragen.

Eines ist klar, sehr geehrte Damen und Herren, daß erfolgreicher Spitzensport ein großes Vorfeld an Voraussetzungen notwendig hat. Er braucht sowohl menschliche als auch technische Ressourcen. Spitzensport setzt qualifizierte Jugendsportausbildung voraus. Spitzensport benötigt aber auch qualifizierte Trainer. Spitzensport braucht aber auch beste Sportstätten und erstklassiges Gerät. Und darüber hinaus bedarf der Spitzensport auch eines Topmanagements, die hohen Ansprüche und die hochgestellte Konkurrenzsituation, die allorts bei den Wettbewerben feststellbar ist, zu bewältigen. Die Sportpolitik des Landes Niederösterreich unterstützt nicht nur diese Voraussetzungen, sondern unsere Sportpolitik setzt sogar viele neue Initiativen. Vom Angebot an sportärztlichen Untersuchungsstellen über Zuschüsse für den Einsatz von geprüften Trainern, über Zuschüsse für Hallenmieten bis zur Errichtung der Landessportschule, die heute schon von Vorrednern angesprochen wurde, und den Trainingszentren gibt es viele Hilfestellungen der Landessportinitiative.

Ich möchte hier zum Betreiben der Landessportschule sehr wohl auch einige Sachen richtig stellen. Ich halte es für nicht gerechtfertigt, wenn man hier versucht, durch die Tarifpolitik, die sich die Betreibergesellschaft hier gegeben hat, irgendwo ein Spiel des unlauteren Wettbewerbes zu konstruieren. Wir haben diese Debatte ja

schon im vorhergehenden Bericht des Jahres 1993 hier im Landtag sehr kritisch abgeführt. Ich habe selbst Erkundigungen eingeholt, daß in der Konkurrenzsituation am Standort St. Pölten es verschiedene Tarife gibt, wo der eine Betreiber sowohl einerseits günstigere Tarife hat, in diesem und jenem Stundenangebot oder Tagesangebot, zu einem anderen jedoch teurer ist. Und bei der Landessportschule ist es in dieser Situation genauso gegeben. Das heißt nicht, daß die Landessportschule hier eine Wettbewerbsverzerrung betreibt, sondern wir können mit Fug und Recht, also mit Stolz, feststellen, daß es nunmehr gelungen ist - und das ist, glaube ich, allgemein bekannt - daß derzeit die Tennishalle, das Tenniszentrum mit Gewinn arbeitet durch eine gute Auslastung. Und daher ist es nicht notwendig, hier mit Konkurrenzverzerrung und Wettbewerbsverzerrung diese Erfolge einzufahren. Dabei wäre also das wirtschaftliche Moment und der Vergleichswert zur Privatwirtschaft hier gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Daß die NÖ Sportpolitik umfassend angelegt ist, wird vor allem durch die Einführung der Sportkollektiv-Unfallversicherung auf Betreiben von Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop sichtbar und deutlich. Insgesamt gibt es in Niederösterreich, und das ist sehr erfreulich, bereits über 57.000 sportkollektiv-versicherte Sportlerinnen und Sportler. Hier ist es wirklich gelungen - und ich begrüße das besonders - daß vor allem umfassende Risiken mit dieser Versicherung abgedeckt werden können. Ich verweise nur darauf, daß sogar für die Kosten für einen Rehabilitationsaufenthalt eines verletzten Sportlers hier eine Risikoabdeckung mit eingeplant wurde.

Engagiertes Sportbetreiben und eine gute Sportpolitik sollte sich schlußendlich auch in Spitzenresultaten bestätigen und komplettieren. Herrliche Erfolge sind aber nur die Spitzen von Pyramiden, welche alle ein sehr breites Fundament haben. Unsere Sportförderung und unsere Sportpolitik des Landes ist ein wesentlicher Bestandteil dieses erfolgreichen Sportgeschehens im Lande. Eine gute, solide Aufbauarbeit hat der NÖ Sport zweifelsohne in vielen tausenden Sportvereinen, Organisationen ermöglicht. Hier wirkt draußen vor Ort ein Heer von ehrenamtlichen Funktionären, welche den Sportbetrieb letztendlich durch ihre Tätigkeit ermöglichen. Und das möchte ich auch ganz deutlich herausstreichen und somit zu der Kritik, die der Kollege Preiszler eingebracht hat, Stellung nehmen. Mit den Dach- und Fachverbänden haben wir wirklich eine gute Interessens-

vertretung für die einzelnen Sparten des Sportes. Einerseits sind sie ja diesen vielen tausenden Sportvereinen eine wichtige Organisationshilfe. Sie sind aber gleichzeitig auch Schulungs-, Beratungs- und Vertretungsinstanz für das jeweilige spezielle Sportgeschehen. Und gerade zu diesen Dach- und Fachverbänden hat das Land Niederösterreich durch seine Sportreferentin seit langer Zeit ein gutes, vertrauensvolles Verhältnis aufgebaut, obwohl es in dieser Zusammenarbeit oft um das heikle Problem oder Thema oder die heikle Materie Geld geht. Es geht nicht an, nur wenn man sich nicht in einer Organisation befindet, von Haus aus, ohne hier stichhaltige Argumente zu haben, in Kritik zu verfallen. Und es ist das gute Recht der Freiheitlichen Partei, sich in jede Organisation hineinzureklamieren, ganz egal, welche Zahlen und welche Verhältnisse hier für die Besetzung in Anwendung kommen. Wenn man die Situation oder die Theorie des Sich-Hineindrückens wider den Verhältnisrechten in den Richtlinien und Statuten verankerte, müßte, wenn man diese Idee weiterspinnt, man sagen, dann würde schlußendlich jeder Partei in diesem Lande ein Bundespräsident zustehen. Also, man kann eine Sache wirklich, und ich will das nicht machen, an die Spitze treiben. Aber so kann es nicht sein, daß man wirklich in jeder Organisation einfach nur mehr denn dem politischen Proporz hier entsprechend Rechnung trägt. Einerseits den Proporz kritisieren und dann sich selbst immer wieder mit hineinreklamieren, ist, glaube ich, ein unlauteres Spiel in der Politik.

Ich selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin schon seit vielen Jahren im Landes-sportrat als Mitglied tätig. Und ich erinnere sehr gern immer wieder daran, daß es noch nie ein Zerwürfnis, ein größeres Problem gegeben hat. Zweifellos gibt es manchmal Meinungsunterschiede, aber insgesamt herrscht sowohl im Landessportrat als auch im Sportfachrat eine gute Stimmung. Es gibt ausschließlich sachorientierte Diskussionen, es gibt großteils ein sehr kameradschaftliches Klima über alle Interessenssparten und Vertretungen hinweg. Und man hat den Eindruck, daß hier wirklich die Dinge sehr realistisch gesehen werden und daß hier fair agiert wird, auch - und ich wiederhole mich nochmals - wenn es um das Geld geht. Wenn in Verteilung der einzelnen Zuschüsse nach Bewertung der einzelnen Dach- und Fachverbände hier die Beträge dann in einen Ansatz gebracht werden und einvernehmlich, und das möchte ich betonen, immer einvernehmlich beschlossen wurden und beschlossen werden.

Daß auch die Dachverbände und die Fachverbände enorme Arbeit leisten, möchte ich nicht nochmals wiederholen. Ich glaube, das sollte jeder, der guten Willens ist und mit offenen Augen durch das Land geht und sich am Sportgeschehen wirklich orientiert und informiert, auch wissen. Ich glaube, daß wir den Dach- und Fachverbänden großen Dank schuldig sind. Sie sind schließlich ja die Träger und Organisatoren von großen Sportveranstaltungen, großen Sportereignissen. Niemand sonst könnte so große Veranstaltungen besser durchführen als diese Einrichtungen. Denken wir nur an Europa- oder Weltmeisterschaften, wo einerseits ganz wichtige Fachkenntnisse Voraussetzung sind, die eingebracht werden können seitens dieser Organisationen. Andererseits besitzen sie auch ein sehr professionelles Management, das unverzichtbar ist, um hier diese ganzen Veranstaltungen bestmöglich zu bewältigen und zu beherrschen. Gerade diese Großveranstaltungen stehen immer wieder im Mittelpunkt der Berichterstattung und sie sind für unser Land daher sehr, sehr wichtig, geht es doch dabei darum, daß die internationale Medienwelt ihre Objekte einmal mehr auf Niederösterreich richtet.

Wir werden daher, und das finde ich sehr gut, im Jahr 1995 mit der Durchführung der Endrunde zur Damenhandball-WM in Niederösterreich ein derart großes Sportereignis haben. Und 1996 wird das fortgesetzt mit der Abhaltung der U 16-Europameisterschaft im Fußball, ebenfalls in Niederösterreich. Es sind dies zwei ganz großartige Sportereignisse, die uns hier einmal mehr in den Mittelpunkt des internationalen Sportgeschehens stellen werden. Nun, sehr geehrte Damen und Herren, auch für Niederösterreichs Tennisfans gibt es ein großes Ereignis. Es wurde von einem Vorredner schon angeführt, daß Ende Juni es am Gelände der Landessportschule St. Pölten ein weiteres ATP-Turnier geben wird. Und hier ist vor allem auch unser Tenniszugpferd, unser Tennis-

"Musterknabe" namens Thomas auch mit dabei. Er konnte verpflichtet werden und somit ist die Aufmerksamkeit und auch die Qualität dieses Turniers bereits, möchte ich sagen, gesichert. Zu diesem Turnier wird es schlußendlich auch den Abschluß der dritten Ausbaustufe geben, wo hier durch die Errichtung einer Freiluftarena es qualitativ hochstehende 5.000 Bühnensitzplätze geben wird. Das Turnier wird derzeit abgesichert insgesamt drei Jahre betrieben werden und wird sicherlich im niederösterreichischen Landessportkalender und im österreichischen Sportgeschehen einen wichtigen Platz einnehmen.

Eine ganz wichtige Sache möchte ich noch anmerken. Das ist jener Umstand, jener positive Umstand, daß es zu diesem Turnier die Zusage gibt, daß es sehr moderate, allgemein erschwingliche Eintrittspreise geben wird und daß die teuersten Plätze lediglich 300,- Schilling kosten werden. Das heißt, es ist mit Absicht hier Vorkehrung getroffen, daß vor allem auch die tennissportbegeisterte Jugend durch dieses Ereignis angesprochen werden kann.

Mit der Vorlage zum Sportbericht wurde uns auch das aktuelle Handbuch über das Jahr 1995 überreicht. Ich glaube, es ist ein gutes Nachschlagewerk, wie man einerseits die Vielfalt des Sportgeschehens in Niederösterreich ermessen kann, aber auch die Dimension, welche der Sport in unserem Bundesland insgesamt aufweist. Man kann darin auch erfahren, wie erfolgreich Niederösterreichs Sportlerinnen und Sportler national und international im Jahre 1994 gewesen sind. Ebenso wird einem dabei so richtig bewußt, wie viele Organisationen es gibt und man kann daraus auch den Schluß ziehen, daß hier tausende Funktionäre und ehrenamtlich tätige Idealisten den Sport in Niederösterreich wesentlich tragen und gestalten. Ich möchte daher abschließend nicht nur der Sportabteilung der Landesregierung und vor allem der Referentin für Sportangelegenheiten in der Landesregierung, Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop, meinen herzlichen Dank aussprechen, sondern auch den vielen Damen und Herren, die sich draußen in den Vereinen einbringen und wertvollste Arbeit leisten bei der Weiterentwicklung dieses schönen Niederösterreich. Wir werden daher, selbstverständlich für unsere Fraktion, hier mit Freude die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP, sowie der Abg. Feurer und Ing. Dautzenberg.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP):
Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
(Nach Abstimmung über den Antrag des Kultur-
Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten
Litschauer, die Verhandlungen zur Zahl
Ltg. 286/B-16/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. LITSCHAUER (ÖVP):
Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr ge-
schätzten Damen und Herren!

Ich berichte zu Ltg. 286/B-16/1 betreffend
Beschwerden der Landesbürger, Bericht über das
Kalenderjahr 1994. Gemäß den Bestimmungen
der Landesverfassung ist dem Landtag periodisch
von den zuständigen Stellen über die
eingelangten Beschwerden der Landesbürger zu
berichten. Für das Jahr 1994 liegt der Bericht vor.
Es kann festgestellt werden, daß alle
Beschwerden, die bei den
Bezirkshauptmannschaften und beim Amt der NÖ
Landesregierung eingelangt sind, erledigt wurden.
Die erhobenen Beschwerden beinhalteten unter
anderem Urgezen über anhängige Verfahren
und betrafen hauptsächlich Angelegenheiten nach
der NÖ Bauordnung sowie Aufenthaltbewil-
ligungen bzw. das Aufenthaltsgesetz, ferner Um-
widmungen nach dem Raumordnungsgesetz,
Staatsbürgerschaftsangelegenheiten sowie Pro-
bleme des Grundverkehrs im Zusammenhang mit
dem Ausländergrundverkehr.

Es darf bemerkt werden, daß die Beratungs-
stelle beim Amt der NÖ Landesregierung sowie
die am Sitz der Bezirkshauptmannschaften einge-
richteten Beschwerdestellen darüber hinaus durch
eine umfangreiche Informationstätigkeit für die
Landesbürger eine Verbesserung der Rechtsin-
formation in die Wege leiten. Ich stelle daher den
Antrag des Verfassungs-Ausschusses betreffend
den Bericht des Landeshauptmannes über Be-
schwerden der Landesbürger im Kalenderjahr
1994 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landeshauptmannes über
Beschwerden der Landesbürger im Kalenderjahr
1994 wird zur Kenntnis genommen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die De-
batte zu eröffnen und die Abstimmung durchzu-
führen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist niemand gemeldet, wir kommen da-
her zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden
Antrag des Verfassungs-Ausschusses): Einstim-
mig angenommen!

Hohes Haus! Ich beabsichtige, die Geschäfts-
stücke Ltg. 291/D-1/4, Ltg. 292/L-1/3, Ltg. 294/G-
2/2, Ltg. 295/G-3/2, Ltg. 296/G-4/3 und
Ltg. 297/G-18/1 wegen des sachlichen Zusam-
menhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichter-
stattung und Abstimmung sollen jedoch getrennt
erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein
Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher zunächst den Herrn Abge-
ordneten Dr. Michalitsch, zu den Zahlen
Ltg. 291/D-1/4 und Ltg. 292/L-1/3 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. MICHALITSCH
(ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher
Landtag!

Ich habe über den Antrag der Landesregie-
rung betreffend Änderung der Dienstpragmatik
der Landesbeamten, Ltg. 291/D-1/4, zu berichten.

Im Rahmen des Konsolidierungs- und Stabi-
lisierungsprogrammes ist auch zwischen den Ver-
tretern der Bundesregierung und der Gewerk-
schaften ein Maßnahmenpaket beschlossen wor-
den, das einen Beitrag des öffentlichen Dienstes
zur Konsolidierung der jeweiligen öffentlichen
Haushalte beinhaltet. Dieses Paket soll durch die
vorliegende Vorlage auch für den Landesbereich
umgesetzt werden.

Ich darf einige Bereiche kurz nennen. Die
Haushaltszulage, da entfällt der Grundbetrag und
eine Kinderzulage, die angehoben wird, wird ge-
währt. Eine Beschränkung der Halbanrechnungen
bei Vordienstzeiten ist vorgesehen, ebenso eine
Erhöhung des Pensionsbeitrages um 1,5 Prozent

punkte. Die Rundungsbestimmungen entfallen, es gibt eine Anhebung der für das Erreichen der vollen Ruhegenußbemessungsgrundlage erforderlichen Gesamtdienstzeit, einen einheitlichen Todesfallsbeitrag und weitere Anpassungen an die bundesrechtliche Gesetzeslage. Die finanziellen Auswirkungen dieser Vorlage sind mit ungefähr 70 Millionen Schilling für 1996 beziffert.

Im Zusammenhang mit dieser Vorlage darf ich auch über einen Antrag gemäß § 29 LGO betreffend Änderung unseres NÖ Bezügegesetzes berichten, der eine Anpassung der Abfertigungsregeln des in diesem Gesetz erfaßten Personenkreises an jene des Angestelltengesetzes und eine Änderung der pensionsrechtlichen Bestimmungen beinhaltet. Für das Höchstausmaß der Abfertigung sollen in Zukunft nicht 15 sondern 25 Jahre erforderlich sein. Und im Pensionsbereich wird eine Erhöhung des Pensionsbeitrages, ein Entfall der Rundungsbestimmungen und ein fixer Todesfallsbeitrag vorgesehen.

Namens des Verfassungs-Ausschusses darf ich daher folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (3. DPL-Novelle 1995) wird genehmigt.
2. Der dem Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. gemäß § 29 LGO beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Bezügegesetzes wird genehmigt.
3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen."

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf ersuchen, über diese Geschäftsstücke die Diskussion einzuleiten und dann eine Abstimmung durchführen zu lassen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke. Ich ersuche um den Bericht zur Zahl Ltg. 292/L-1/3.

Berichterstatter Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Herr Präsident! Ich darf über das Landes-Vertragsbedienstetengesetz berichten.

Bei dieser Vorlage, Ltg. 292/L-1/3, kann ich es kurz machen. Es handelt sich um die eben genannten Punkte, aber für die Vertragsbediensteten im Landesdienst. Die Punkte sind von der vorigen Berichterstattung bekannt und ich darf daher namens des Verfassungs-Ausschusses auch diesen Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (2. LVBG-Novelle 1995) wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich ersuche auch hier, Debatte und Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich ersuche nunmehr den Herrn Abgeordneten Sivec um seinen Bericht zu den Zahlen Ltg. 294/G-2/2, Ltg. 295/G-3/2 und Ltg. 296/G-4/3.

Berichterstatter Abg. SIVEC (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe zur Zahl Ltg. 294/G-2/2 zu berichten. Wie schon bei den Landesbediensteten ist auch auf der kommunalen Ebene zwischen der Bundesregierung und den Vertretern der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über das Maßnahmenpaket gesprochen und beschlossen worden, daß ein Beitrag auch zur Stabilisierung geleistet werden soll. Die Bundesregierung hat dieses Konsolidierungsabkommen beschlossen. Mit der vorliegenden Novelle zu den Dienstrechtsgesetzen wird das Ziel erreicht, auch im Gemeindebereich Maßnahmen zu setzen.

Die Maßnahmen im Einzelnen sind: Entfall des Grundbetrages der Haushaltszulage, Umwandlung des Steigerungsbetrages in eine Kinderzulage unter Anhebung von S 150,- auf S 200,- je Kind.

Beschränkung der Halbanrechnungszeiten bei "sonstigen" Vordienstzeiten.

Erhöhung des Pensionsbeitrages um 1,5 %, also von 10,25 % auf 11,75 %

Entfall der Rundungsbestimmungen

Anhebung der ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit von 35 auf 40 Jahre und Anhebung des Anspruches auf Ruhegenuß auf 15 statt bisher mit 10 Jahren, sowie ein einheitlicher Todesfallbeitrag.

Weiters werden bundesrechtliche Änderungen auf dem Gebiete des Dienstrechtes mit übernommen. Ich darf daher namens des Kommunal-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf bitten, die Debatte und Abstimmung vorzunehmen.

Ich darf weiters berichten zu Ltg. 295/G-3/2. Dabei handelt es sich um denselben Text. Das heißt, die Stabilisierungsmaßnahmen sollen durch diese Novelle Eingang finden in die Gemeindebeamteneingehaltsordnung. Es handelt sich dabei um den Entfall des Grundbetrages der Haushaltszulage und eine Umwandlung des Steigerungsbetrages in eine Kinderzulage von S 150,- auf S 200,- je Kind.

Ich darf daher auch hier folgenden Antrag des Kommunal-Ausschusses stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamteneingehaltsordnung 1976 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Herr Präsident! Ich darf nun zur Zahl Ltg. 296/G-4/3 berichten. Hier geht es um die Gemeinde-Vertragsbediensteten unter derselben Voraussetzung, nämlich, das Maßnahmenpaket soll eingearbeitet werden. Mit der vorliegenden Novelle des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 wird das gleiche Ziel wie auch im Landesbereich verfolgt. Infolge des Wegfalles des Grundbetrages der Haushaltszulage, Schaf-

fung einer Kinderzulage anstelle des bisherigen Steigerungsbetrages ist schließlich bei allen bezugnehmenden Gesetzesstellen eine Anpassung der Zitierung erforderlich. Dazu wird auch die Meldepflicht des Vertragsbediensteten bezüglich einer strafbaren Handlung geändert, die Anspruchsvoraussetzungen für die Studienbeihilfen werden geändert, der Sonderurlaub gegen Entfall der Bezüge wird geändert.

Ich darf daher namens des Kommunal-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf bitten, zu den Geschäftsstücken Debatte und Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für die Berichte. Ich ersuche nunmehr die Frau Abgeordnete Lugmayr zur Zahl Ltg. 297/G-18/1 zu berichten.

Berichterstatter Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte aus dem Gesundheits-Ausschuß zur Zahl Ltg. 297/G-18/1 betreffend Änderung des Gemeindeärztegesetzes 1977.

Analog zu den zuerst vorgetragenen Gesetzesänderungen des Bundes-, Landes- und Gemeindedienstrechtes ist auch das NÖ Gemeindeärztegesetz betroffen. Auf Grund der Regelung der Sparmaßnahmen gibt es Änderungen der Bezüge in den Punkten wie bei den vorgenannten Gesetzen und es wird gleichzeitig das Gesetz angepaßt an die EU-Vorschriften. Im Gesamten werden diese Auswirkungen eine voraussichtliche Einsparung im Jahr 1995 von eineinhalb Millionen Schilling bringen.

Ich stelle daher den Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich ersuche um die notwendige Abwicklung.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Danke für den Bericht, Frau Abgeordnete Lugmayr. Ich eröffne die Debatte zu den vorgebrachten Geschäftsstücken. Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben von den Berichterstattern gehört, worum es geht. Es geht um, je nachdem, wie man es betrachtet, um eine Einsparung für die anderen. Für die Betroffenen geht es um eine eindeutige Belastung. Und ich möchte schon für meine Fraktion feststellen, daß diese Belastung eine sehr empfindliche ist für den betroffenen Personenkreis, nämlich für die öffentlich Bediensteten. Und man muß sich die Frage stellen, wie ist das in diesem Land? Wie ist das mit der Solidarität und wie ist das mit den Belastungen? Bei wem spart man, bei wem kassiert man ab, bei wem gibt man drauf?

Erinnern wir uns! Im Jahr zuvor, im Jahr 1994, hatten wir bedeutungsvoll den Beitritt bzw. den Beschluß oder die Abstimmung, der Europäischen Union beizutreten. Da haben wir gehört im Land, daß es allen besser gehen wird mit dem 1. Jänner, weil wir ja der EU beitreten. Das große Füllhorn wird über uns ausgeschüttet. Ja, Herr Mag. Schneeberger, Du schüttelst den Kopf. Aber Du warst wahrscheinlich nie bei einer Veranstaltung von einem Deiner Parteifreunde. Die haben das versprochen. Hier von dem Pult aus, das ist im Protokoll nachzulesen, hat der Herr Landeshauptmann beim Jugendlandtag im vorigen Jahr das behauptet. Das steht drinnen! Und viele Steuern werden nicht mehr so hoch sein im Jahr 1995, wenn wir dabei sind. Das ist alles nachzulesen. Daher ist das nicht irgendeine Erfindung von einem Oppositionspolitiker. (Abg. Mag. Schneeberger: *Aber das ist doch reine Polemik!*) Ich habe schon gesagt, am peinlichsten berührt seid Ihr immer, wenn man Eure Protokolle zitiert. Aber im Jugendlandtagsprotokoll steht das drinnen. (Abg. Dr. Strasser: *Das mit der Steuer ist*

wieder einer dieser Untergriffe, die tagtäglich passieren!) Herr Abgeordneter! Wenn Sie nichts lesen, ist das Ihr Problem. Kümmern Sie sich ein bißchen um die Protokolle, schauen Sie sich das an. Wir waren dort. Fragen Sie die Klubobmänner, die waren anwesend! (Abg. Dr. Strasser: *Herr Abgeordneter! Wenn Sie zitieren, dann müssen Sie das auch vorlegen können!*) Das Recht auf Information haben Sie aber auch. Wenn Sie nichts anschauen, ist das Ihr Problem. Ich meine, wenn Ihre Vergessenskurve so groß ist, Herr Abgeordneter Strasser, Ihre Vergessenskurve ist offensichtlich schneller als ein Tag- und Nachtwechsel. Aber dann ist das Ihr Problem, aber nicht meines.

Tatsache ist, daß wir heute eine Belastung beschließen. Eine Belastung für die Beamten, eine Belastung zu einem Zeitpunkt, nachdem im vorigen Jahr - und ich gehe zur Nationalratswahl über, denn auch dort, und ich könnte jetzt die Zeitung bringen, in der das genau aufgeschlüsselt ist, der Herr Bundeskanzler Vranitzky, ich glaube es war genau 34mal im vorigen Jahr, gegenüber der Presse behauptet hat, im Jahr 1995 wird es keine Steuererhöhungen geben, keine Belastungen. Das hat er gesagt. Diese Zitate sind sehr leicht zu bringen. Nun schreiben wir 1995. Und jetzt muß auf einmal die große Sparwelle beginnen und es muß eingespart werden. Und man geht zu jenem Personenkreis, nämlich zu dem der öffentlich Bediensteten, der ja im allgemeinen nicht die Möglichkeit hat, in seinem Beruf zu sagen wie ein Selbständiger, na gut, ich organisiere um, mache irgend etwas, sodaß ich vielleicht wieder auf das komme, was ich voriges Jahr verdient habe.

Und es war für uns schon interessant zu beobachten, daß ausgerechnet der Beamtengewerkschafter im Ausschuß die Hand als Allererster oben gehabt hat. Und daß man eigentlich nichts hört, daß es irgendwen in irgendeiner Weise stört, wenn man sich die Zahlen anschaut. Bitte es ist ja nicht so, daß da eine Einsparung gefordert wird, die niemanden belastet. Dividiert man die Zahlen der Einsparung durch die Beamten rein mathematisch durch, so kommt man auf genau 8.499,- Schilling jährlich pro Beamten. Jetzt wissen wir, es gibt welche, die verdienen mehr und welche, die weniger verdienen. In der Dienstklasse 8, die werden halt etwa um die 30.000,- bis 40.000,- Schilling an Einsparungen haben. Wenn das die Vertretung hinnimmt, ist das ihr Problem. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das so geht. Oder ich habe da jetzt, da greift das schon, die Gehaltszettel von einem Postpensionisten. Bei dem macht das im Monat S 231,- aus, das sind im Jahr 2.779,- Schilling, die ihm, einem Postpensionisten, tat-

sächlich abgezogen werden. Und ich bin halt der Meinung und meine Fraktion ist der Meinung, daß es in dem Land so viele Möglichkeiten gäbe, umzuschichten. Es geht nicht darum, daß man wirklich in ein Lohnsackerl 'reingreift und wem was 'rausnimmt. Es gibt wirklich in dem Land genug Möglichkeiten umzuschichten. Das wäre keine notwendige Maßnahme. Aber es wird offensichtlich sehr locker gehandhabt, sehr locker gemacht.

Ich möchte daher für meine Fraktion betonen, daß wir für eine derartige Politik, die überhaupt nicht die Einsparung dort sucht, wo man sie machen kann, nämlich im Bereich einer Verwaltungsvereinfachung bzw. Verwaltungsstrukturänderung - dort kann man es machen, aber nicht daß man dem Einzelnen ins Lohnsackerl reingreift - dazu sind wir nicht zu haben. Und im übrigen, Herr Präsident, ersuche ich, daß zur Zahl Ltg. 291/D-1/4-1995 eine punktweise Abstimmung durchgeführt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Feurer.
Ich erteile es ihm.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Wir haben von den Berichterstattern bereits gehört, daß wir im Bereich des Landes und auch der Gemeinden in Niederösterreich das Maßnahmenpaket, das zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes abgeschlossen worden ist, also diese Bestimmungen auch übertragen wollen. Es wurde auch schon gesagt, daß hier der Entfall des Grundbetrages der Haushaltszulage, die Beschränkung der Halbanerkennung bei "sonstigen" Vordienstzeiten, die Erhöhung des Pensionsbeitrages im Fall von Ruhebestimmungen und die Anhebung der für die Erreichung des vollen Ruhegenusses maßgeblichen Bestimmungen geändert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokraten haben sich zu diesem Maßnahmenpaket bekannt. Und ich verstehe eigentlich den Inhalt dieses Maßnahmenpaketes darin, daß es ein Beitrag des öffentlichen Dienstes ist, die Haushalte zu entlasten. Und andererseits, das muß ich auch sagen, daß die Kluft zwischen den Vertragsbediensteten und den Beamten hinsichtlich der Pensionsregelungen doch verschmälert wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist hier angesprochen worden, daß gewisse Einkommen geschmälert werden. Gerade wir Sozialdemokraten sind immer

für die kleinen Bediensteten eingetreten. Mir tut es persönlich auch weh an und für sich, wenn hier jemand auf Rechte verzichten muß. Und ich gestehe ein als einer, der selbst im öffentlichen Dienst seit über drei Jahrzehnten tätig ist, daß man vielleicht in einer gewissen Zeit etwas zu viel gegeben hat, was man heute korrigieren muß. Und das ist immer irgendwie peinlich, auch für die, die letztendlich diese Maßnahmen treffen müssen.

Die Frage des öffentlichen Dienstes wird nicht sein, daß man diese Regelungen hier weiter fortführt, sondern es wird wirklich darum gehen, daß wir versuchen, eine Verwaltungsreform durchzuführen, in dem wir verschiedene Verwaltungsabläufe vereinfachen. Es ist heute vom Klubobmann Böhm bereits gesagt worden, daß wir in erster Linie die Gesetze so gestalten müssen, daß sie die Bürger verstehen. Darauf aufbauend kann man sicherlich auch darüber reden, daß man die Verwaltung etwas schlanker gestalten wird müssen. Die Fragen der Verwaltung werden immer wieder diskutiert. Es ist ja an und für sich nichts Neues, da gibt es natürlich zwei Gesichtspunkte. Der eine, der kommt vom Bürger, der letztendlich die Kosten für die Verwaltung tragen muß, der sich natürlich oft mit Recht darüber ärgert, wenn ein Anliegen nicht so durchgeführt wird, wie er es beantragt hat oder wenn er vielleicht monatelang auf verschiedene Erledigungen warten muß. Man umschreibt das ungefähr so, daß "der Amtsschimmel wiehert". Und ich sage ganz offen und ehrlich, natürlich ist es mir auch schon passiert, daß über verschiedene Behandlungen von Geschäftsstücken und Verwaltungsangelegenheiten ich selbst mich als Beamter geärgert habe.

Auf der anderen Seite muß man natürlich auch den Blickwinkel der öffentlich Bediensteten sehen, die natürlich mit den vielen gesetzlichen Regelungen und verschiedenen Mehrfach-Überschneidungen letzten Endes oft nicht wissen, wie sie eigentlich zu entscheiden haben. Und ich sage es wirklich von mir heraus: Oft steht man wirklich an, wie das eigentlich gemeint ist. Und wehe, man fragt die Juristen. Den ersten, den zweiten, den dritten und dann hat man drei Meinungen. Letzlich ist man als Entscheidungsträger trotzdem allein gelassen. Und man muß auch als politischer Mandatar eine entsprechende Entscheidung treffen. Und daher meine ich, daß wir uns zum Ziel setzen müssen, das gilt also für die Bundesverwaltung, die Landesverwaltung, aber natürlich auch für die Kommunalverwaltung, daß wir einfachere und klarere Gesetze brauchen. Daß wir eindeutige Verwaltungsregeln anstreben müssen. Vor allen

Dingen müssen Doppel- und Mehrfachkompetenzen außer Kraft gesetzt werden, damit wir das ganze Procedere einfacher abwickeln können. Es gilt halt, sich auf das Notwendige im Verwaltungsbereich zu beschränken und transparente Entscheidungsabläufe anzustreben, damit auf der einen Seite das Mißtrauen der Bevölkerung entfällt und letztendes dadurch auch "Papierkriege" eingespart werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich gerade in den Gemeinden so, daß wir noch eine relativ bürgernahe Verwaltung haben. Aber auch dort wird der Ruf immer lauter, daß wir versuchen müssen, uns den neuen Gegebenheiten anzupassen. Und es ist im kommunalen Bereich nicht so ganz einfach, weil sich die Gemeinden ja unterscheiden. Und hier gilt es vor allen Dingen, den Gemeinden einen gewissen Spielraum einzuräumen, eine gewisse Flexibilität anzuwenden. Weil es halt einfach ein Unterschied ist, ob das eine Kleinstgemeinde im ländlichen Raum ist oder eine Industriegemeinde und die Interessen der Gemeinden doch unterschiedlich gelagert sind. Und daher werden wir gut daran tun, daß wir diese Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden stärken und so eine Gestaltungsfreiheit den Gemeinden überlassen.

Eines sei hier auch gesagt, daß natürlich die Anforderungen an den öffentlich Bediensteten immer größer werden. Und ich meine, schon aus diesem Gesichtspunkt heraus wäre es nicht klug, wenn man den öffentlichen Dienst für die Menschen unattraktiv macht. Das wäre dann letzten Endes eine negative Auslese. Und ich glaube, daß wir die wichtigen Aufgaben, die vor uns liegen, nur mit motivierten Mitarbeitern durchführen können. Und wenn so eine Motivation bei den Bediensteten besteht, dann kommt das ja auch den politischen Mandataren zugute. Denn auch wir werden natürlich mit der Verwaltung benotet. Und ich glaube, es kann nur im Interesse aller Mandatare liegen, ob im Bundes-, Landes- oder im kommunalen Bereich, daß wir eben hier ein Bürgerservice für die Menschen in der Verwaltung bieten. Und das wird dann auch zu zufriedenen Bürgern führen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Litschauer.

Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Gegenstand der laufenden Debatte sind, wie wir bereits von der Berichterstattung gehört haben und auch von meinen Vorrednern, die Änderungen für Landes- und Gemeindebedienstete, aber auch für die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages. Ursache für diese geplanten Änderungen ist ein zwischen den Vertretern der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Bundesregierung vereinbartes Maßnahmenpaket als Beitrag zur Budgetkonsolidierung. Für den Bereich des Landes, für den Landesbereich, in dem ebenfalls eine Neuordnung des Budgets vordringlich und notwendig erscheint, sollen somit parallel laufende Maßnahmen in Kraft gesetzt werden. Bevor ich aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, vielleicht an Beispielen der dienstrechtlichen Änderung für die Landesbeamten auf einige konkrete Punkte näher eingehen darf, möchte ich grundsätzlich zur Problematik des lange die Medien beherrschenden Themas "Sparpaket" einige Anmerkungen machen.

Wenn man heute von Sparprogramm und Budgetkonsolidierung spricht, verwendet man ein Vokabular, das in den täglichen Medienberichten nahezu für jedes Land Europas zutreffend ist. Wie die nun schon längere Zeit laufende Diskussion zeigt, ist das zweifellos nicht erfreuliche Phänomen der angespannten Budgetlage ein in den mitteleuropäischen Staaten weit verbreitetes. Vor allem auch die Prognose und die Feststellung, wonach die in den westlichen Ländern in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewachsenen Sozialsysteme immer schwieriger finanzierbar erscheinen. Hier sind wir in Österreich zweifelsohne kein Einzelfall. Für diese fraglos doch unerfreuliche Entwicklung gibt es viele, oder zumindest einige Ansätze für Erklärungen. Einerseits liegt das vielleicht auch darin, daß die derzeitige Bevölkerungsentwicklung die beachtliche, erfreuliche Erhöhung der Lebenserwartung und nicht zuletzt auch die Situation auf den durch eine gesteigerte Konkurrenzsituation angespannten Arbeitsmarkt ein wesentlicher Aspekt der heute zu beurteilenden Entwicklung darstellt. Andererseits glaube ich, liegen auch die Ursachen zu einem guten Teil in der Politik der siebziger und beginnenden achtziger Jahre, in denen eine Budgetpolitik damals betrieben wurde, wo es hieß, Vollbeschäftigung um jeden Preis, und Stützung von maroden Industriegiganten ohne Chance auf echte Konsolidierung. Das sind sicherlich Hauptursachen, daß wir diese Budgetsituation in der Bundesebene, aber auch in den Ländern vorfinden.

Ausgehend von dieser Situation, meine sehr geschätzten Damen und Herren, konnte sich jeder vernünftig Denkende ausrechnen, daß eines Tages für die Verantwortlichen des Staates der Zeitpunkt kommt, Einsparungen verordnen zu müssen. Nun sind wir soweit. Nun ist der Zeitpunkt gekommen da wir nachdenken müssen, wie wir das Budget gemeinsam konsolidieren sollen. Und wir diskutieren heute darüber und ich gehe davon aus, daß wir diese eingebrachten Novellen auch entsprechend verabschieden werden. Auch - und ich sage es ganz offen - der große Bereich des öffentlichen Dienstes ist hier besonders gefordert. Wir könnten vielleicht auch zunächst sagen, das ist zunächst Bundessache und berührt noch nicht die Bundesländer. Aber das wäre wirklich eine rein oberflächliche Betrachtung. Und daher glaube ich, können wir uns von der Verantwortung hier nicht drücken. Denn meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir wissen, daß durch die verschiedenen verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorgaben eine unmittelbare Verbindung zwischen den Finanzbereichen der Gebietskörperschaften besteht. Ich erwähne hier das Finanzausgleichsgesetz als nur ein Beispiel dafür, welche Auswirkungen das Ausbleiben von prognostizierten Einnahmen auf Bundesseite letztlich auf die Budgets der Länder und Gemeinden zur Folge hat. Fest steht aber auch, daß der Bund in Zukunft sämtliche vorbereitenden Gespräche und letztlich auch die Vereinbarungen über den Finanzausgleich, der immer wieder hinausgeschoben wird, aber davon abhängig machen wird, wie weit die einzelnen Länder auch bei sich selber entsprechende Sparmaßnahmen zu setzen bereit sind. Wie weit sie Möglichkeiten suchen, auch in ihren Ländern zur Konsolidierung der eigenen Budgets Beiträge zu leisten. Und so gesehen gibt es hier eben keine anderen brauchbaren Alternativen als eben die Vorgangsweise, hier analoge Regelungen zu schaffen. Wir sind eben dabei, über einen Teil dieser Sparmaßnahmen zu diskutieren. Natürlich handelt es sich bei dem nun vorliegenden Paket um Einschränkungen und Belastungen, gar nicht zu verhehlen, Kollege Gratzler, die sicherlich besonders stark zunächst, und ich betone, zunächst den öffentlichen Dienst betreffen. Sie können mir aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, mit Sicherheit glauben, daß ich in meiner Funktion als Obmann der Personalvertretung hier lieber stehen und über Erfolge und Verbesserungen der Dienstpragmatik berichten würde. Ich darf aber festhalten, daß wir im Zuge der langen Debatte um unser Sparpaket durchaus den Eindruck gewonnen haben, daß auch die öffentlich Bediensteten, aber vor allem auch konkret die Landesbediensteten die Notwendigkeit dieser

Sparmaßnahmen einsehen. Ich darf auch sagen, daß sogar mehrheitlich die Bereitschaft signalisiert wurde, bei einem alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig treffenden Sparpaket Einschränkungen im eigenen Bereich umso mehr zu akzeptieren. Damit hat der öffentliche Dienst klargestellt, und das meine ich auch ganz konkret für den Landesdienst und für den Gemeindedienst, daß ihm das Gemeinwohl und das Funktionieren unseres Landes ein echtes Anliegen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang möchte ich schon auf Herrn Kollegen Gratzler kurz Bezug nehmen. Herr Klubobmann Gratzler hat schon im Verfassungskonferenz-Ausschuß angekündigt, daß seine Fraktion diesem Antrag, dieser Gesetzesnovelle, nicht zustimmen kann. Er hat es heute wieder erwähnt. Weil er meint, daß hier den öffentlich Bediensteten eine überdimensionale Belastung aufgebürdet wird. Ich sage auch, es ist eine Belastung, es ist eine Einschränkung. Aber ich glaube, wir müssen diese Belastung deswegen auf uns nehmen, um die notwendigen Sicherheiten zu schaffen, um dieses Pensionsrecht der öffentlich Bediensteten für die Zukunft abzusichern! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher ist es in dieser Stunde notwendig, auch ein Opfer auf uns zu nehmen. Und ich darf hier sagen, wir hätten den Landesbediensteten gerne etwas anderes gesagt und den Gemeindebediensteten, allen öffentlich Bediensteten. Aber in dieser Situation, Herr Kollege Gratzler, muß ich schon sagen, kommen mir fast die Tränen über die Mitleidskundgebungen Deinerseits, dem öffentlichen Dienst gegenüber. Es ist schon etwas populistisch, ich will vielleicht nicht sagen, reinste Polemik, aber nicht sehr weit entfernt davon, und ich glaube hier eine gewisse Absicht doch erkennen zu können. Die Landesbediensteten glauben nicht so sehr, daß das jetzt wirklich nur die Sorge um ihre Belastungen ist. Lassen wir vielleicht die Landesbediensteten und Gemeindebediensteten darüber selbst urteilen. *(Abg. Marchat: Die können sich ja gar nicht wehren. Das beschließt ja ihre Personalvertretung!)*

Wir haben bitte viele Diskussionen geführt darüber. Das ist nicht am Grünen Tisch entschieden worden. In vielen, vielen Gesprächen haben wir darüber diskutiert und sie wurden überzeugt. Ich muß andererseits schon sagen, es ist sehr eigenartig, daß man hier diese Sparmaßnahmen momentan als große Belastung hinstellt und auf der anderen Seite sind es genau die

Freiheitlichen, die immer wiederum den Landesdienst und den öffentlichen Dienst bei jeder Gelegenheit versuchen zu privatisieren. Wenn ich etwa in die letzte Reihe schaue, der neue Bundesrat der Freiheitlichen hat im Waldviertel im Zusammenhang mit der Durchführung der Personalvertretungswahlen verordnet, die Straßenmeistereien gehörten alle privatisiert. Was da aufgeführt wird, sei Luxus. Also, das ist die wahre Gesinnung! Und das soll man auch unseren Kolleginnen und Kollegen sagen, daß hier eine zwiespältige Vorgangsweise vorliegt. Und diese wollen wir nicht zur Kenntnis nehmen! (*Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei der FPÖ.*)

Ich komme wieder zur Sache. Unabhängig von diesen Randbemerkungen zu den vorliegenden Gesetzesnovellen darf ich doch nunmehr kurz auf die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen zu sprechen kommen. Die einzelnen Neuregelungen, die wir heute beschließen, werden knapp über 100 Millionen Schilling Einsparungen bringen. Dazu kommen noch außerhalb des Gesetzes veranlaßte Kürzungen wie Einsparungen bei Nebengebühren und außerordentlichen Zuwendungen in der Höhe von 11 Millionen, insgesamt also 117 Millionen Schilling. Und dazu noch eines, liebe Kolleginnen und Kollegen: Daß hier auch das neue Gehaltsabkommen erst wiederum wirksam werden wird im April 1996, diese drei Monate bringen eine Ersparnis von 70 Millionen Schilling. Das sind keine Erfolge, ich weiß es, aber Verantwortlichkeit, Notwendigkeit! Und das wissen die öffentlich Bediensteten. Daher glaube ich, ist das insgesamt ein Volumen, mit dem man in der Öffentlichkeit sagen kann, daß der Ernst der Situation erkannt wurde.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun auch ganz kurz die sachlichen Schwerpunkte der vorliegenden Novelle noch einmal anführen. Sie sind heute schon im Detail in der Berichterstattung erwähnt worden. Es ist dies der Entfall des Grundbetrages der Haushaltszulage, es ist dies die Änderung des Pensionsbeitrages, er wurde in der Höhe von 1,5 % angehoben. Und eines, glaube ich, geht in der Diskussion immer wieder unter. Daß die Pensionsbezieher auch einen Pensionssicherungsbeitrag zu leisten haben. Das heißt, sie zahlen. Das ist neu und steht im Gegensatz zum ASVG, daß hier auch die Pensionisten einen Teil ihrer Pension damit finanzieren, daß sie selber wiederum aus der Pension heraus einen Sicherheitsbeitrag leisten. Ich glaube, das ist auch

ein Versuch, hier Beiträge zu lukrieren, um das Budget in Zukunft besser sanieren zu können.

Schließlich gibt es noch weitere Änderungen, die in die Zukunft hinein wirken. Änderungen des faktischen Pensionsalters, Änderung in der Anrechnung der Vordienstzeiten, um nur einige zu nennen. Alle diese am Beispiel des neuen Landesdienstrechtes skizzierten Änderungen finden auch in den Novellen des Gemeindedienstrechtes ihren Niederschlag. Und ebenso das Bezügegesetz, in dem wir uns auch verpflichten werden, im Bereich des Landtages und der Regierungsmitglieder die Erhöhung der Pensionsbeiträge mit 1. Mai zur Kenntnis zu nehmen.

Abschließend darf ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal festhalten, daß der öffentliche Dienst insgesamt und die Bediensteten des Landes Niederösterreich und der NÖ Gemeinden im speziellen mit diesen Einschränkungen, die sie auf sich nehmen ab 1. Mai dieses Jahres, einen wirklich überzeugenden Beitrag zur Konsolidierung der Budgetsituation sowohl beim Bund als auch beim Land und bei den Gemeinden leisten werden. Es soll dies auch als ein Beitrag zum Funktionieren des Gesamtgefüges unseres Staates angesehen und bewertet werden. Allerdings, das möchte ich schon festhalten, darf aus dieser Bereitschaft, die durch die Haltung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zum Ausdruck gekommen ist, nicht abgeleitet werden, daß der öffentliche Dienst und der Landesdienst, der

Gemeindedienst über alle Maßen und über Gebühr gefordert werden kann oder soll. Weitere Einsparungen, vor allem auch bei der Frage von Dienstposten werden kaum mehr verkraftbar sein. Vielmehr geht es auch darum, daß wir als die Mitglieder der Legislative uns bei jedem Gesetz doch überlegen müssen, welche Auswirkungen unsere neuen Gesetze auf Dienstposten und Personalaufwand zur Folge haben.

Ich glaube, da hilft sicherlich kein populistisches Fordern eines Abbaues der Dienstposten. Vielmehr geht es hier darum, daß wir so manche Regelungen, die nicht so unbedingt notwendig sind, abschaffen. Daß wir den Mut haben, diese abzuschaffen. Daß wir Deregulierungen im wahrsten Sinn des Wortes auch durchführen.

Nur, und das möchte ich abschließend sagen, wenn es zu einer Ausgewogenheit zwischen der Schaffung von neuen Bestimmungen und neuen Gesetzen und der Abschaffung von nicht mehr zeitgemäßen Regelungen kommt, kann mit dem bereits reduzierten Personalstand das Auslangen gefunden werden. Seit Jänner dieses Jahres sind in der Landesverwaltung an die 100 Dienstposten eingespart worden, das darf ich nur in einem Nebensatz noch erwähnen. Weitergehende Einsparungen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, auf dem Sektor der Dienstposten würde lediglich dazu führen, daß der im Landesdienst so hoch gehaltene Servicegedanke leidet und die Möglichkeit der Betreuung der Bevölkerung doch deutlich eingeschränkt werden müßte. Meine Fraktion wird diesen Dienstrechtsgesetznovellen, weil sie einfach notwendig sind, zur Konsolidierung unseres Budgets, des Landesbudgets, die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP sowie der Abg. Dr. Bauer und Feurer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, die Berichterstatter haben das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. SIVEC (SPÖ): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. LUGMAYR (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir kommen zur Abstimmung. Der Herr Abgeordnete Gratzler hat beantragt, daß über das Geschäftsstück Ltg. 291/D-1/4 eine punktweise Abstimmung durchgeführt wird.

Ich komme diesem nach. Ich lasse zuerst über die Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 abstimmen und anschließend über die Änderung des NÖ Bezügegesetzes.

(Nach Abstimmung über Punkt 1 des vorliegenden Wortlautes des Antrages des Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 291/D-1/4, betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972): Mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und des LIF, gegen den Stimmen der FPÖ angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

(Nach Abstimmung über Punkt 2 des vorliegenden Wortlautes des Antrages des Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 291/D-1/4, Antrag der Abgeordneten Böhm, Dr. Bauer u.a. gemäß § 29 LGO betreffend Änderung des NÖ Bezügegesetzes): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 292/L-1/3, betreffend Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes): Mit Mehrheit angenommen! Gegen die Stimmen der FPÖ! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses, Ltg. 294/G-2/2, betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976): Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses, Ltg. 295/G-3/2, betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltungsordnung 1976): Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses, Ltg. 296/G-4/3, betreffend Änderung des NÖ Gemeindevertragsbedienstetengesetzes): Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses, Ltg. 297/G-18/1, betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977): Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Knotzer, die Verhandlungen zu Ltg. 254/V-11/5 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Hiller, Schütz, Kurzreiter, Knotzer, Ing. Hofbauer, Krendl, Lembacher und Dr. Mautner Markhof gemäß § 29 LGO zur Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend die Vereinbarung über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft, Ltg. 254/V-11/5, betreffend Anpassung an die EU-Richtlinien zu berichten.

Am 23. September 1993 wurde von den Landeshauptleuten aller Bundesländer eine Vereinbarung der Bundesländer gemäß Art. 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft unterzeichnet. Der Landtag von Niederösterreich hat der Vereinbarung mit Beschluß vom 4. November 1993 die Genehmigung erteilt. Wegen der Nichtgenehmigung der Vereinbarung durch den Salzburger Landtag wurde daher am 4. Jänner 1994 die Vereinbarung über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft von den Landeshauptleuten - mit Ausnahme des Salzburger Landeshauptmannes - neuerlich unterzeichnet.

Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung der Genehmigung durch den NÖ Landtag war Österreich noch nicht Mitglied der EU. Da der Inhalt der Vereinbarungen in einigen Punkten von den EU-Richtlinien abweicht, wurde bereits zum damaligen Zeitpunkt im Zuge der Verhandlungen und im NÖ Landtag der Wunsch geäußert, daß der Vereinbarungsinhalt an die EU-Richtlinien angepaßt werden sollte, wenn Österreich der EU beitrifft. Seit 1. Jänner 1995 ist Österreich Mitglied der EU. Um eine Wettbewerbsverzerrung zu vermeiden und für die österreichischen und im speziellen für die niederösterreichischen Landwirte Nachteile in der Betriebsführung gegenüber Landwirten in der EU hintanzuhalten, wäre es angebracht, die Vereinbarungen an die EU-Richtlinien anzupassen. In diesem Sinne wäre der Landeshauptmann zu ersuchen, mit den Vertragspartnern der Vereinbarung über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft neuerlich Verhandlungen aufzunehmen, um die Vereinbarungen an den Stand der EU-Richtlinien anzupassen.

Ich stelle daher folgenden Antrag (*liest*):

"Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hiller, Schütz,

Kurzreiter, Knotzer, Ing. Hofbauer, Krendl, Lembacher und Dr. Mautner Markhof gemäß § 29 LGO zur Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft betreffend Anpassung an die EU-Richtlinien.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich Dr. Erwin Pröll wird ersucht, mit den Vertragspartnern der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft neuerlich Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß die Vereinbarung an den Stand der EU-Richtlinien angepaßt wird."

Ich ersuche, die Verhandlungen einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für den Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vor uns liegt ein Antrag, dessen Text in der Präambel schon falsch ist. Ich habe das auch schon im Ausschuß eingebracht, möchte das hier aber wiederholen. Der eine Satz, den zitiere ich jetzt: "Da der Inhalt der Vereinbarungen in einigen Punkten von den EU-Richtlinien abweicht, wurde bereits zum damaligen Zeitpunkt im Zuge der Verhandlungen und im NÖ Landtag der Wunsch geäußert, daß der Vereinbarungsinhalt an die EU-Richtlinien angepaßt werden sollte, wenn Österreich der EU beitrifft." Daß das im Landtag geäußert wurde, dieser Wunsch, ist richtig. Geäußert wurde er aber nur von uns. Da wird das dargestellt, wie wenn sich der NÖ Landtag dafür ausgesprochen hätte. Das ist einmal schlichtweg falsch. Ich zitiere aus dem Sitzungsprotokoll vom 4. November 1993, wo wir das damals schon gesagt haben, was ÖVP und SPÖ jetzt wollen. Zitat aus meiner Rede: "Die FPÖ lehnt die Vereinbarung nur deshalb ab, weil der Passus, den wir

im Ausschuß eingebracht hätten, sobald ein EG-Beitritt ansteht, daß diese Vereinbarung sofort an das EG-Recht angepaßt gehört, abgelehnt wurde." Und eine besondere Freude ist es mir, wenn ich den Vizepräsidenten Hülmbauer zitieren darf, der damals gesagt hat: "Die Landwirtschaft in Niederösterreich kann, ich möchte sagen, muß halt mit diesem Gesetz leben." Also die Landwirtschaft muß mit diesem Gesetz leben. Jetzt schaut die Welt wieder ganz anders aus. Ich habe damals auch schon gesagt, daß die Vereinbarung im Sinne des Tierschutzes sehr zu begrüßen wäre, weil sie meines Erachtens auch notwendig ist. Diese Vereinbarung wäre notwendig, wenn ich zum Beispiel an die Käfighaltung denke, wo wirklich vom Tierschutz her in Österreich nichts passiert, wenn ich an die Massentierhaltung in der Schweinemast, in der Rindermast denke, wo diese Tierhaltung sicher nicht artgerecht ist. Aber Österreich ist halt nicht mehr die Insel der Seligen, sondern da gibt es auch diese große und mächtige EU.

Und wenn ich das Beispiel Schweiz nehme - obwohl die Schweiz nicht in der EU ist - die aus der Käfighaltung ausgestiegen ist, dann sieht man, daß in den letzten Jahren 40 % des Marktes bei den Eiern die Holländer in der Schweiz übernommen haben. Weil in den holländischen Agrarfabriken das Ei einfach soviel billiger produziert werden kann, und trotz Zöllen, Transporten usw. noch immer billiger ist und der Konsument auch nach dem billigeren Produkt greift. Ich habe das auch damals schon gesagt, der Feinkostladenschmäh des jetzigen Kommissars und seinerzeitigen Ministers Fischler war eben nicht mehr als ein Schmäh, er wird auch nicht funktionieren.

Ich glaube auch, daß die Vorgangsweise falsch ist. Wir haben ein EU-Parlamentarium, wir haben einen EU-Kommissar. Und ich glaube, die richtige Vorgangsweise wäre, daß man eine europaweite Lösung im Sinne des Tierschutzes finden müßte, beantragen müßte und auch durchzusetzen versuchen müßte. Aber daß die EU-Parlamentarier scheinbar schlafen, sieht man an einem Beispiel. Es ist halt so, jetzt schicken wir die nach Brüssel, die man in irgendwelchen Großparteien durch die Wahl Niederlagen nicht untergebracht hat, jetzt schicken wir die nach Brüssel 'raus. Die treten dann großartig im "Bauernbündler" auf, die Frau Schierhuber ist ja das beste Beispiel. (*Unruhe im Hohen Hause. - LR Blochberger: Was soll diese Wirtshauspolemik in diesem Hause?*) Herr Landesrat, ich bringe Dir sofort ein Beispiel. Ich werde sofort ein Beispiel bringen. Ich habe das Glück, daß ich in meiner Heimatgemeinde

noch in die Wirtshäuser hineingehen darf. (*LR Blochberger: Das ist ein Stil, der ist gegen die Würde in diesem Hohen Hause!*) Ich darf noch in jedes Wirtshaus hineingehen, mehr sage ich ja dazu nicht.

Es gibt in Brüssel eine Speisekarte und eine Weinkarte, von der 3.000 bis 4.000 Beamte dort täglich Gebrauch machen. Und auf dieser Weinkarte war sogar ein Wein aus England. Das muß man sich vorstellen, nur zum Vergleich: England hat ungefähr soviel Weingärten wie die Region Langenlois. Aber wir sind mittlerweile über drei Monate dabei und es ist noch immer kein Wein aus Österreich auf dieser Karte, obwohl wir gerade in Niederösterreich - und da gibt es eben diese bäuerlichen Abgeordneten - auch ein Weinland sind. Und der Weinbausprecher und unser EU-Parlamentarier Schreiner hat durchgesetzt - und da solltest Du zuhören (*an Abg. Kurzreiter gerichtet*) als Vorsitzender des Landwirtschafts-Ausschusses, weil Du hast Dich heute nicht einmal zu Wort gemeldet, ich weiß auch, warum, aber zu dem komme ich noch - durchgesetzt, daß auf dieser Weinkarte Weine aus Niederösterreich stehen. Und das sind Erfolge, die kann man vorweisen, aber die stehen in keinem "Bauernbündler" drinnen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Es hat jetzt auch eine Weinverkostung draußen gegeben. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich möchte zum ursprünglichen Antrag kommen. Es wird ja heute dieser Beschluß gefaßt werden mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ. Die Folge werden Verhandlungen sein, wobei ich glaube, daß diese Verhandlungen sicherlich nicht von Erfolg gekrönt werden. Was werden die Folgen sein? Die österreichischen Bauern werden in diesem europäischen Markt weiter diskriminiert sein. Der Wettbewerb wird verzerrt sein durch diese Maßnahme, dem Tierschutz wird wieder nicht gedient sein. Wir haben nichts davon, wenn wir in Österreich diese Vereinbarung durchziehen, wenn wir diese angeblich "glücklichen Tiere" haben, aber so viele Marktanteile verlieren, daß aus den Agrarfabriken in der EU die Produkte zu uns hereinkommen. Und das Tier hat ja kein Mascherl. Ob es in Österreich leidet oder in der EU, dort die Agrarfabriken expandieren werden und zu uns herein importieren werden, und das Tierleid dadurch nicht gemildert ist. Also ich glaube, das ist eine Maßnahme, die eigentlich niemandem etwas bringt, die nur die Landwirte beschneidet, und die auch den Tieren nichts bringt und auch dem Tierschutz nichts.

Aber allein die Vorgangsweise, wie man zu diesem Beschluß kommt, ist für mich sehr sonder-

bar, Herr Vorsitzender des Agrar-Ausschusses oder Landwirtschafts-Ausschusses. Da gibt es eine Unterausschußsitzung kurz vor den Kammerwahlen. Da sitzt man so beisammen, die zwei "Schwarzen", die zwei "Roten" und ich. Und da kommen wir halt einhellig zur Meinung, so im Tenor, daß diese Vereinbarung eigentlich nicht zu beschließen ist, weil wir diesen Wettbewerbsnachteil haben. Also genau das, was ich jetzt gesagt habe. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Und die Kammerwahl ist vorbei, die Bauern haben wieder alle "schwarz" gewählt, das ist ein Faktum. Wir sind wenigstens welche, die nicht jede Wahl gewonnen haben. Weil wenn Ihr 900 Mandate verliert bei einer Gemeinderatswahl, seid Ihr noch immer die Sieger. Aber das habt Ihr noch immer nicht kapiert, über Euch lachen ohnehin schon alle deswegen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Bauern haben wieder "schwarz" gewählt zu 86 %, der Prozentsatz wurde gehalten. Und als Dankeschön dafür werden sie jetzt beglückt mit dieser Vereinbarung, wo natürlich der Passus drinnen ist - und das alleine ist für mich ein Grund das abzulehnen - daß der Herr Landeshauptmann aufgefordert wird, das auszuverhandeln. Und ich glaube, die letzten Wochen haben genau gezeigt, wann immer der Herr Landeshauptmann Verhandlungen führt, eigentlich genau das Gegenteil herauskommt als was er will. Und das ist für uns ein Grund, daß wir das ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Herr Präsident! Verehrte Mitglieder des Hohen Hauses!

Worum es hier geht, das ist ja bekannt. Bereits mein Vorredner hat angesprochen, daß es um einiges geht: Um unsere österreichische Landwirtschaft.

Und der Landtag von Niederösterreich hat sich mit dieser Vereinbarung bereits einmal befaßt und zwar 1993. Unser Herr Landeshauptmann hat mit den Landeshauptleuten Österreichs diese Vereinbarung auch unterzeichnet, schließlich hat damals der Landtag dieser Vereinbarung die Genehmigung erteilt. Nachdem allerdings Salzburg nicht unterzeichnet hat, ist diese Vereinbarung ein zweites Mal am Tisch. Man hat aber damals schon, Herr Kollege Marchat, man hat damals schon Enthaltene, das sich für die Landwirtschaft als schlecht herausstellte, wegverhandelt. Ich muß sagen, unter Einsatz unserer

Vertragsunterzeichner und unserer Vertreter, die für die Landwirtschaft verhandelt haben.

Und ich betone, dies wurde angesprochen: Daß die Vereinbarung zu einem ganz anderen Zeitpunkt entstanden ist, uns haben nämlich noch 15 Monate getrennt von der EU-Vollmitgliedschaft. Die Voraussetzung war sicher damals eine ganz andere. Aber sicher wird man noch nachverhandeln müssen, und zwar den Schutz der Nutztiere in unserer Landwirtschaft. Und ich behaupte das, daß unsere Bauern schon sich immer daran gehalten haben, zumindest der überwiegende Teil. Ich glaube, daß es sogar mehr als 90 Prozent waren, die sich dem Schutz unterworfen haben und die sich in der Vergangenheit schon daran gehalten haben.

Und ich würde mir wünschen, daß nicht nur die Bauern betroffen sind, ich würde mir wünschen, daß alle, die Tiere halten, sich einer Schutzklausel unterwerfen müßten. Es gibt im Parlament eine Handvoll, eine kleinere Fraktion von "Kompostierern", so kann ich es auch bezeichnen, die ganz etwas anderes verlangt hätten als daß es in Länderkompetenz bleiben soll. Nämlich daß diese Vereinbarung zum Schutz der Nutztiere "zum Quadrat" gegen unsere Bauern ausgelegt worden wäre. Dem müssen wir eine klare Absage erteilen. Ich glaube daher, es ist besser, das liegt in Länderkompetenz, als es befindet der Bund über uns. Das wäre sicher eine generelle Verschlechterung für unsere Bauern. (*Abg. Dr. Bauer: Aber bei Subventionen seid ihr nicht so heikel!!*)

Das ist vollkommen richtig. Es wurde damals schon der Wunsch geäußert, 1993, den Inhalt in einigen Punkten dieser Vereinbarung an die EU anzugleichen. Das meiste wurde ja wegverhandelt. Und in einigen Punkten ist damals schon der Wunsch geäußert worden - nicht nur von den Freiheitlichen, sondern auch von allen anderen - diese Vereinbarung dahingehend auszurichten. Ich bringe ein paar Beispiele: Und zwar in der Schweinehaltung, wo es sicher eine Benachteiligung gibt. Oder, die EU hat eine Bagatellgrenze. Das heißt, daß bei bis zu fünf Mastschweinen oder weniger als fünf Sauen mit Ferkel die Vereinbarung überhaupt nicht anzuwenden ist. Wir haben sicher einen Nachteil und wir werden diesen, so gut es geht, auch in Zukunft wegverhandeln müssen. Bei der Kälberhaltung etwa, wo die EU-Richtlinien 1,5 m² Mindestfläche vorsehen, während bei uns 2 m² gültig sind. Und außerdem ist die Haltung auf Spaltenboden überhaupt verboten in Österreich, in der EU jedoch erlaubt. Auch beim Jung- und Mastvieh,

bei dessen Haltung 5 m² vorgesehen sind während in der EU keine Haltungsrichtlinie vorgesehen ist. Der Mindestplatzbedarf bei Jung- und Mastvieh mit 5 m² je Tier bedeutet etwa das Doppelte dessen, wie sie jetzt gehalten werden. Allgemein kann man feststellen, daß die Haltungsform nach der Art. 15a-Vereinbarung sicher einen höheren Arbeitsaufwand erfordert, aber auch einen höheren Investitionsaufwand. Und zwar wenn man, ich nehme als Beispiel an, einen Stall für 100 Stiere baut, wird man bedeutend tiefer in die Tasche greifen müssen, als wenn wir die Richtlinien der EU hätten.

Meine Damen und Herren! Um die Konkurrenzfähigkeit unserer Bauern gegenüber jenen in der EU sicherzustellen, bedarf es nicht strengerer Bestimmungen, das wäre eine Wettbewerbsverzerrung. Es soll nicht die Großzügigkeit, sondern es soll die Vernunft für unsere Bauern im Vordergrund stehen.

Wenn heute angesprochen worden ist, Abgeordnete würden nach Brüssel geschickt. Na selbstverständlich werden sie ihre Fähigkeiten einsetzen. Und Gottseidank, daß wir "draußen" einen Agrarkommissär Fischler haben.

Zweitens: Was versprochen worden ist auf Grund des EU-Beitrittes wurde auch bis jetzt gehalten. Dies muß auch selbstverständlich sein in der Ausführung, sonst müßte unser Förderungssystem neu überdacht werden, wenn es zu zusätzlichen Belastungen dieser Art. 15a-Vereinbarung für unsere Bauern kommen würde. Selbstverständlich, meine Damen und Herren! Eines soll nicht passieren: Daß diese Art. 15a-Vereinbarung nicht Länderkompetenz bleibt. Daher hat auch der damalige Abgeordnete Hülmbauer den Ausspruch getan, wir können, ja wir müssen leben damit, aber es soll auf jeden Fall Länderkompetenz bleiben.

Es darf nicht nur der Schutz von Nutztieren im Vordergrund stehen, sondern ich glaube, der Schutz unserer bäuerlichen Familienbetriebe generell und allgemein in einer flächendeckenden Bewirtschaftung unseres ländlichen Raumes. Daher wird die ÖVP-Fraktion dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KNOTZER (SPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Landwirtschafts-Ausschusses):* Mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ, des Liberalen Forums angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Ich ersuche die Frau Abgeordnete Auer, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 111/F-9 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Auer, Mag. Romeder, Dr. Bauer, Böhm, Uhl, Breininger und Lugmayr gemäß § 29 LGO zur Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Friedhofsbenützung- und -gebührengesetzes 1974.

Mit der vorliegenden Novelle erfolgt eine erforderliche EU-Anpassung. Die Änderung ist deswegen erforderlich, da das Gesetz die Möglichkeit bietet, für Personen, die keine Gemeindemitglieder sind, höhere Friedhofsgebühren vorzuschreiben. Gemeindemitglieder sind derzeit jedoch nur österreichische Staatsbürger. Diese Frage wäre auch im Hinblick auf den EU-Beitritt Österreichs einer Prüfung zu unterziehen. Abgesehen von der erforderlichen Anpassung dieser Bestimmung für EU-Bürger wäre eine Klarstellung in einigen Bereichen erforderlich. Es sollte daher überprüft werden, inwieweit einzelne Tatbestände entfallen bzw. den heutigen Erfordernissen angepaßt und inwieweit das Gesetz einfacher gestaltet werden könnte.

Ich stelle daher den Antrag des Europa-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Auer, Mag. Romeder, Dr. Bauer, Böhm, Uhl, Breininger und Lugmayr gemäß § 29 LGO betreffend Überarbeitung des NÖ Friedhofsbenützung- und -gebührengesetzes *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die NÖ Landesregierung, insbesondere Herr Landesrat Ewald Wagner, wird aufgefordert, die für eine Überarbeitung des NÖ Friedhofsbenützung- und -gebührengesetzes erforderlichen Arbeiten durchzuführen und nach Durchführung eines Begutachtungsverfahrens dem NÖ Landtag eine Regierungsvorlage betreffend Änderung des NÖ Friedhofsbenützung- und -gebührengesetzes vorzulegen.

2. Die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Friedhofsbenützung- und -gebührengesetzes 1974, Ltg. 111/F-9, wird durch diesen Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch, Auer u.a. gemäß § 29 LGO erledigt."

Ich ersuche Sie, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Danke für die Berichterstattung. Zum Wort ist nie-

mand gemeldet, wir kommen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Europa-Ausschusses): Einstimmig angenommen!

Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18.25 Uhr.)